

Hauptstadt Wien, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Kroatien, Dalmatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Persien, Ostindien, Ostafrika, Südamerika, Australien, Neuseeland 3.50 Reichsmark des Monats.

Der „Vorwärts“ mit der Arbeiterzeitung, dem „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Sonder-Beilage“ und „Blitz in die Wehrwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntag und Montag einzeln.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Nonpareille 80 Zeilen, Reklameweile 5,- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte Buchstabe des Wortes 25 Pfennig (außerhalb zwei letzte Buchstaben des Wortes), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stadtsprüche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 60 Pfennig.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, abgeben werden. Geschäftszeit von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 1. April 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskontos: Berlin 27 234 - Bankkontos: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Volksbank-Gesellschaft, Postfach 100, Berlin SW. 68.

Kampf um den Achtstundentag!

Eine Erklärung der Vorstände der Gewerkschaften zum Notgesetz. — Lehnt Ueberarbeitung aus eigenem Entschluß ab!

Der Nachdruck der nebenstehenden Erklärung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zum Kompromiß des Bürgerblocks in der Arbeitszeitfrage ist auf den Schluppassus zu legen. Das Kompromiß ändert so gut wie nichts an dem bestehenden Zustande. Der Bürgerblock muß aber aus Rücksicht auf seine Arbeiterwähler so tun, als unternähme er etwas für die Wiederherstellung des Achtstundentages, für die Einreihung der Arbeitslosen in die Produktion. In Wirklichkeit ist das Kompromiß bestimmt, die Wiederherstellung des Achtstundentages zu verhindern oder doch für so lange wie nur irgend möglich hinauszuschieben.

Auch die Arbeiterwähler der Bürgerblockparteien werden nach Antritt des Kompromißentwurfs feststellen, daß an den bisherigen Mißständen gar nichts geändert worden ist. Auch die Arbeiterwähler der Bürgerblockparteien werden feststellen, daß diese Parteien versagt haben, daß sie nicht den Achtstundentag als gesetzlichen Normalarbeitstag wiederhergestellt, sondern nur den Versuch gemacht haben, den zehnstundentag gesetzlich zu verankern.

Im selben Maße, in dem es den Parteien des Bürgerblocks gelingen sollte, ihre Arbeiterwähler über ihre Absichten zu täuschen, ebenso groß wird dann die Enttäuschung dieser Arbeiterwähler sein. Sie werden feststellen, daß sie von den Parteien im Stich gelassen worden sind und daß nur die Gewerkschaften ernsthaft den Kampf führen um die Wiederherstellung des Achtstundentages, daß nur die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich an den Beschlüssen der Gewerkschaften gehalten und entsprechend diesen Beschlüssen einen Initiativantrag im Reichstag eingebracht hat.

Wenn innerhalb der Regierungsparteien heute noch die Hoffnung bestehen sollte, daß mit der Annahme des Kompromisses der Kampf um die Arbeitszeit beendet sein wird, dann — das können wir ohne jede Prophetengabe voraussagen — werden sie große Ueberraschungen erleben. Der Kompromißentwurf der Regierungsparteien entscheidet gar nichts. Man kann viel eher behaupten, daß er statt zu einem Ausgleich zu führen, in Wirklichkeit Konflikte heraufbeschwört. Wir möchten die Gewerkschaft sehen — und sei es auch eine christliche Gewerkschaft —, die bereit wäre, einen Tarifvertrag abzuschließen, in dem die Arbeitszeit entsprechend den Bestimmungen des Kompromißentwurfes der Regierungsparteien geregelt wird.

Die Gewerkschaften aller Richtungen werden gezwungen sein, diese „Rißgeburt“, wenn sie durch das Gewicht der deutschnationalen und volksparteilichen Stimmen Befehl geworden sein wird, einfach zu ignorieren. Ja, wir gehen noch weiter und sagen, daß es keine Unternehmerorganisation geben wird, die auf Grund des Kompromißentwurfes die Arbeitszeit als geregelt ansehen kann. Mehr als es bisher geschehen ist, wird in der nächsten Zukunft, d. h. solange dieser Reichstag besteht, der Kampf um die Arbeitszeit bei allen Tarifverhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern im Vordergrund stehen.

Wenn es in den letzten Wochen und Monaten gelungen ist, das Ueberwinden etwas einzuämmern, wenn es gelungen ist, in Tarifverträgen den Achtstundentag wiederherzustellen, dem Mißbrauch mit der Anordnung von Ueberstunden Dämme entgegenzusetzen, dann ist das nur zurückzuführen auf die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen und auf die Entschlossenheit der Arbeiter für die Wiederherstellung des Achtstundentages ihre ganze Kraft einzusetzen.

Dieser Kampf ist nicht gefördert worden durch die Botsprechungen der Parteien des Bürgerblocks. Er ist mit elementarer Naturgewalt entflammt worden durch die ungeheure Notlage der Millionen Arbeitslosen. Und er ist geführt worden von den Gewerkschaften. Er ist unterstützt worden von der demokratischen Arbeiterpresse.

Wie die Aussicht auf ein Notgesetz des Bürgerblocks diesen Kampf nicht zum Stillstand zu bringen vermochte, so wird auch das Kompromiß, wenn es in seiner jetzigen Mißgestalt Gesetz wird, die Fortführung des Kampfes nicht verhindern. Wie auch die Beschlüsse des Bürgerblocks in der Arbeitszeitfrage schließlich ausfallen mögen: entweder der Achtstundentag wird auf gesetzlichem Wege als normale Höchstarbeitszeit wieder hergestellt, oder der Kampf um die Wiederherstellung des Achtstundentages geht mit verstärkter Kraft auf der ganzen Linie weiter.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, mit Ausnahme der Christen, haben am Donnerstag zu dem neuen Arbeitszeit-Notgesetzentwurf der Reichsregierung, der noch in dieser Woche dem Reichstag zugeht, Stellung genommen. Die Gewerkschaften kamen dabei zu einer entschiedenen Ablehnung des Entwurfs.

Die Erklärung der Spitzenorganisationen über ihre Stellungnahme lautet:

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erklären nach Prüfung des zwischen den Regierungsparteien vereinbarten Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung, daß der neue Entwurf von den Gewerkschaften

ebenso entschieden abgelehnt werden muß wie der am 26. Februar veröffentlichte Vorentwurf.

Während die Gewerkschaften die Wiederherstellung des Achtstundentages fordern, begnügt sich der Regierungsentwurf damit, die Ueberschreitung des zehnstundentages einzuschränken.

entwurf damit, die Ueberschreitung des zehnstundentages einzuschränken.

An den für die regelmäßige Ueberschreitung des Achtstundentages entscheidenden Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung will der Entwurf nichts ändern.

Über selbst die Ueberschreitung des zehnstundentages soll auch künftig in weitgehendem Maße zulässig sein und in sehr vielen Fällen ohne vorausgegangene behördliche Genehmigung einzig von der Entscheidung des Unternehmers abhängen.

Gegenüber diesen Absichten erklären die unterzeichneten Vorstände erneut, daß es das Lebensinteresse der Arbeitnehmer und die wachsende Not der Millionen Arbeitsloser erfordern, der Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten.

Sie fordern deshalb die deutsche Arbeitnehmerenschaft auf, der Parole ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von Ueberzeitarbeit fortan aus eigenem Entschluß abzulehnen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Allgemeiner freier Angestellten-Bund, Angestellten- und Beamtenverbände.

Volksprotest gegen Muckerei.

Rundgebung der kulturellen Verbände wider das sogenannte Jugendschutzgesetz.

Der Reichsausschuß kultureller Verbände hatte für den gestrigen Donnerstagabend eine frei zugängliche Versammlung in die ehemalige Hochburg preussischer Reaktion, das Herrenhaus, zum Protest gegen den Gesetzentwurf „zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten“ einberufen. Vor dichtgefülltem Saal eröffnete der Vorsitzende des Volksbühnenverbandes und dieses Reichsausschusses

Curt Baake

die Rundgebung mit der Feststellung, daß von den eingeladenen Reichstagsfraktionen nur die sozialdemokratische der Einladung gefolgt ist. Die Deutschnationalen haben geantwortet, daß sie ihre sachverständigen Mitglieder sofort von der Einladung unterrichtet haben. Da sich auf Anfrage deutschnationale Reichstagsabgeordnete als anwesend nicht melden, nimmt der Vorsitzende an, daß diese Fraktion hierfür sachverständige Mitglieder nicht habe. (Einmütige Zustimmung.)

Ein Protesttelegramm Walter v. Drosos gegen diesen Gesetzentwurf wird unter lebhaftem Beifall verlesen.

Als Hauptreferent bezeichnet

Wolfgang Heine

das Gesetz als einen Zwillingenbruder des Schmutz- und Schundgesetzes, erzeugt vom Geist des Großinquisitors mit allen Hergen beiderlei Geschlechts, und beide wären nur möglich durch die Gleichgültigkeit von Publikum, Parteien und Presse. Nach der ersten Verkündigung ist dieses neue Gesetz sogar eine Verfassungsverletzung. Her-

vorgelesen ist es durch den „Reigen“-Prozess, in dem ein Theaterdirektor und mehrere Schauspieler angeklagt wurden, weil sie (in unbestritten bezogener Weise) etwas gespielt haben, was zwar nicht unzüchtig war, aber dem etwas auf der Bühne Gespieltes zugrunde lag, was, wenn es auf der Bühne gespielt worden wäre, unzüchtig gewesen sein würde! (Stürmische Heiterkeit.) Es erfolgte zwar nicht Verurteilung, aber die Bemühungen, solche Stücke zu verhindern, fehlen nicht aus und haben es nun zu diesem Gesetzentwurf geführt. Der neue Strafgesetzentwurf will die Aufführung von Stücken verhindern, die als Buch für unzüchtig erklärt worden ist, was bei unserer Rechtsprechung jedem Buch geschehen kann. Man redet von Kinos und Rummelplätzen, meint aber Schnitzler und Wedekind und nach dem Gesetz kann auch die Erklärung der Darwinischen Lehre als unsittlich erklärt und Vorträge darüber verboten werden. Tänze, Turnübungen, Schwimmvorführungen, selbst das Altzeichnen, Kunstausstellungen usw. könnten verboten und verhindert werden. Ausstellungen in Läden und ihren Schaufenstern sollen gleichfalls unter dieses Gesetz, selbst die Herstellung als unsittlich angesehener Wäsche und Kleider könnte verboten und bestraft werden. Darum schließt sich auch die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels unserem Protest an. Die auf sozialdemokratischen Antrag in den Entwurf hineingekommene Schutzbestimmung gegen Mißbrauch zur Bekämpfung ungewisser Meinungen gibt uns nicht genügende Gewähr, denn es bliebe immer die Möglichkeit des Verbots wegen „demoralisierender Wirkungsmöglichkeit“. Es wird eine Zensur wieder eingeführt, denn der Unternehmer kann verpflichtet werden, die Vorstellung so einzurichten, daß sie die behördliche Zustimmung erhält. Der Besuch von Vorstellungen, die als unsittlich der Jugend verboten sind, wird in der Provinz auf sehr vielen Erwachsenen unmöglich sein, da sie Rücksicht auf ihre eigenen Kinder nehmen müssen.

Solche Wiederherstellung der Vorzensur widerspricht der Reichsverfassung, zumal das Gesetz sogar nichtöffentliche Veranstaltungen, z. B. in Freundeskreisen, trifft. Noch ernster ist es, daß dieses Gesetz die Grundlagen des Rechtsstaates und der Republik erschüttert. Es gibt dem Betroffenen kein Rechtsmittel, es bestimmt auch die Ausführungsbehörde nicht, sondern überläßt das, wie die Regelung des Verfahrens den Landeszentralbehörden. In dem ersten Jahres-Entwurf war wenigstens die Dispolizeibehörde und Verwaltungsstreitverfahren vorgesehen — der Reichsrat hat das getilgt! Seit dem Kriege ist der Schutz des Bürgers gegen die Bürokratie stark abgebaut worden, an die Stelle des ordentlichen Rechtsschutzes ist die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde getreten. Die Republik sollte sich darauf besinnen, daß geordnete Rechtsverhältnisse wieder hergestellt werden müssen und daß nicht durch immer neue Gesetze die Nachfülle der Bürokratie und die Bevormundung durch sie erweitert werden. Wir müssen zum Rechtsstaat mit eigener Verantwortung kommen und dazu hilft dieses Gesetz nicht! (Lebhafte Beifall.)

Für die Freiheit der italienischen Anwälte!

Rundgebung deutscher Reichstagsabgeordneter.

Die unterzeichneten Rechtsanwälte, Mitglieder der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokratischen Partei, sind davon überzeugt, daß der Anwaltsstand seine hohen Ideale nur in voller Unabhängigkeit erfüllen kann. Sie betachten die Freiheit der Advokatur als ihr höchstes Gut.

Den italienischen Berufscollegen, die so schwere Zeiten zu ertragen haben, versichern die Unterzeichneten ihre volle Sympathie, und sie sprechen die Hoffnung aus, daß es den italienischen Anwälten in kurzer Zeit wieder vergönnt sein möge, als freie Männer dem Ideal der Gerechtigkeit zu dienen.

Dr. Bell (Z.), Dr. Bodius (Z.), Dr. Ludwig Haas (Dem.), Dr. Erich Koch (Dem.), Landsberg (Soz.), Dr. Covi (Soz.), Dr. Pflieger (Bayr. Vp.), Dr. Kurt Rosenfeld (Soz.), Saenger (Soz.).

Eine Zustimmungskundgebung Wilhelms von Scholz.

des Vorsitzenden der preussischen Akademiektion für Dichtkunst, wird unter allgemeinem Beifall verlesen.

Professor Hildebrandt

spricht für die Lehrer, die die drohende Bevormundung der Schülerbücher und des Vorlesens in den Schulen auf das entschiedenste ablehnen. Die Vaterschaft des Abg. Lic. Mumm kennzeichnet ja das Gesetz von vornherein genügend; es ist ebenso negativ wie das Schmutz- und Schandgesetz. Beide wollen den Teufel endgültig über die Grenzen des Reiches verbannen. Vom Standpunkt der Erziehung aus ist dieses Gesetz, das von Jugendlichen redet, aber die Erwachsenen meint, unbillig zu nennen. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Julius Bab

wird von einigen Anwesenden, die schon vorher zu stören versucht haben, wegen des Zwischenfalls in der „Volksbühne“ angetastet, so daß der Vorsitzende schließlich, da seine Mahnungen nutzlos blieben, mit Entfremdung der Störer drohen muß. Nach und nach tritt wieder Ruhe ein und Dr. Bab kann den ewigen Gegenstand lebendiger Kunstentwicklung und rechtsabwärtigen Dogmatismus entwickeln. Kunst ist durch sich revolutionär, sie braucht freilich nicht politische Tages Schlagworte sich zu eigen zu machen; die Kunst bringt den Menschen zur Selbstbestimmung und zum Aufwärtstreben — darum steht die Reaktion der Kunst feindselig gegenüber, ebenso aber auch jene, die Kunst erst dann anerkennen, wenn sie die Parteipolitik dieser Leute macht. (Stürmische Zustimmung und neue Störungsvorwürfe.) Nach Beiseiten in der deutschen Republik genug Macht haben, die in der Republik feind sind, das lebendige republikanische Selbstgefühl wächst erst heran und die Republik darf der nicht- oder sogar antirepublikanischen Bureaucratie eine solche Gesetzeshandhabung nicht anvertrauen. (Beifall.)

Grete Jim

protestiert als Vertreterin der Schauspielerschaft gegen eine erniedrigende Gefahr, welche in diesem Gesetz die deutsche Bühne bedroht. Das Theater ist nichts ohne die volle Freiheit und kann ohne sie nicht das werden, zu dem wir Schauspielern ihm zu werden helfen wollen. Das aber will dieses Gesetz hindern, das die Zensur in böserer Art wiederbringt. Das Gesetz will in Wahrheit die Jugend vor dem Geist, vor der Lustbarkeit, vor der Freiheit schützen. Das ist seine Absicht und darum bekämpfen wir es mit aller Kraft. Dieses Gesetz wird einem Kaff gleichen mit so viel Köpfen als Länder im Reich sind, aber ohne Gehirn und ohne Geschlechtsorgan. (Lebhafte Zustimmung.)

Frau Jim wurde ziemlich zu Beginn ihrer Rede von der „Opposition“ mißverstanden und unterbrochen, darauf plötzlich von einem offenbar irrsinnigen Mann grob beschimpft, der dann polizeilich als ein etwaniger Rittmeister v. Kogister festgestellt wurde.

Professor Besselt

für die bildenden Künstler, betonte, daß die im Gesetz vorgesehene Altersgrenze von 18 Jahren gar nicht als maßgebend angesehen werden kann, wie denn überhaupt die Gesetzmäßigkeiten von „Reife“ meist weisfremd sind. „Gefahren“ kommen der Jugend nicht von Vorführungen und, soweit sie überall entstehen können, lassen sie sich überhaupt nicht vertilgen. Die Gefahren der Umwelt der meisten Jugendlichen sind sozialer Natur und die Abhilfe ist nur auf sozial-politischem Wege, aber nicht auf polizeilichem möglich! (Lebhafte Beifall.)

Professor Destréich

analysiert die ganze Gesetzmacherei im Zeichen der Spieghelmüdigkeit; diesen beiden Gesetzen wird bald das Schulgesetz folgen, das unsere Kinder zu Musterspielern, Immunität gegen den Geist, heranbringen soll. Die unaufhörliche gesetzgeberische Notstandsarbeit läßt nur eine Republikaner heranwachsend, denn überall stehen die als Republikaner verkleideten Erzfeinde der Republik. Das sind Vorkriegsgesetze, die man anwenden will, wenn es gilt, wirkliche Republikaner bei passender Gelegenheit abzumurken. Deshalb kämpfen wir, sonst verschiedener Richtung, gemeinsam gegen jede Vermehrung dieses Vorkriegsarsenals. Den Hauptkampf zu führen steht uns noch bevor und da wird es mehr Treue als Schladitzgeschrei brauchen. (Großer Beifall.)

Die Kundgebung schloß nach dem üblichen Kommunistenrandaum mit der Annahme folgender

Entschließung:

„Das im Reichstag zur Beratung stehende Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten hat in weiten Kreisen des Volkes starke Beunruhigung hervorgerufen. Der vorliegende Ent-

wurf, der unter dem Vorwande des Schutzes der Jugend ein Zensurgefetz schaffen will, rechtferdigt in der Tat den Wunsch, daß das Volk vor dieser Art Jugendbeschneidung geschützt werde. Ohne den vorgeschlagenen Zweck auch nur im entferntesten erreichen zu können, bedeutet der Entwurf eine schwere Schädigung zahlreicher wirtschaftlicher Interessen und eine gefährliche Bedrohung der politischen, geistigen und kulturellen Entwicklung unseres Landes. Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den Verbruch, auf Schleichwegen die in der Verfassung garantierte Freiheit zu zerrüttern und durch Annahme des vorliegenden Gesetzes einen Zustand der Unfreiheit und Rechtsunsicherheit heraufzubefördern, der Deutschland zu einem Gespött in der ganzen Welt machen würde. Die Versammlung verlangt deshalb, daß das Gesetz, das in seiner jetzigen Fassung unerträglich ist, vom Reichstag abgelehnt wird.“

Maiwahlen in Mecklenburg.

Die Auflösung des Landtages beschlossen.

Schwerin, 31. März. (WFB.) Im Landtag wurde heute der Gesetzentwurf über die einstweilige Regelung der Führung des Staatshaushalts für 1927 angenommen und damit zugleich die Auflösung des Landtages am 12. Juni beschlossen. Die Neuwahlen sind auf den 22. Mai d. J. angesetzt worden.

Die Kommunisten haben es erreicht. Sie haben Arm in Arm mit den Deutschnationalen die Mecklenburger Linksregierung gestürzt. Sie haben jedoch nicht verhindern können, daß die Linksregierung noch vor der Auflösung die für das Land notwendigen Gesetze verabschiedet hat. Die Rolle der Mecklenburger Kommunisten ist erbärmlich. Als am 24. März die Kommunisten mit dem Auflösungsantrag gemeinsam mit den Deutschnationalen vor den Landtag traten, erklärte Genosse Wolmann vor dem Landtag: Dieser Landtag ist noch hartem Wahlkampf zustande gekommen. Wir haben versucht, in diesem Landtag Positives für das schaffende Volk zu leisten. Das ist auch in vielen Fällen gelungen.

Wir fragen uns: Ist es wirklich zweckmäßig, jetzt den Landtag aufzulösen? Wir waren anfangs überhaupt nicht für eine Landtagsauflösung zu haben, weil wir glaubten, daß auch die Kommunisten den Wert dieser Regierung erkennen würden, daß auch sie schließlich vernünftig würden. Wir haben uns in dieser Annahme getäuscht.

Das Steuergesetz, das von der Regierung vorgelegt ist, hat an sich zweifellos eine Mehrheit im Landtag. Und zwar von den Demokraten bis zu den Kommunisten. Dieser Gesetzentwurf ist für die kleine Bevölkerung von ungeheurer Bedeutung. Und nun sollen wir den Landtag auflösen? Dem Landtag liegt ein Gesetz vor, den Wohnungsbau ungeheurer zu beschleunigen. 20.000 Wohnungen sollen gebaut werden. Und nun sollen wir den Landtag auflösen? Ich bin überzeugt, daß die kommunistischen Abgeordneten hier im Landtag bereit sein würden, die Politik der Regierung zu unterstützen. Aber die Zentrale in Berlin verhindert das. Ich bin von Leuten, die den Kommunisten nahestehe, bei Versammlungen gefragt worden:

„Wie ist diese Politik der Kommunisten überhaupt möglich? Haben sie von den Deutschnationalen viel Geld bekommen?“

So ist die Stimmung im Lande.

Angeht dieses Blödsinn der Kommunisten sind wir leider nicht mehr in der Lage zu regieren. Wenn sich die Reaktion mit den Kommunisten verbündet, dann müssen wir im Landtag unterliegen! Wir sind deshalb bereit, den Landtag aufzulösen. Aber wir müssen verlangen, daß der Staatsbetrieb nicht gestört wird. Bedenkende Mittel für Bauzwecke stehen im Plan. Die Mittel für die Landarbeiterwohnungen müssen sofort zur Verfügung gestellt werden. Das Bauen muß jetzt beginnen. Das Steuergesetz der Regierung Brandenstein muß mit dem 1. April geändert sein, wenn nicht die

Bevölkerung die Brandenstein-Steuern weiterzahlen soll. Vor der Auflösung muß das Steuergesetz so oder so erledigt werden. Genau so ist es mit dem Wohnungsbau. Das Gesetz muß vor der Auflösung erledigt werden.“

Die arbeiterfeindliche Haltung der Kommunisten ist durch diese Ausführungen gekennzeichnet. Sie werden bei den Wahlen die Quittung erhalten!

Sozialdemokratie und Sparerbund.

Dr. Best und der Sparerbund sprechen der Sozialdemokratie ihren Dank aus.

Bei den letzten Reichstagswahlen hatten die Deutschnationalen die Erhaltung ihres Besitzstandes nur dem Kniff zu verdanken, daß sie den anerkannten Führer der Sparerbewegung, Dr. Best, an aussichtsreicher Stelle auf ihren Reichswahlzettel setzten. Sie erweckten damit und mit zahlreichen Wahlkündgebungen den Anschein, als ob sie vollkommen mit den Aufwertungsbestrebungen des Deutschen Sparerbundes einverstanden seien.

Kaum war Dr. Best als Abgeordneter in den Reichstag eingezogen, da rückten die Deutschnationalen von ihm ab und vertieten die Sparrer. Da Dr. Best aber als Mitglied des Aufwertungsausschusses auf die Vertretung seiner Überzeugung nicht verzichten wollte, entzog ihm die deutschnationale Fraktion seinen Sitz im Ausschuss. Darauf schied Dr. Best aus der deutschnationalen Fraktion aus und prangerte ihr verräterisches Verhalten in der Öffentlichkeit scharf an. Um dem genauesten juristischen Kenner der Aufwertungsfrage die Möglichkeit zu geben, seine Ansichten im Ausschuss zu vertreten, räumte damals schon die Sozialdemokratie Herrn Best einen ihrer Sitze im Aufwertungsausschuss ein.

Als die Völkische Arbeitsgemeinschaft, der Dr. Best später als Hospitant beitrug, ihn selbst in den Ausschuss delegierte, fiel der Ausschussführer Dr. Bests wieder an die Sozialdemokratie zurück. Nun hat sich die Völkische Arbeitsgemeinschaft gerade in dem Augenblick aufgelöst, in dem die Aufwertungsfrage im Rechtsausschuss des Reichstages aufs neue zur Beratung gelangt. Dr. Best wäre also jetzt wieder außerstande, an diesen Beratungen teilzunehmen, wenn ihm nicht eine andere Fraktion einen Sitz zur Verfügung stellte. Die sozialdemokratische Fraktion hat ihm einen ihrer acht Sitze ohne jede Bindung für die Dauer der Beratung der Aufwertungsfrage eingeräumt.

Für dieses Entgegenkommen spricht Dr. Best der Fraktion in einem Schreiben vom 30. März seinen Dank aus. Er betont, daß ihm durch Gewährung eines Sitzes im Rechtsausschuss ein namhafter Dienst erwiesen sei und fährt fort:

„Für die hochherzige Tat beschreibe ich mich, der Fraktion hierdurch meines herzlichsten Dankes zu versichern.“
Ebenso sagt der Vorstand des Deutschen Sparerbundes in einem an unsere Reichstagsfraktion gerichteten Schreiben: „Wir versichern nicht, Ihnen für Ihre Entgegenkommen zugleich auch im Namen der von uns vertretenen geschädigten Sparrer, Rentner und Gläubiger unseren verbindlichsten Dank auszusprechen.“

Deutsch-französisches Abkommen.

Das Handelszuzugabkommen in Paris unterzeichnet.

Paris, 31. März. (WFB.) Das Zusatzabkommen zu dem vorläufigen Handelsabkommen und den wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich ist heute abend 7.45 Uhr am Dual d'Orsay von dem deutschen Botschafter, Herrn v. Hoersch, dem französischen Außenminister Briand und dem französischen Handelsminister Bolanowski unterzeichnet worden.

Die Flucht aus dem völkischen Lager. Die völkischen Landtagsabgeordneten Stock und Kaiser, die ihrer Partei, wie viele ihrer Kollegen vom Reichstag, kürzlich den Rücken zugewandt haben, sind von den Deutschnationalen als Gast in ihre Fraktion aufgenommen worden.

Das Theater-Umsteigebillet.

In der neuen Theaterkasson wird der Kartenvertrieb auf eine ganz neue Basis gestellt werden. Die Theaterleiter der meisten Berliner Bühnen sind übereingekommen, die Eintrittspreise möglichst gleichförmig zu halten und ihren Besuchern die Möglichkeit zu geben, an ein und demselben Abend das Theater zu wechseln.

So grotesk dieser Plan auch klingt, im Theaterartenvertrieb eine ähnliche Organisation auszubilden, wie sie die Berliner Verkehrsunternehmen vor wenigen Tagen eingeführt haben, so sehr ist der Gedanke zu begrüßen. Wer für sein schönes Geld sich den Besuch einer Theatervorstellung verschaffen will, muß auch die Möglichkeit haben, je nach Geldmacht auf seine Kosten zu kommen. Die übliche Theaterkritik bietet aber dem normalen Theaterbesucher beinahe keine Sicherheit, ob auch der Abend seinen Erwartungen entsprechen wird. Im Gegenteil, die Zuschreien an die Redaktionen beweisen, daß der Kritiker nicht selten entgegengelegter Meinung ist wie die Mehrzahl der Theaterbesucher. Besitzt dem einen oder dem anderen die Vorstellung nicht, so hat er nach dem neuen Plan die Möglichkeit, sich nach an anderer Stelle die erwarteten Genüsse zu beschaffen.

Seider aber scheint der begrüßenswerte Gedanke durch die törichte Form der Ausführung zu einer albernem Farce umgebogen zu werden. Es haben sich dem Plan die Staatstheater, die Scala, der Wintergarten, das Kabarett der Komiker, die Volksbühnen, die Reinhardt-Barnowski-Robert, die Salkenburg-Bühnen und das Hofe, das Trianon, das Kleine Theater, das Große Schauspielhaus, das Theater in der Kommandantenstraße und der Arkus Busch angegeschlossen, während das Casino-Theater sich noch nicht entschlossen zu haben scheint. In bedauerlicher Ueberbescheidenheit wolle nun die Staatstheater einen Uebergang von einem ihrer Häuser in die Scala oder in den Wintergarten nicht gestatten, während das Umsteigen von den Varietebühnen zu sämtlichen übrigen Theatern möglich und sogar erwünscht ist.

Aufs schärfste ist dagegen zu protestieren, daß die Staatstheater das Kunstbedürfnis nach einer bestimmten Richtung hin zu monopolisieren versuchen. Gerade die nervenaufpeitschenden Vorführungen der vom Intendanten Jesner bevorzugten modernen-revolutionären Dramatik („Andacht zum Kreuz“ usw.) lassen eine Entspannung des Theatergastes in einer Varietebühne durchaus wünschenswert erscheinen. Wir wollen hoffen, daß sich die maßgebenden Stellen noch rechtzeitig eines Besseren besinnen, damit der große Gedanke einer Verbreiterung des allgemeinen Kunstverständnisses nicht vor der Durchführung zerfliegen wird.

Etich Fechter leit am 2. April, abends 8 Uhr, im Wieneraal des Opernhäuses unter dem Protektorat des österreichischen Gesandten zusammen 7 erleuchteter österreichischer Künstler. Das Programm des Abends, das in Verbindung mit dem Verband Deutscher Erzähler veranstaltet wird, umfaßt vorwiegend Dichter des Zeit.

Die Galerie Wilschek, Wilschekstr. 2, eröffnet am 5. April eine Ausstellung von Bildnissen und Zeichnungen von 30 namhaften Malern und 1000 Bildern. Gleichzeitig wird Ringelstein an mehreren Nachmittagen neue und alte Gemälde in der Galerie zum Vortrag bringen.

Der Kunsthistoriker Spanier, Schillerstr. 5, stellt im April Arbeiten von Frau Annemarie Kruse von Gafimoss aus. Die Ausstellung ist täglich von 10-6 Uhr geöffnet.

Wenn ER reiste.

Weiß man eigentlich noch, was ein Monarch ist? Selbst bei Republikanern ist die Erinnerung bereits im Verfließen. Wir vergessen ja soviel und so schnell. Da ist vielleicht eine deutsche, positive Rück Erinnerung ganz angebracht, wenn sie auch nur einen einzigen, winzigen Zug des monarchischen Klimbings und Drumherums widerspiegelt. Vor uns liegt ein statisches Heft mit dem pompösen Titel:

Preussisch-heftige Staatseisenbahnen.

Vorschriften

bei

Reisen allerhöchster und höchster Herrschaften.

(R. A. u. H. S.)

gültig vom 1. April 1900.

Diese amtlichen Vorschriften umfassen auf 21 Druckseiten nicht weniger als 94 Einzelbestimmungen. In der Erkenntnis, daß dies für den Kopf eines gewöhnlichen Eisenbahners zuviel des Guten sein könnte, ist im Anhang noch ein vierseitiger Auszug der „wichtigsten“ Paragrafen beigelegt.

Nimmt man die Bestimmungen durch, so erhält man einen Begriff, wie eine gewöhnliche Privatreise nicht etwa nur seiner Majestät, sondern auch irgendeines g-befiedigen Prinzen in dem gesamten Beamtenapparat eine Aufregung hervorrufen mußte, wie ungefähr der unerwartete Transport einer Kriegsstarken Division. Was mußte nicht alles beachtet, woran nicht gedacht, was veranlaßt werden, um gemäß Ziffer 2 die Reisen mit der größtmöglichen Sicherheit, Pünktlichkeit und Bequemlichkeit durchzuführen.“ Zu alle von der Reise berührten Stationen hatte sofort Meldung zu ergeben, aber nicht nur an diese, sondern auch an sämtliche Ortspolizeibehörden und jedes am Stationsort befindliche oberste Militär- und Marinekommando.

Kein überflüssiges Geräusch, kein Anrücken des Zuges, keine Erschütterung auf krümmungsreichen Strecken durfte die Ruhe der höchsten und allerhöchsten Herrschaften beeinträchtigen. Der gesamte Oberbefehl mußte angehalten werden, wenn aus ihm auch nur die geringste Gefahr für den Hoiszug erwachsen konnte. So bestimmt z. B. Nr. 14:

„Bei Reisen Ihrer Kaiserlichen und Königlich Majestäten dürfen Züge mit verschleppbarer Ladung dem Hoiszug auf freier Strecke nicht begegnen.“

Besondere Fahrpläne und Dienstordnungen mit genau spezialisierten Einzelheiten, deren strengste Geheimhaltung ausdrücklich befohlen wird, waren für jede Fahrt einzeln anzufertigen. Wehe dem Eisenbahner, der zu schwere Stiefel trug! Sogar doch Nr. 39 ausdrücklich:

„Alle Dienstverrichtungen sind möglichst geräuschlos auszuführen. Das Betreten der Wagendecken darf nur mit besonderer Behutsamkeit geschehen. Der Lokomotivführer hat den Gebrauch der Dampfpeife auf das geringste Maß zu beschränken.“

Und Nr. 40 ordnet zur Bequemlichkeit der „Höchsten“ und „Werhöchsten“ weiter an:

„Waldentrümmungen und gekrümmte Gleisstrecken, hinter denen eine Gegenkrümmung folgt, sind so langsam zu durchfahren, daß dabei Stöße und heftige Schwankungen vermieden werden.“

Fürstlicher Gedanke, daß Wilhelm gerüttelt wie ein ganz gewöhnlicher Sterblicher durch die Kurve kommen könnte.

Eine weitere Bestimmung macht es dem Lokomotivführer zur Pflicht, den Zug auf End- und Zwischenstationen „genau an der richtigen Stelle zum Halten zu bringen“. Dabei ist den Vorschriften der Vorschriften etwas Entschuldigendes passiert: Dieser Punkt war nämlich bei Tage durch einen Beamten oder Arbeiter „mit der entfalteten roten Fahne“ zu bezeichnen. Ob sie den 9. November vorausprognostizieren haben, an dem die entfalteten roten Fahnen Wilhelm an der richtigen Stelle zum Halten, aber auch zum Verschwinden mit beschleunigter Fahrt brachten?

Aber diese „richtige Stelle“ ist ein äußerst wichtiger Moment in der Regierungstätigkeit. Deswegen sind ihr nicht weniger als vier Paragrafen gewidmet. Besonders sorgfältig beschäftigt sich Nr. 42 mit ihr:

„Damit die Stationen diesen Punkt im voraus bestimmen können, ist ihnen die Entfernung von der Mitte der Tritte zum Bestiegen des Führerstandes der Lokomotive bis zu der Aussteigetur des von den Allerhöchsten oder Höchsten Herrschaften benutzten Wagens in Metern und Zentimetern (1) telegraphisch mitzuteilen, z. B. Entfernung vom Führerstand bis Aussteigetur 61 Meter 40 Zentimeter.“

Wir stellen uns im Geiste die Katastrophe vor, wenn ein saumseliger Zugbeamter um 30 Zentimeter falsch gemessen hätte. Aber das kam sicherlich nicht vor.

Kaisersliche vulgäre Züge, die früh genug waren, den „Allerhöchsten“ zu kreuzen, ihm zu begegnen oder gar — man sieht daraus, welche Freiheiten die Monarchie gestattete — ihn zu überholen, durften die Freiheit denn doch nicht zu weit treiben. Sie hatten noch Nr. 46

„Qualmen der Lokomotive, sowie das geräuschvolle oder die freie Aussicht behindernde Dampfblasen nach Möglichkeit zu vermeiden.“

Leider fehlt die Bestimmung, wie die Lokomotive Ehrenbezeugung macht, etwa durch Anlegen des rechten Vorderrades an den Schornstein.

14 Paragrafen dieser Art, etwa das Dreifache an Umfang dessen, was das Bürgerliche Gesetzbuch dem Dienst- und Arbeitsvertrag an Bestimmungen widmet. Ein unvergängliches Dokument monarchischer Kultur!

Polizeidebatte im Landtag.

Innenminister Grzesinski gegen die Salzenkreuzler.

Der Landtag erledigte am Donnerstag zunächst neben kleineren Vorlagen in erster und zweiter Lesung die Verlängerung des jetzt geltenden Schutzpolizeibeamtengesetzes bis zum 1. Oktober 1927. Die vom Abg. Müller-Hannover (Soz.) beantragte fortwährende dritte Lesung scheiterte am Widerspruch der Kommunisten.

In der fortgesetzten Debatte über den Innenetat (Polizeifragen) ergriff nach Ausführungen des Abg. Schwend-Oberhausen (Bsp.) und nach maßlosen antijewischen Hejreden des Abg. Körner (Wolk.) sowie des Abg. Haake (Nat.-Soz.) (Tendenz: „Die Polizei ist in jüdischen Händen“ — „Memoranden und Wasserunde sind Erfindungen der Polizei zugunsten der Juden“) das Wort

Innenminister Grzesinski:

Ich halte mich für verpflichtet, Kriminalbeamte, die in Erfüllung ihrer Dienstpflicht gehandelt haben und die Herr Baedeker in der letzten Woche hier als Spitzel bezeichnete, gegen diese entehrende Bezeichnung in Schutz zu nehmen. Die Behauptung des Abg. Borch über angebliche Unregelmäßigkeiten des Polizeipräsidenten Kemmer hat sich auf Grund eingehender Untersuchung als unrichtig erwiesen. Der Abg. Schlange-Schönungen glaubte allerdings dabei durch einen Zwischenruf feststellen zu müssen, daß solche Unregelmäßigkeiten jetzt allgemein üblich wären. Ich protestiere gegen diese Bezeichnung der mir unterstellten Beamten! (Abg. Schlange-Schönungen (Dnat.) wiederholt unter großer Entrüstung des Hauses seinen Zwischenruf.) Diese Wiederholung illustriert treffend Ihre (nach rechts) äußerlich zur Schau getragene Beamtentreuebliebe. (Sehr wahr! links.)

Im übrigen wünsche ich, daß im alten Staat die verantwortlichen Herren bei Amtsvergehen der Beamten ebenso schnell durchgegriffen hätten, wie das heute geschieht. (Zustimmung links.)

Die wiederholt geforderte Erhöhung der Polizeibeamtensoldatenerhöhung erscheint auch mir wünschenswert. Aber sie ist nur durch Landtagsbeschlüsse möglich. Die Staatsregierung wird sich einer Neuregelung nicht entziehen lassen, wenn der Landtag gleichzeitig für die nötigen Einnahmen sorgt. Ich wende mich gegen die demagogische Art, die Beamten gegen mich zu verhetzen weil ich angeblich gegen die Besoldungserhöhung bin. Vielleicht wirken die Herren von rechts auf ihre Freunde in der Reichsregierung ein, daß wir künftig mit einer besseren Polierung der Länder auch unsere Polizeibeamten erhöhen können. Ohne der Debatte über das Polizeibeamtengesetz vorzuziehen zu wollen, möchte ich jetzt schon der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich in Nebereinstimmung mit dem Staatsrat sicherlich eine Einigung zwischen mir und dem Landtag erzielen lassen wird.

Grundlegende Bedenken gegen die Organisation der Polizei sind in der Aussprache nicht vorgebracht worden. Vergleiche zwischen früher und jetzt sind abwegig.

Wenn die Rechtsparteien immer noch Mängel feststellen, so dürfen sie nicht vergessen, daß der Zusammenbruch ihr Werk ist. (Sehr wahr! links.)

Solange die Deutschnationalen nicht das Innenministerium besetzt haben, werden sie gegen jeden Minister Opposition machen und ihn zu verdächtigen suchen. (Sehr gut! links.)

Auf die Ausbildung der jüngeren Polizeibeamten muß natürlich der größte Wert gelegt werden, aber in der Hauptsache sollen sie in ihren berufsmäßigen Fächern weitergebildet werden. Wenn vom Minister die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verlangt wird, muß er auch die Möglichkeit haben, unfähige Beamte zu versetzen oder auch nötigenfalls zu entlassen.

In bezug auf die Ausführungen des Abg. Haake wiederhole ich, daß ich keine bewaffneten Demonstrationen dulden werde. Es ist unerträglich, daß sich jemand bewaffnet, um sich angeblich selbst zu schützen. Das ist lediglich Aufgabe der Polizei. Es wird deshalb auch bei dem Störverbot bleiben. Der Abg. Haake hat in seiner Rede die Vorgänge von Lichterfelde völlig auf den Kopf gestellt. Er hat versucht, sich als das verfolgte Lamm hinzustellen.

In einem mir vorliegenden Rundschreiben der Nationalsozialisten wird angefordert, gegnerische Versammlungen durch Terror zu sprengen und in andersgerichteten Organisationen Spitzeldienste zu verrichten.

Polizeiliche Durchsuchungen in kommunistischen und nationalsozialistischen Versammlungen haben nur bei den Nationalsozialistischen Waffen zutage gefördert. Herr Oberlein hat im Hinblick auf den Stahlschmelztag am 8. Mai vorgeschlagen eine provokierende Rede gehalten. Ich warne dringend davor, durch Gegenmaßnahmen Zusammenstöße heranzubekommen. Auf jeden Fall wird die Polizei Vorkehrungen treffen, um Ausschreitungen jeglicher Art zu verhindern. (Beifall links und in der Mitte.)

Nach Ausführungen der Abg. Borch (Dnat.), Kaiser (Komm.), Rave (Dem.) und Paul Hoffmann (Komm.) schließt die Debatte.

Nächste Sitzung Freitag, 12 Uhr: Ausführungsgesetz zum Finanzausgleich, Grundsteuer, kleine Erbs.

Die Krise in Thüringen.

Das völkische Mandat für ungültig erklärt.

Weimar, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstagsitzung des Thüringischen Landtags wurde anlässlich der Erledigung der Wählprotokolle das einzige völkische Mandat mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten für ungültig erklärt, weil seine Zuteilung nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Die anderen Parteien entschlössen sich der Abstimmung, nachdem ein Antrag, die Unzuständigkeit des Landtags zugunsten eines Wahlprüfungsgerichts festzustellen, abgelehnt worden war. Dabei bezeichnete der Führer der Deutschen Volkspartei die von den Demokraten angebotenen Koalitionsverhandlungen für gefährdet, wenn die SPD. das völkische Mandat für ungültig erklären würde. Der völkische Abgeordnete verließ sofort nach der Abstimmung den Saal unter Drohungen gegen die SPD.

Lange-Hegemanns Vermögen.

Feststellungen im Barmat-Prozess.

Im Barmat-Prozess wurden gestern die Vermögensverhältnisse Lange-Hegemanns besprochen. Der Vorsitzende stellte aus der Anklageschrift fest, daß Lange-Hegemann zur Zeit des Kreditabstufens bei der Post, bei der Merkurbank auf dem ordentlichen Konto eine Schuld von 40000 Mark hatte. Die Anklage vertritt hier den Standpunkt, daß der Angeklagte ein großes Interesse daran hatte, daß seiner Schuld auf dem ordentlichen Konto wenigstens zeitweilig ein Guthaben auf dem Separatkonto, auf das die Münchener Gelder gutgeschrieben wurden, gegenüberstand. Im November 1924, als Lange-Hegemann bei Julius Barmat ausschied und auf dessen Wunsch seine Aufsichtsratsstelle in den Gesellschaften des Konzerns niederlegte, war seine Schuld auf dem ordentlichen Konto auf rund 408500 Mark angeschwollen, während auf dem Separatkonto damals noch ein Guthaben von 145000 Mark bestand, das sich bis zum 31. Dezember auf etwa 116000 Mark verringerte. 57000 Mark waren von Lange-Hegemann persönlich abgehoben worden und außerdem waren größere Zahlungen, so 71000 Mark an die Holz- und Holzindustrie und Beträge für verschiedene Bankhäuser und Firmen geleistet worden. Bei seinem Ausscheiden stellte Lange-Hegemann Barmat

London treibt zum Ultimatum.

Vorschlag eines Ultimatum an die Kanton-Regierung in Washington und Tokio.

London, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die britische Regierung ist an die Regierungen von Japan und der Vereinigten Staaten herangetreten, um gemeinsame Schritte der drei Mächte gegen die Kantonregierung herbeizuführen und die auf eine Wiedergutmachung für die Vorkommnisse in Nanjing hinführenden. Aus den amtlichen und halbamtlichen Neußerungen gewinnt man den Eindruck, daß eine Art Ultimatum an die Kantonregierung geplant ist, daß für den Fall der Nichterfüllung der Forderungen der Mächte mit den schärfsten Repressalien droht.

Der japanische General Schlangkaiji hat in einem Interview erklärt, daß die militärischen Behörden der Kuomintang bereits eine genaue Untersuchung der Vorkommnisse in Nanjing angeordnet hätten. Er fügte hinzu, daß er für den Fall der Verantwortlichkeit von Angehörigen der Kantonarmee für die Vorkommnisse in Nanjing bereit sei, volle Genugtuung zu gewähren und die Opfer und deren Hinterbliebenen entschädigt würden. Man gewinnt in London jedoch den Eindruck, daß die britische Regierung sich mit einer bloßen materiellen Entschädigung nicht zufrieden geben wird, sondern die Forderungen der Mächte darüber hinaus sich auf das politische Gebiet erstrecken werden.

Als mögliche Repressalie wird in politischen Kreisen eine Blockade aller von der Kantonregierung beherrschten Gebiete genannt, doch dürfte es sich hier um eine Kombination handeln, da nach den aus Japan vorliegenden Meldungen als sicher angenommen werden kann, daß Japan einer solchen Blockade wegen Schädigung seiner eigenen Interessen niemals zustimmen würde.

Protest der ICP.

London, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteivorstand der ICP. (Unabhängige Arbeiterpartei) hat in seiner jüngsten Sitzung zu der Lage in China eine Entschliebung angenommen, in der einseitig darauf hingewiesen wird, daß die Haltung der britischen Regierung in den allernächsten Tagen darüber entscheiden werde, ob sich die Beziehungen zwischen Großbritannien und China zu einem offenen Kriegszustand ausarten oder zu einer friedlichen Beilegung der Schwierigkeiten führen werde. „Es besteht die Gefahr“, fährt das Manifest fort, „daß Erbitterung über die bedauernden Vorkommnisse der jüngsten Tage die Politik bestimmen wird, anstatt eine großzügige Erkenntnis der Ursachen dieser Ereignisse und der Zukunftsbedeutung dessen, was sich gegenwärtig in China abspielt. Angesichts der Politik, welche in der Vergangenheit betrieben wurde, ist es unermesslich, daß sich in einer solchen Revolution, in die Millionen Menschen verwickelt sind, beklagenswerte Ereignisse abspielen; aber Radikalismus und Weigerung, in Verhandlungen einzutreten, müssen lediglich den Antagonismus verstärken, welcher diesen Ereignissen zugrunde liegt.“

Die Unabhängige Arbeiterpartei fordert deshalb die Öffentlichkeit auf, einen Druck auf die Regierung auszuüben, um die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zum Zwecke der Aufgabe der extraterritorialen Rechte und der Uebergabe

eine Auslagenaufstellung auf, in der er von Barmat 7000 Mark für Bureaukosten und Auto, 41000 Mark für Abfindung und Aktienankauf, 37000 Mark für Wohltätigkeits- und Partei-zwecke verlangt. Ferner waren noch 10000 und 37800 tschechische Kronen, sowie ein Betrag von über 33000 Mark für besondere Zwecke angeführt worden, Summen, die an den verstorbenen Reichspostminister Hoefle gegangen sind, und die noch besonders erörtert werden sollen.

In diese Aufstellung knüpfte sich eine längere Auseinandersetzung, in der Lange-Hegemann betonte, die 37000 Mark für Wohltätigkeits- und Partei-zwecke erklärten sich dadurch, daß Julius Barmat sich an Unterstützungen für Rüstler usw. beteiligen wollte, und daß er, Lange-Hegemann, diese Beträge ausgelegt habe. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte Lange-Hegemann, daß er im Jahre 50 — 60000 Mark für die Partei und Unterstützungen ausgegeben habe.

Aus den Akten wurde dann ferner festgestellt, daß Lange-Hegemann bei seinem Ausscheiden aus der Merkurbank auf Veranlassung von Julius Barmat eine Aufsichtsratsmandate in der Deutschen Bergbau A.-G., der Optischen Schülz A.-G. und der Chiffrier-Maschinen A.-G. niedergelegt hatte, und daß Barmat die Aktien dieser Gesellschaften, die in Lange-Hegemanns Besitz waren, übernahm. Am 12. November erfolgte dann die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Lange-Hegemann und Barmat, die ergab, daß Lange-Hegemann nach Abzug der verschiedenen Ausgaben für Wohltätigkeits- und Partei-zwecke, die Zahlungen an Hoefle usw. einen Restbetrag von etwa 120000 Mark noch zu zahlen hatte.

Dem Vorsitzenden wurde dem Angeklagten Lange-Hegemann dann ausgegeben, daß er genaue Befehle für die Verwendung der abgehobenen Gelder und der angebotenen Unterstützungen erbringen solle. Mit Rücksicht darauf, daß Lange-Hegemann einen Teil seiner Unterlagen aus Botrotz herausgegeben muß, wurde die Verhandlung auf Montag vormittag 10 Uhr ausgesetzt, wo die Vermögensverhältnisse von Lange-Hegemann noch einmal eingehend erörtert werden sollen.

Prozess Laurssen.

Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Ceppzig, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Reichstags-sitzung vom 31. März brachte der sozialdemokratische Reichstags-abgeordnete Dr. Rosenfeld einen Fall zur Sprache, wonach der Oberreichsanwalt gegen einen dänischen Staatsangehörigen ein Landes- und Hochverratsverfahren eingeleitet hatte, weil letzterer ein Schriftstück, das der Reichskommissar für geheim erklärt hatte, einem anderen Lande übergeben wollte. Was geheim in diesem Schriftstück war, wurde selbst vom Reichsinnenminister v. Reubell unbeantwortet gelassen. Am Donnerstag stand nun vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts (Riedner-Senat) die Haupt-verhandlung gegen den 37-jährigen Dekorationsmaler Georg Laurssen aus Berlin an. Die Verteidigung hatte Dr. Rosenfeld übernommen. Gleich bei Beginn der Verhandlung beantragte der Reichsanwalt Dr. Fißgel wegen Gefährdung der Staatsicherheit den Ausschluß der Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung. Die Begründung seines Antrages erfolgte ebenfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Dr. Rosenfeld widersprach diesem Antrag, da der Angeklagte auch wegen Hochverrats angeklagt sei und somit die zur Sprache kommenden Dinge jedermann bekannt seien. Darauf ließ sich der Riedner-Senat nicht ein; er schloß ohne weiteres die Oeffentlichkeit aus. Der Prozess wird mehrere Tage dauern; 20 Zeugen sind geladen, ebenso nehmen mehrere Regierungsvertreter an der Verhandlung teil.

der Konzeption an die Chinesen bei gleichzeitiger Zurückziehung der britischen Streitkräfte herbeizuführen.

Amerikanische Stimmen gegen England.

New York, 31. März. (W.B.) „New York Times“ begrüßt die Beschaffung der Amerikaner in China, da in Amerika allgemein der Wunsch herrsche, daß es in der gegenwärtigen Krise so wenig wie möglich zu Blutvergießen kommt. „World“ fesselt Coolidges staatsmännische Fähigkeiten, dank deren er den Versuch rechtzeitig bemerkt habe, die Vereinigten Staaten in den Vordergrund eines neuen Abenteurers im fernen Osten zu drängen. Der Hintergrund der Tatsache, daß jetzt von englischer Seite die Einheit der angelsächsischen Nationen proklamiert werde und ebenso die Gründe der Anschwärmung Chinas als bolschewistisch seien die englischen Pangloss-Interessen, die nun auf einmal mit den amerikanischen identisch seien, während es früher als feindseliges At angefehen worden wäre, wenn einer amerikanischen oder einer sonstigen englischen Gesellschaft der Eisenbahnbau im Yangtseetal gestattet worden wäre. Coolidge habe sich durch diese Dinge nicht täuschen lassen. Seine Haltung zeige Verständnis für die den Vereinigten Staaten auferlegte Verantwortung und sie zeige Toleranz gegenüber dem jungen chinesischen Nationalismus.

Schanghai unverändert ruhig.

Paris, 31. März. (Eig. Drahtbericht.) An hiesiger zuständiger Stelle wird am Donnerstag mit neuem den englischen Klarnachrichten entgegengetreten, wonach es in der französischen Konzeption in Schanghai zu ersten Zusammenstößen und blutigen Ereignissen gekommen sei. Ein vom französischen Flottenkommandanten und vom französischen Generalkonsul in Schanghai am Quai d'Orsay eingetroffenes Telegramm dementiert diese englischen Nachrichten aufs energischste und meldet, daß die Lage in Schanghai unverändert ruhig sei.

Englische Tendenzmeldungen.

Schanghai, 31. März. (Reuter.) Ein amerikanischer Torpedobootszerstörer landete 47 englische und amerikanische Flüchtlinge, die von Nanjing kamen und vor ihrer Einschiffung mit Steinen beworfen (?) worden waren.

Schanghai, 31. März. (Reuter.) In einem Prozeß gegen einen Chinesen, der angeklagt ist, einen Arbeitswilligen ermordet zu haben, sagten Zeugen aus, der Führer der Arbeitergewerkschaft habe für jeden Mord zehn Dollar gezahlt (?).

Sicherheitsmaßnahmen in Singapur.

Singapur, 31. März. (Reuter.) Der Aufbruch (?), der sich kürzlich anlässlich des Jahrestages des Todes des früheren Premierministers Sunjais ereignete, hat aufgehört. Die Regierung hat aber bekanntgegeben, daß es notwendig war, scharfe Maßnahmen zu ergreifen und daß jede Wiederholung der Unruhen streng unterdrückt werden würde.

Massenverhaftungen in Litauen.

Ein sozialistisches „Komplot“ als Vorwand. — Jeder Sozialist in äußerster Lebensgefahr.

Riga, 31. März. (Rit.) Unter dem Vorwand, daß die Sozialisten und Bolschewisten zum Sturze der jetzigen Regierung ein Bündnis mit den bekanntlich in Litauen verbotenen Kommunisten abgeschlossen hätten, sind, wie aus zuverlässiger Rownoer Quelle bekannt wird, in diesen Tagen in Rowno

rund 60 Volkssozialisten und Sozialdemokraten und ihnen nahe-stehende Personen auf Veranlassung der litauischen Behörden verhaftet

worden. Von diesen Verhafteten sind sechs junge Leute herausgegriffen worden, die nicht durch das Kriegsgericht, sondern durch ein sogenanntes Feldgericht abgeurteilt werden sollen. Was das bedeutet, darüber ist sich jeder Kenner der Verhältnisse klar: man wird sie, wenn nicht von höherer Seite dagegen eingeschritten wird, in einem geheimen und formlosen Verfahren zum Tode durch Erschießen verurteilen. Prober sind alle Interventionen von Anstehenden Politikern und alle flehentlichen Bitten der Angehörigen der betreffenden Verhafteten ohne jeden Eindruck sowohl beim Staatspräsidenten wie beim Ministertabellat geblieben.

In ununterrichteten Kreisen Rownos erklärt man, daß dieses unbegreifliche Vorgehen der jetzigen Regierungsstellen auf eine unbegründete Angst vor neuen Umsturzversuchen der durch den Januaraufstand aus der Regierung verdrängten Linksparteien zurückzuführen sei. Man hoffe, durch derartige Terrormaßnahmen alle etwa gehegten Wunschpläne von vornherein zum Scheitern bringen zu können und durch die Erschießung von einigen „Verdächtigen“ abschreckend zu wirken. Jedenfalls ist man in Rownoer ununterrichteten Kreisen davon überzeugt, daß

für die dem Feldgericht zugeführten jungen Leute äußerste Gefahr besteht,

wenn es der öffentlichen Meinung Europas nicht noch im letzten Augenblick gelingt, der litauischen Regierung zum Bewußtsein zu bringen, daß es Grenzen der Gefügung und der Gerechtigkeit gibt, die niemand ungestraft überschreiten darf. Falls die Polizei sich weiterhin weigern sollte, Gründe für ihr Vorgehen zu nennen, damit sich die Verhafteten dazu äußern können, und wenn man einer Verhandlung vor einem ordentlichen Gericht ausweichen sollte, dann kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die jetzige Regierung durch präventiven Terror jede denkbare Opposition gegen die durch einen Gewaltakt ans Ruder gekommene Regierung unterdrücken will.

Neue Kämpfe in Marokko.

Verlustreiche spanische Schlappen.

Paris, 31. März. (Eig. Drahtbericht.) In der Gegend von Sarscha sind seit einigen Tagen neue heftige Kämpfe zwischen Marokkanern und spanischen Truppen im Gange. Die Spanier sollen eine schwere Schlappen erlitten und gegen 40 Tote, darunter 4 Offiziere, eingebüßt haben.

Tschitscherin hat am Donnerstag auf der Durchreise von Wiesbaden nach der Kurort Ems nach Köln gefahren. Er wird sich zur Zeit in der Nähe von Rizza aufhalten.

Die Antwort des Magistrats.

Auf dem Wege der Besserung.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin schreibt uns: „Zu dem Artikel „Der Magistrat gegen die Arbeiter“ in der heutigen Morgenausgabe teilt das Tarifvertragsamt mit: Die Lohnfrage ist vom Magistrat bereits beraten. Die Entscheidung ist jedoch ausgesetzt bis zur Klärung der Frage des Finanzausgleichs.“

Zu der Einführung des Achtstundentages bei den städtischen Gaswerken ist zu sagen, daß bis jetzt erst ein Schiedsgericht des geschlichen Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vorliegt. Die Abstimmung der Belegschaften steht noch aus, ebenso die Stellungnahme der Direktion der Gaswerke.

Das Landesarbeitsamt Berlin erklärt: Die Auffassung, daß der Magistrat den Beschluß gefaßt habe, zum 1. April 1927 sämtliche Notstandsarbeiter in Berlin zu entlassen, trifft nicht zu. Es trifft lediglich zu, daß die vom Oberpräsidenten ausgesetzten Anmerkungen am 31. März 1927, d. h. am Schluß des Haushaltsjahres programmäßig ablaufen. Es sind jedoch für alle diejenigen Arbeiter, die bis zum 31. März 1927 nicht beendet werden konnten, neue Anträge beim Oberpräsidenten gestellt worden. Die Ausstellung der neuen Anmerkungen ist in aller nächster Zeit zu erwarten. Der Magistrat hat daher vorfristig bereits an sämtliche Notstandsarbeiter ausführenden Stellen die Weisung ausgegeben, daß auf keinen Fall Notstandsarbeiter zu entlassen sind.“

Um die Mitteilungen des Landesarbeitsamts der Stadt Berlin vorwegzunehmen, bemerken wir nur ganz kurz, daß wir uns selbstverständlich freuen, wenn der Magistrat nunmehr die Weisung erteilt hat, keine Notstandsarbeiter zu entlassen. Wir wollen annehmen, daß dann auch die angekündigten Entlassungen, die dieser Weisung vorangingen, wieder rückgängig gemacht werden.

Wenn der Magistrat zur Lohnfrage der städtischen Arbeiter mitteilen läßt, daß diese im Magistrat beraten, die Entscheidung jedoch ausgesetzt worden sei, dann befähigt der Magistrat unsere Mitteilung. Diese fortgesetzte Hinausschiebung der Entscheidung rechtfertigt der Magistrat mit dem Hinweis auf den Finanzausgleich. Damit ist aber den städtischen Arbeitern nicht geholfen. Damit ist vor allen Dingen die Frage des Finanzausgleichs im Haushalt der städtischen Arbeiter nicht gelöst. Die städtischen Arbeiter, die für den Haushalt der Stadt Berlin große Ueberschüsse herausfinden, haben ein Recht darauf, daß man ihnen endlich den geforderten bescheidenen Lohnausgleich bewilligt.

Zu der Frage des Achtstundentages ist die Antwort des Magistrats wirklich erstaunlich. Der Magistrat wehrt also noch nicht, wie die Belegschaften darüber denken und welche Stellung die Direktion der Gaswerke einnimmt! Zur Aufklärung des Magistrats teilen wir mit, daß die Forderung des Achtstundentages für die Schichtarbeiter von den Belegschaften ausgeht. Wir teilen ihm weiter mit, daß die Direktion der Gaswerke gestern bei den direkten Verhandlungen mit den Vertretern des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes die Erklärung abgegeben hat, daß sie ab 11. April auch für die Schichtarbeiter den Achtstundentag verschonungsvoll einführen werde, sich aber tariflich nicht festlegen wolle.

In der Lohnfrage erklärte die Direktion der Gaswerke, daß sie keinerlei Anerbieten machen könne, weil sie nicht wisse, wie der Magistrat dazu stehe!

Wir wollen hoffen, daß der Magistrat in seiner neuen Antwort an uns der Direktion der Gaswerke nunmehr auf diesem etwas ungewöhnlichen Wege mitteilt, wie der Magistrat zur Lohnfrage steht. Die städtischen Arbeiter können sehr leicht aus diesem doppelseitigen Fragepiel zwischen Magistrat und Direktion der Gaswerke den Eindruck gewinnen, daß man sie an der Nase herumführt. Wir wollen gern annehmen, daß dieser Eindruck ein falscher ist, daß im Magistrat nur die Entschlußkraft fehlt, rechtzeitig die notwendigen und unvermeidlichen Entscheidungen zu treffen.

Was in allem scheint man im Magistrat einzusehen, daß man

sich auf falschem Wege befindet. Man kann sich aber noch nicht entschließen, rechtzeitig umzukehren. Man ist auf dem Wege der Besserung; man wehrt sich aber noch dagegen, gesund zu sein.

Tarif in der sächsischen Metallindustrie.

Achtstundentag, Zuschlag für Ueberstunden, Lohnerhöhung.

Dresden, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Heute nachmittag wurden die schon seit längerer Zeit dauernden Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Verband sächsischer Metallindustrieller über den Tarif für die sächsische Metallindustrie mit Ausnahme von Leipzig, wo eine besondere Vereinbarung bereits getroffen ist, im Sächsischen Arbeitsministerium durch Schiedsgericht eines frei gewählten Schiedsgerichtes beendet.

Der Schiedspruch über die Arbeitszeit sieht die 48-Stunden-Woche vor; eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit ist unzulässig, während bisher die wöchentliche Arbeitszeit bis zu 52 Stunden verlängert werden konnte. Ueberstunden bleiben natürlich möglich, es muß aber hierfür ein Zuschlag gezahlt werden. Die Ferien sind von 5 auf 6 Tage verlängert worden. Während bisher für die Ferien nur der Grundlohn gezahlt werden mußte, muß in Zukunft für die Ferientage der Grundlohn plus 10 Proz. gezahlt werden. Damit ist der Zustand von 1925 wieder hergestellt. Der Lohn wird um 6 Pf. pro Stunde erhöht, das sind für Dresden 87 Proz. Die Parteien haben bis zum 7. April mittags 12 Uhr die Erklärung abzugeben, ob sie diesen Schiedspruch annehmen oder ablehnen.

Dieser Schiedspruch lehnt sich eng an die Vereinbarung für Leipzig an. Wesentlich daran ist, daß dadurch die willkürliche Anordnung von Ueberstunden trotz technischer Möglichkeit von Neueinstellungen unmöglich gemacht ist. Die Lohnerhöhung ist zwar ungenügend, aber immerhin nicht unbedeutlich. Es ist anzunehmen, daß beide Parteien schließlich diesem Kompromiß zustimmen werden. Nun ist die Reihe an Berlin!

Noch kein Abschluß mit der Reichsbahn.

Die Hauptverwaltung überlegt.

Die Verhandlungen zwischen den Tarifkontrahenten der Reichsbahn über die Lohn- und Arbeitszeittage führten auch am Donnerstag noch zu keinem Ergebnis. Die Vertreter der Organisationen brachten anstandslos der wenig verständlichen Haltung der Reichsbahn sehr energisch ihr Bestreben über den bisherigen negativen Verlauf der Beratungen zum Ausdruck. Die Vertreter der Reichsbahn-Hauptverwaltung haben daraufhin vorgeschlagen, am Montagvormittag die Verhandlungen fortzusetzen, weil es erst bis dahin möglich sei, den Organisationsvertretern andere Vorschläge zu unterbreiten. Es ist wirklich erstaunlich, wie man es in der Hauptverwaltung der Reichsbahn noch nicht einmal fertig bringt, zu den längst bekannten Tatsachen Stellung zu nehmen.

Da die Verhandlungen noch zu keinem positiven Ergebnis führten, einigte man sich auf eine Zwischenregelung in der Form, daß die tariflichen Bestimmungen vorläufig noch kurze Zeit bis zum Abschluß der Verhandlungen weiterlaufen.

Die Bewegung in der Textilindustrie.

Neuer Manteltarif für Westfalen und Thüringen.

Die Verhandlungen über den Manteltarifvertrag für die Textilindustrie Westfalens und Thüringens sind zum Abschluß gekommen. Der Manteltarif sieht hinsichtlich der Ferien eine bedeutende Milderung und Klärung vor. Es erhält jetzt jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sechs Tage im Jahre Ferien, wenn sie am letzten Werktag vor dem 1. Mai im Betrieb waren. Auch das Schlichtungswesen ist in neue Formen gegossen worden, so daß neben den Verhandlungen im Betriebe nunmehr der Tarifauschuss und, falls dieser eine Einigung nicht erzielt, derselbe Tarifauschuss mit einem unparteiischen Vorsitzenden unter Aufsicht des Reichsjustizministeriums endgültig entscheidet. Für alle Streitigkeiten, die aus dem Manteltarif oder anderen gemeinsamen

Abkommen entstehen, entscheidet ein zentrales Schiedsgericht mit einem unparteiischen Vorsitzenden. Dem zentralen Schiedsgericht ist die Verhandlung von einzelnen Fragen aus den Lohnverträgen entzogen, ebenso gilt es nicht als Berufungsinstanz. Eine Konferenz aller Gewerkschaften, die dem neuen Manteltarifvertrag unterliegen, billigte die Haltung der Verhandlungskommission. Der Manteltarifvertrag gilt, mit Ausnahme der Arbeitszeit, die besonderer Vereinbarung unterliegt, bis zum 30. November 1928.

Die Manteltarifverhandlungen für Ostfalen, die am Mittwoch in Dresden vor dem Schlichter stattfanden, mußten ergebnislos abgebrochen werden. Sie werden am 8. April abermals in Dresden vor dem Schlichter fortgeführt.

Um die Entlohnung der Kraftdroschkenführer.

Wie wir bereits vor kurzem mitteilten, war für die Chauffeurs in den Berliner Kraftdroschen-Großbetrieben ein Schiedspruch gefällt worden, der für die Fahrer einen Garantielohn von 2 M. pro Tag und 25 Proz. der Bruttoeinnahme festsetzt. Für die Innungsbetriebe war vom Verkehrsverband das seit dem 1. Januar dieses Jahres bestehende Lohnabkommen gekündigt und eine Lohnerhöhung gefordert worden. Hier wurde am Montag ein Schiedspruch gefällt, der die Löhne in den Innungsbetrieben genau so festsetzt, wie es der Schiedspruch für die Großbetriebe vorsieht. Während der Verkehrsverband beiden Schiedsprüchen zugestimmt hat, ist von den Unternehmern der Großbetriebe, in denen die Löhne bisher noch nicht tariflich geregelt waren, der für ihre Betriebe gefällte Schiedspruch abgelehnt worden. Zu dem Schiedspruch für die Innungsbetriebe steht die Stellungnahme der Unternehmer noch aus. Der Verkehrsverband hat die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die Großbetriebe beantragt und wird das gleiche auch bei dem Schiedspruch für die Innungsbetriebe beantragen, wenn er von diesen Unternehmern auch abgelehnt werden sollte.

Taona des Internationalen Arbeitsamtes.

Genf, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beriet am Donnerstag in zwei Sitzungen den Geschäftsbericht des Direktors. Der Bericht, in Zukunft den Regierungen nicht nur schriftlich, sondern durch geeignete Beamte des Amtes auch mündlich jede gewünschte Aufklärung zur Beschleunigung der Ratifikation der Arbeitszeitabkommen geben zu lassen, stieß zwar auf einigen Widerspruch bei der Arbeitgebergruppe, wurde jedoch angenommen. Die Frage der Ratifikation des Arbeitszeitabkommens kam ebenfalls kurz zur Sprache, indem der englische und kanadische Arbeitervertreter den englischen Regierungsvorleiter darauf hinwies, daß England nunmehr der Hauptverzögerer der Ratifikation des Washingtoner Abkommens geworden sei.

In den achtgliedrigen Sachverständigenausschuss für die Ausarbeitung von Leitgrundsätzen zur Prüfung der Berichte der Regierungen über die Durchführung der Arbeitszeitabkommen wurde auch der deutsche Verwaltungspräsident von Kossig gewählt. Die Arbeitergruppe hatte für diesen Ausschuss keinen Vorschlag gemacht.

Lohnerhöhung in der Uhrenindustrie.

Freiburg i. Br., 30. März. (Mib.) In Donaueschingen fanden gestern nachmittag Lohnverhandlungen der deutschen Uhrenindustrie statt, da die Arbeiter den Tarif für den 1. April gekündigt hatten. Es wurde ein neues Lohnabkommen mit Wirkung bis zum 31. März 1928 getroffen. Danach erhöhen sich die bisherigen Stundenlöhne ab 4. April dieses Jahres in der Spitze um 5 Pf. und die Akkordlöhne um 4 Proz. Ab 1. Oktober tritt eine weitere Erhöhung mit 2 Pf. in der Spitze und des Akkordlöhnes um 2 Proz. ein.

Jugendgruppe des BDB. Heute abend 7½ Uhr finden folgende Veranstaltungen statt: Südwest: Jugendheim Pöhl, Allee-Str. 7-10, Gruppenbesprechung. — Spessart: Jugendheim Altheimer-Str. 1, Gruppenbesprechung. — Rheinberg: Jugendheim Parkstr. 10, Gruppenbesprechung. — Kreis-Gemeinschaften: Heide, Freitag, abends 7½ Uhr, tagen die Gruppen: Hermannsburg: Jugendheim Gumbertstr. 11, Ode Koblenzstraße, Bechelsheim. — Ober-Rhein: Jugendheim Dautener-Str. 2 (Foster Saal), Beimbach. — Weibing: Jugendheim Stadthaus Weibing, Reichstr. 63-69, Beimbach. — Diebstahl: Unter Arbeit als Junggewerkschafter in den Betrieben. — Juppelberg: Jugendheim Turiner, Ede Dorfstraße (Eingang Turiner Straße), Beimbach. — Beimbach. — Beimbach.

Verantwortlich für Text: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Ringelhoff; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Colson; Revue: R. S. Böcher; Lokales und Sonstiges: Reichs-Richt; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 68. Lindenstraße 2. Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Abt. Frische Blumen (nur Leipziger Straße)

Blütenstauden Dahlien viele Farben 45 Pf. Knolle Wild. Wein Staude 75 Pf. Efeu Topf 90 Pf. Balkonkästen mit wildem Wein bepflanzt 7 M

Frisches Fleisch
Schmorfleisch u. Roastbeef, mit Knochen Pfund 95 Pf.
Suppenfleisch Pfund 75 Pf.
Kalbskamm Pfund 70 Pf.
Kalbsnierenbraten Pfund 80 Pf.
Schweinebauch u. Rücken, mit Beilage Pfund 82 Pf.
Schweinekamm u. Blatt Pfund 90 Pf.
Käbler, Speer u. Kamm Pfund 105
Lieserl Pf. 75 Pf. Gehacktes Pf. 70 Pf.
Rindertalg selbstausgelassen Pfund 55 Pf.
Prima Ochsenfleisch, gefroren
Suppenfleisch Pfund 50 Pf.
Kamm u. Brust Pfund 55 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen Pfund 60 Pf.

Messina-Apfelsinen Klasse 100 u. 150 Stück 850
Kranz-Feigen Pfund 25 Pf.
Amerik. Äpfel 25, 45 Pf.
Zitronen Dupend 45 Pf.
Blutorangen 0,90, 0,65 50 Pf.
Bananen Pfund 58 Pf.
Kalifornische Äpfel Klasse ca. 45 Pf. brutto 15 M

Konserven
Brechbohnen 1/2 Dose 58 Pf. Sellerie Scheiben 50 Pf. 85 Pf.
Brech- u. Schnittbohnen, I. 77 Pf. Apfelmus 72 Pf.
Grünkohl 50 Spinat 46 Pf. Aprikosen halbe Frucht 82 Pf.
Gemüse-Erbisen 55 Pf. Pflaumen Melville 85 Pf.
Kaiserschoten 1/2 Dose 87 Pf. 1,58 Birnen 1/2 Frucht 95 Pf.
Jg. Erbsen mit Karotten 62 Pf. Ananas Hawaii, ca. 8 Scheib. 1,60
mittelfe 84 Pf. Oelsardinen 1/4 Dose 78 Pf.
Gemischt. Gemüse klein 1,40 port., Klubdose 48 Pf. Bismarckhering, Rollmops.
Jg. Karotten extra klein 1,05 in Gelee
Stangenspargel extr. st. 1,75 1/2 Dose 68 Pf.

Konfitüren, 2 Pfund-Eimer
Ananas 1,65 Orangen 1,15 Pflaumen 1,10
Erdbeeren, Aprikosen, Kirschen, Himbeeren 1,45

Wein
Preise für 1/2 Flasche ohne Glas
1922 Berncasteler (weiße Kapsel), Sotter Mosel 1,20
1920 Königsbacher Altenweg (Wachstum Abresch) blünder Pfälzer 1,35
1921 Neumagener Engelgrube (Wachstum Jacoby) gehaltvoll, reif 1,60
1924 Niersteiner Domtal voll und blaug 1,90
1922 Neumagener Rosengärtchen Orig.-Abt. mit Korkrand vom Trierer Gymnasium, etwas spritzig, pikant 2,40
1921 Liebfraulich feine Art 2,80
1922 Ingelheimer Rotwein Reiblich 1,30
1922 Chät. Cap de Haut bescheidener Bordeaux 2,10
Tarragona rot, süß 1,20
Fruchtwein Johannisbeer-, Stachelbeer-, Hefelbeerwein u. Cyder 95 Pf.
9 Sorten Wein und Spirituosen vom Faß

Camembert vollfett . . . Schachtel 15 Pf.
Allgäuer Stangenkäse Pfund 64 Pf. vollfett 98 Pf.
Holländer . . . Pfund 78 Pf.
Edamer . . . Pfund 78 Pf.
Steinbuscher Pfund 98 Pf.
Tilsiter vollfett, Pf. 1,10 1,20

Mannov. Rotwurst . . Pfund 90 Pf.
Landleberwurst Pfund 1,10 Filetwurst . . . Pfund 1,50
Dampfwurst . . Pfund 1,10 Bierwurst . . . Pfund 1,65
Jagdwurst . . Pfund 1,45 Leberwurst feine, Pfund 1,65
Schinkenwurst Pfund 1,45 Schinkenspeck Pfund 1,65
Mettwurst (Braunsch. holsteinische, Pfund 1,75
Art), Pfund 1,50
Königstraße, Rosenthaler Straße, Moritzplatz:
Speck mager 1,30 fett, Pf. 1,15 Mettwurst weiche, Pfund 1,25

Gebrannt. Kaffee eigene Kaffeebohnen 2,25 an
Spezial-Mischung 3/4 Bohnenkaffee, Pfund 68 Pf. 40% 1,12

Geflügel u. Wild
Junge Hühner (Wo gehöhnt) . . Pfund 98 Pf.
Suppenhühner . . . Pfund 110 an
Junge Enten . . . Pfund 115 an
Schneehühner . . . Stück 120 an
Hasen gestreift am 1 ausgeworfen . . . Pfund 68 Pf.

Fische
Grüne Heringe . . . 5 Pfund 45 Pf.
Bratflundern, frische Bieler Pf. 15 Pf.
Kabeljau u. Seezachs ohne Kopf, ganzer Fisch, Pf. 20 Pf.
Lebende Aländer . . . Pfund 70 Pf.
Lebende Karpfen . . . Pfund 95 Pf. 105
Lebende Hechte . . . Pfund 78 Pf. 1 M

Fettbücklinge große . . . Pfund 20 Pf.
(Klasse 3 Pfund 95 Pf.)
Flundern pomm. 38 Pf. 65 Pf. Seehasen . . . Pfund 58 Pf.
Sprott-Bücklinge 42 Pf. Seezale . . . Pfund 68 Pf.
Spickaale . . . Bund 68 Pf.

Makkaroni Hartgrieß, Bruch, Pfund 42 Pf.
Weiße Bohnen Pfund 14 Pf. Weizengrieß Pfund 26 Pf.
Linsen . . . Pfund 24 Pf. Eier-Schnitt-Nudeln 45 Pf.
Erbsen gelbe, poliert, Pf. 34 Pf. Kaliforn. Pflaumen Pf. 35 Pf.
Viktoria-Erbisen Pf. 38 Pf. Amerik. Ringäpfel Pf. 48 Pf.
Bruch-Reis . . Pfund 19 Pf. Backobst 8-Frucht . . 45 Pf.
Burma-Reis . . Pfund 22 Pf. Kaliforn. Birnen Pf. 65 Pf.
Haferflocken Pfund 24 Pf. Aprikosen . . . Pfund 98 Pf.

Holl. Kakao Marke „Kampbuys“, in Blech- 1,60
cosen, ca. 1 Pfund
Keks-Mischung 1/4 Pf. 35 Pf. Tafelschokolade Pf. 38 Pf.
Fruchtpasten 1/4 Pfund 17 Pf. Konfektmischung Pf. 25 Pf.

Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.

Eine Absage an die Stahlhelmer.

Stadtverordnetenbeschluss zum Stahlhelmetag in Berlin.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung erlebte gestern keine Wiederholung der Prügelei, mit der die vorige Sitzung geendet hatte. Für manche der Tribünenbesucher, die in großer Zahl sich eingefunden hatten, dürfte das eine Enttäuschung gewesen sein. Zu den Anträgen wegen der Lichterfelder Hafentanzlerattake und des geplanten Berliner Stahlhelmetages nahm der Deutschvolksparteiler Dr. Falck nochmals das Wort. Mit ihm schloß die Debatte. In der Abstimmung wurde der demokratische Antrag, der den Magistrat zu Maßnahmen gegen Ueberfälle aufruft, wie sie in den letzten Wochen in den Straßen vorgekommen sind, fast einstimmig zum Beschluss erhoben. Den kommunistischen Antrag auf Unterstützung der Hinterbliebenen des erschossenen Arbeiters verbesserte die sozialdemokratische Fraktion durch den Zusatz „ausreichende Unterstützung“, und er wurde so gegen die Stimmen der rechtsstehenden Parteien angenommen. Gleichfalls gegen die rechtsstehenden Parteien wurde schließlich ein kommunistischer Antrag angenommen, der einen Führitt für die Stahlhelmer bedeutet. Er verlangt, daß den Teilnehmern keine städtischen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden und Begrüßungen durch städtische Körperschaften oder Beamte unterbleiben. In den schwarzweißen Verwaltungsbezirken wird man wahrscheinlich mit einem Butausbruch antworten, aber der Magistrat wird hoffentlich Mittel und Wege finden, diesem Beschluss und seinen danach zu treffenden Anordnungen auch dort Geltung zu verschaffen. — Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es zu einer großen Debatte über die Vermietung des ehemaligen Feuerwehrgrundstücks in der Mauerstraße. Zusammen mit den Kommunisten mählte sich das Zentrum, den Bürgermeister Genosse Schneider von Berlin-Mitte abzuschichten, weil in der Inflationszeit auch er einen Vertrag für günstig gehalten hatte, den damals im Bezirksamt alle, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, als ein gutes Geschäft für die Stadt anjahen. Genosse Riese geißelte scharf die gehässige Art, in der das Zentrum und die Kommunisten gegen Schneider vorgingen. Volle Aufklärung soll eine vom Oberpräsidenten zu führende Untersuchung bringen, für die auch die sozialdemokratische Fraktion eintritt. Genosse Schneider hat selber ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt.

Kräfte im Hause danach streben, die Stellung Berlins bei den Reichs- und Staatsbehörden zu festigen und zu verbessern. Der Stadtverordnete Dr. Falck hatte laut Mitteilung des Vorstehers gegen seinen Ordnungsruf in der fraglichen Sitzung Einspruch erhoben, worüber später entschieden werden wird. Die Volkspartei hat in einem Antrag, den Geschäftsordnungsausschuss geeignete Vorschläge für einen Ausbau der Disziplinargewalt des Vorstehers zu machen. Genosse Haf ordnete dann von sich aus an, daß der Raum zwischen den Stadtverordnetentribünen und der Rednertribüne und die zur Tribüne führenden Treppen freizuhalten seien.

Stadtverordneter Dr. Falck begann seine in der vorletzten Sitzung unterbrochene Rede mit einer Kritik an der Berichterstattung der „bürgerlichen Zeitungen“, wie er sich ausdrückte, die wenig objektiv gemessen sei und die den Schluss zulasse, daß es bei den betreffenden Zeitungen an der „nötigen Aussicht gefehlt“ habe (Darüber, ob Herr Dr. Falck in der Zukunft diese angeblich fehlende Aussicht vielleicht selbst auszuüben gedenkt, ließ er sich leider nicht aus). Der Redner beliebe im allgemeinen in seiner Rede denselben Ton, der vor acht Tagen zu den Zusammenstößen führte, schulmeisterliche die Kommunisten nach Möglichkeit und trat auch sonst wieder reichlich selbstbewußt auf. Die Kommunisten mahnte er: „Wenn sie die Zwischenrufe lassen, mache ich es vor!“ — Wenn sie nicht bald still sind, über wir es weiter!“ Natürlich ließen sich die Kommunisten durch solche Äußerungen nicht beruhigen. Zwischenrufe flogen hin und her, der Vorsteher teilte mehrere Ordnungsrufe aus. Dr. Falck verlangte für sich das Recht, über Kritiker, die sich zu weit vorwagen, „die ganze Schale seines Spottes“ ausgießen zu können. Schließlich verlangte der Redner, nachdem er für die Schutzpolizei eingetreten war, ein generelles Verbot für alle Demonstrationen. Er fragte den Magistrat, welche Maßnahmen er gegen den nun bereits acht Jahre währenden Demonstrationsummel auf den Straßen zu ergreifen gedenke.

Die Deutschnationalen benutzten die Gelegenheit, dem Vorsteher die Mißbilligung für seine „mangelhafte Geschäftsführung“ auszusprechen. Genosse Haf betonte demgegenüber, daß der kommunistische Redner in der vorletzten Sitzung nur allgemeine Äußerungen getan und nicht Mitglieder des Hauses gemeint habe. In der Abstimmung wurde beschloffen, der Witwe des bei den Unruhen erschossenen Arbeiters eine ausreichende, vom Magistrat zu bestimmende Unterstützung zu gewähren. Beschlossen wurde ferner, den Teilnehmern des Stahlhelmetages städtische Einrichtungen nicht zur Verfügung zu stellen; wo das etwa durch Bezirksämter schon geschehen sein sollte, sollten diese Verfügungen zurückgezogen werden. Der demokratische Antrag, der den Magistrat ersucht wissen will, Maßnahmen zu treffen, daß die Nachmittage des Staates in wirksamer Weise gegen das Straßengewühl angewendet werden, wurde ebenfalls angenommen. Die Rechte stimmte allemal gegen die Anträge.

In der Erledigung der weiteren Tagesordnung stimmte die Versammlung einer Vorlage zu, die die Unterstützung einer Anzahl Privatschulen zum Gegenstand hat. Genosse Lehmann verlangte, daß die Richtlinien, die der Magistrat für die Gewährung der Unterstützungen aufgestellt hat, auch innegehalten werden. Er bemerkte, daß die Sozialdemokraten nur unter dieser Bedingung der Vorlage zustimmen könnten und daß endlich einmal der Tag kommen möge, wo die Unterstützung der Privatschulen aufhöre. In längerer Aussprache beschloß die Versammlung mit einer Anfrage der Demokraten und des Zentrums wegen der zu billigen Vermietung des ehemaligen Feuerwehrgrundstücks Mauerstraße 13a. Verbunden damit ist die Beratung eines Antrages der Kommunisten, der verlangt, daß alle vom Bezirksamt abgeschlossenen Verträge revidiert werden sollen. Nach einer Berichterstattung durch den Genossen Coewy erging sich der Kommunist Wisnewski in heftigen Angriffen gegen das Bezirksamt Mitte und den Bürgermeister, Genossen Schneider. Stadtverordneter Treffert (3.) griff ebenfalls das Bezirksamt Mitte an und vertiefte sich zu der Verdächtigung, daß es beinahe den Anschein habe, als wenn Stadtverordnete mit den Machern des Geschäftes verfilzt und ver-

schwägert seien. (Lebhafte Zurufe der Stadtverordneten: Namen nennen! Der Vorsitzende: Vertreter Fabian rügte die Bewertung des Redners, die geeignet sei, Stadtverordnete der Korruption zu zeihen!) Auch Treffert geht in längeren Ausführungen auf die Angelegenheit ein, deren Ursprung bis in die Inflationszeit reicht; er wirft dem Bezirksamt Begünstigung einer bestimmten Firma bei der Pachtung des Hauses vor. Stadtverordneter Merzen (Dem.) protestiert in aller Schärfe gegen die Behauptungen Trefferts, die, gegen einen hohen städtischen Beamten vorgebracht, in der Form absolut nicht zu ertragen seien. Gerade die Parteien, die heute gegen das Bezirksamt Mitte und Bürgermeister Schneider vorgehen, forderten sonst immer, daß in ein schwebendes Verfahren nicht eingegriffen werde (Bürgermeister Schneider hat u. a. ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt) und hier solle schon Gericht gehalten werden. Der Vertrag trage alle Anzeichen der Inflation. Die Demokraten treten ebenfalls für eine Revision ein. Im übrigen habe ein Mitglied der Zentrumsfraktion aus Berlin-Mitte noch bis in die nächste Zeit hinein seine Benützung über die Ausgestaltung des ehemaligen Feuerwehrgrundstücks ausgesprochen. (Hört, hört! b. d. Saal.) Nach dem Redner der deutschnationalen Fraktion kam Genosse Riese zum Wort. Er fragte den Stadtverordneten Treffert, ob er sich für fähig halte, gegenüber der Bank, die an dem Geschäft beteiligt ist, auch so objektiv und so kritisch zu sein, wie gegenüber dem Bezirksamt Mitte und dem Bürgermeister.

Jedenfalls stehe hinter der ganzen Sache nur die Bank, die sich benachteiligt fühle, und die sich dazu der Stadtverordneten und des Zentrums bediene.

Der Ausbau des Feuerwehrgrundstücks sei für das Bezirksamt und für die Stadt zu kostspielig, wenn nicht unmöglich gewesen; das private Kapital hat es getan. Das erste Angebot der Firma Broch und Fleischer sei nicht vom Bürgermeister Schneider selbst, sondern von dem zuständigen Dezernenten, der nicht der Sozialdemokratischen Partei angehöre, bearbeitet worden. Alle Parteien, einschließlich der Deutschnationalen und der Kommunisten, haben den Dezernenten zu dem Abschluß beglückwünscht. Auf jeden Fall ist die ganze Angelegenheit in der Inflation abgewickelt worden, wo man vierstellige Häuser für 150 bis 200 M. haben konnte. Verträge aus der Inflationszeit bestehen noch massenweise, ohne daß in jedem Fall eine Revision vorgenommen wurde. Der Steuerdeputation haben alle Angebote vorgelegen, und sie hat stets die Zustimmung erteilt, wie sich auch die Bezirksversammlung immer mit allen Verträgen befaßt hat und ihnen zugestimmt hat. Wir wollen es nicht gut heißen, daß gegen diese Inflationsverträge in den letzten drei Jahren nichts unternommen wurde, deshalb stimmen wir auch für die Ausschüßenschiebung.

Auf jeden Fall grenze die Form, in der die Angriffe vorgebracht wurden, an Ehrschänderei.

Die um so häßlicher würde, als der Beschuldigte sich in der Stadtverordnetenversammlung nicht verteidigen könne. Genosse Riese stellte dann eine Anzahl von Unrichtigkeiten und falschen Behauptungen Trefferts richtig, führte sie auf das richtige Maß zurück, und es ergab sich, daß recht wenig übrig blieb. Treffert hatte sich nicht geschämt, hier im Plenum Behauptungen aufzustellen, die bereits im Ausschuß richtiggestellt wurden. Mit der Feststellung, daß einer der Bäcker nach kurz vor Abschluß der Verträge im Arbeitsnachweisstempel gegangen, also ein richtiger Inflationsgewinnler sei, habe sich Treffert einen netten Bären aufbinden lassen. Der Bäcker sei stets ein vermöglicher Mann gewesen. Im übrigen habe ja Bürgermeister Schneider, um alle Anwürfe gegen sich selbst prüfen zu lassen, gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren beantragt, das die hier geordnete Klarheit bringen wird. Solange sollten aber auch alle Angriffe unterbleiben. (Bravo! und Sehr richtig! bei den Saal.) Der Stadtverordnete Treffert (3.) rempelte die Sozialdemokraten in einer weiteren Rede nochmals an, wurde darin von den Kommunisten kräftig unterstützt und verfuhrte vergeblich, die Feststellungen Rieves zu entkräften. — Die Abstimmung über die Anträge und die Ausschüßenschiebung wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Neue Straßenbahnverbindung. Dem 1. April d. J. ab werden die Linien 40 und 148 von der Kamsersstraße über die Swinemünder Brücke und Bülscher Straße bis Grünthaler Straße, nördlich der Bornholmer Straße, verlängert.

Die Bureaus und Kassen der Reichshauptbank werden am Sonnabend, dem 16. April, den ganzen Tag geschlossen sein.

Die gestern abgehaltene Sitzung der Stadtverordneten eröffnete der Vorsteher Genosse Haf mit einem Nachruf für den Genossen Hecht, der im 62. Lebensjahre an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben ist. Genosse Hecht ist seit 1921 Bezirksverordneter im Bezirk Prenzlauer Berg und seit dem April des vorigen Jahres Stadtverordneter gewesen. Die Fraktion habe ihn in wichtige Ausschüsse delegiert, wo er zum Wohle der Bürger und der Stadt gewirkt habe.

Die Tumultszene in der letzten Sitzung

Veranlaßten den Keilsteinausschuss, durch den Vorsteher eine Erklärung abzugeben, in der festgestellt wird, daß in jedem Parlament der Welt das freie Wort gilt. Ein tätlicher Angriff auf einen Abgeordneten ist ein verabscheuungswürdiges Vergehen, dem gegenüber aber der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung keine ausreichenden Nachmittel hat. Der Vorsteher nehme daher Veranlassung, nachträglich das Vergehen der kommunistischen Stadtverordneten Lange, Baary und Heße zu rügen und ihnen einen Ordnungsruf zu erteilen. Nach der Meinung des Keilsteinausschusses dürfte die Rede des Volksparteilers Dr. Falck nicht die Wirkung auslösen, die eingetreten ist. Der Vorsteher betonte dann noch, daß Tumultszene, wie die in der vorletzten Sitzung, nicht gerade geeignet seien, das Ansehen der Stadtverwaltung nach außen hin zu erhöhen. Bismehr sollten alle

Sif.

Das Weib, das den Mord beging.

Roman von Fritz Red-Malczewen.

Das geschieht um sechs Uhr abends. In den sehr viel später noch zu erwähnenden, heute in der Kriminalgeschichte übrigens ziemlich bekannten und viel gesprochenen Akten finde ich die Meldung eines Wachtmannes des sechszehnjährigen Polizeikommissariats, wonach dieser Wachtmann bei seinem Patrouillengang über den Friedhof am Friedrichshain auf einem der dortigen Eisenkreuze der Achtundvierziger eine Frauensperson angetroffen habe, die von ihm darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß sie die unter öffentlichem Schutz stehenden Gräber beschädigen könne, und daß der Aufenthalt im Friedhof um diese Stunde verboten sei. Worauf diese Frauensperson, deren nähere Beschreibung auf die kleine Sif durchaus paßt, sich dann willig, aber fröhlich Pfeifend entfernte habe. —

Sie finde ferner die Aussage der kleine Aletierwohnung betreuenden Aufwarterin, wonach ihre Herrin gegen sieben Uhr abends höchst angeregt nach Hause gekommen sei, resultatlos nach einem Rohrpostbrief gefragt, daß sie sich dann „wie zum Balle“ angezogen, mit dem besten Appetit gegessen und dazu eine ganze Flasche von dem noch dastehenden Hochzeitswein getrunken habe und dann ausgegangen sei. Gegen einhalbneun Uhr. —

Soweit also der Aktenbestand. — Tatsächlich hat sie große Toilette gemacht, tatsächlich ist sie leicht angetrunken, tatsächlich bringt sie, in der eine zynische, bisher unbekannte Sif erwartet zu sein scheint, es fertig, zum Abendkleid die geraubte Perlenkette anzulegen.

So sicher ist sie nun ihrer selbst, daß sie, die zu Fuß die Viertel östlich des Flusses durchsteht, nicht einmal, trotz ihres eleganten Anzuges, den Protest der grämlichen Weiber erregt, die mit ihrem Abendkauf aus den Konsumverleihen, den städtischen Krämerläden kommen. Es fällt ihr auch nicht ein, in die Burgstraße einzubiegen zum Schauplatz ihrer Tat. . . sie denkt zur Stunde nicht einmal an die Witwe Grandjean. . . Und nun stehen böse Sterne am schwarzen Himmel, nun bläst frischer, eifriger Wind, daß man marschieren könnte bis ans Ende der Welt. Nun rauscht man schön und sicher wie

vor dem Passat eine Biermaßbark die Linden entlang, weiß, daß man Aufsehen erregt mit seiner Schönheit, wittert hier, wo zur Stunde die Omnibusse ganze Wagenladungen lebenshungriger Mannsbilder nach den Votalen der Friedrichstadt verfrachten, wie ein schönes Tier, bringt mit einem stolzen, eifigen Blick eine gelegentliche zynische Bemerkung zum Schweigen.

Was aber geschehen soll nach den unerschütterlichen Befehlen menschlichen Schicksals und menschlichen Leidens, geschieht am westlichen Teil der Linden, hier, wo an der Via Triumphalis der alten preussischen Legionen die Reihe der Vorstufen beginnt. Was geschehen soll, vollzieht sich vor irgendeinem altmodischen, vornehmen Hause mit irgendeinem Staatswappen, auf dem unter einer phrygischen Mütze sich zwei Hände reichen.

Menschen drängen sich vor dem Hause unter dem Eindruck einer Sensationsnachricht, die an der Telegrammtafel irgendeiner Zeitung angekündigt ist, splintern ab von dem Hausen, gehen, leise debattierend, um ja ihre Ansicht nicht laut werden zu lassen, die Straße hinunter.

Hinein in den Hausen von Männern, mitten hindurch zwischen unwirksamen Arbeitern und Börsendandys! Was da zu lesen ist, ist einfach die Nachricht von der Ermordung irgendeines verhassten Revolutionsministers: angefallen auf einem Spaziergang. . . sofort tot. . . anscheinend mehrere Mörder. . . Täter entkommen. . . ist sie eigentlich wahn-sinnig, daß sie, die elegante Dame inmitten dieser Menge, die Nachricht des Blattes da mit einem schrillen, bubenhafsten Pfiff quittiert?

Sie spürt das Mißfallen ringsum, sie hört abfällige Bemerkungen, sie fühlt, daß der Alkohol mit diesem als Demonstration aufgefaßten Pfeifen ihr einen schlechten Streich gespielt hat. Sie saßt die Menge ins Auge mit dem frechen Blick, den sie seit heute abend erst zu handhaben versteht: „Wagt's doch, mich anzurühren!“ Sie kommt wirklich frei, ordnet unter der Bogenlampe des Gefandtschaftsportales das im Gedränge herabgeglittene Cape, hört, daß etwas auf die Granitquadern des Trottoirs gefallen ist.

„Sie geruhten, Ihre Kette zu verlieren.“ Der Mann, der zu diesem altmodisch höflichen, mit irgendeinem erotischen Akzent gesprochenen Worten gehört, steht plötzlich, wie aus der Erde gewachsen, vor ihr. Es ist ein hart-loses, ein wenig altmodisches Gesicht mit großen melancholischen Augen, der Knabenhaft schlanke Körper, der unter dem

kurzen Frackmantel sichtbar wird, will eigentlich nicht passen zu diesem alten Gesicht: es ist der Mann, der sie gestern im Erzzeilshotel fixiert hat.

Unwillkürlich ist sie einen Schritt zurückgetreten. Der andere hat die Perlenkette aufgehoben, hält sie in der Hand: „Ein erlebener Schmutz, Madame, ein außerordentliches Stück. . . man sollte doch sehr vorsichtig sein mit solchen Dingen!“

Sie sieht ihn scharf an: irgendein anzüglicher Hohn scheint in diesen Worten zu lauern, in den großen Augen, deren Blick aus dem Grabe kommt. . . es ist ein Dämon, der sie verfolgt und gestellt hat!

Da kommen zwei Hände, zwei zierliche, außerordentlich gepflegte, kindliche Hände; die Hände halten das Kollier, legen es ganz langsam, ganz langsam um den Hals. . . es ist, als legte der Henker ihr eine Schlinge um die Kehle.

„Man muß acht geben, Madame,“ sagt die sanfte Stimme, „man muß vor allem die Sicherung hier festlegen, man muß. . .“

Die Finger, die Perlen liegen auf ihrem Fleisch, es ist, als ob Grabesküste von den Perlen ausginge. „Wer sind Sie?“ stammelt sie halb von Sinnen, saßt sich, bringt ein paar Worte des Dankes zustande, will sich verabschieden.

„Ach hatte die Ehre, Sie gestern im Erzzeilshotel zu sehen,“ sagt die Stimme, die wie gesprungenes Glas klingt. „Oberst Mramon. . . glücklich, Ihnen einen Dienst erwiesen zu haben. Ach sage „auf Wiedersehen!“

Zufinderlüften. . . verschwunden: eine riesige dunkle Limousine, die mit diesem, langgezogenem Bah nach Westen, nach dem Brandenburger Tor zu fliegt.

Omnibusse, die mit Männerfracht zur Friedrichstadt eilen, metallisches Blitzen der Räderspuren auf dem Asphalt. An die Mauer gelehnt eine Waise, in die Menge gestarrt: eine Kokotte. . . ein Berber in Tracht, ein Herr aus Chemnitz, fest entschlossen, sich heute zu amüsieren, und bestimmt, morgen zu erwachen mit den größten Kopfschmerzen der Welt und gestohlener Brieftasche. Zwei Kokotten, Herr in Cut, drei japanische Studenten, die nach weihem Weibfleisch ausspähen, eine Kokotte, ein herrenloses Hündchen, das die Straße entlang jagt mit gekrümmtem Rücken. . . Kokain à discrétion. . . alter, unerhört abgemagerteter Bettler mit unverkennbarer Krebsstache und demüthig abgezogener Lumpenmütze. . . daß Gott den armen Kranken helf. . .

(Fortsetzung folgt.)

Unsere gestrige Frauenkundgebung.

Die Frauenverbandsversammlungen, die zum Internationalen Frauentag veranstaltet werden, sind gestern fortgesetzt mit einem ausgezeichneten Verbeugung und einer überfüllten Versammlung in der „Neuen Welt“ in Neufölln. Die Frauen der einzelnen Parteibteilungen des Kreises Neufölln versammelten sich auf der Schillerpromenade. Unter Vorantritt der Neuföllner Reichsbannerkapelle setzte sich der Zug in Bewegung. Zahlreiche rote Fahnen und Abteilungsbanner wurden von den Frauen im Zuge mitgeführt. Überall in den Straßen sammelten sich zu dem schon ganze Straßen übergreifenden Zuge Frauen und Männer und schlossen sich an. Nach einem kurzen Umzug durch die Straßen Neuföllns ging's zum Versammlungsort. Die Frauen aus den Kreisen Kreuzberg und Tempelhof trafen sich am Büchserplatz und marschierten von dort nach der „Neuen Welt“. Der große Saal der „Neuen Welt“ war dicht, bis hinauf in die Galerie, besetzt. Mit einem Gesangsbeitrag der Frauenabteilung des „Volksdora“ begann die Versammlung. Nach Begrüßungsworten der Genossin Boormann sprach

Genossin Duyn (Schweiz):

Über eine Million Frauen sind in der großen Bewegung der Sozialdemokratie zusammengeschlossen, die mit gleichen Zielen für die gleichen Forderungen kämpfen. Überall in der großen Welt demonstrieren in diesen Tagen die Frauen. Wir kämpfen nicht nur für unsere Forderungen, sondern als Glied der Arbeiterklasse in den Reihen der Arbeiterbataillone für die Ideen des Sozialismus. Wir Frauen haben die Erziehung der Kinder in der Hand. Wir sind die Gestalter des neuen Geschlechts. Wir müssen die Solidarität von Mann und Frau für unseren Kampf haben. Wir Frauen müssen in den großen Bewegungen des Sozialismus organisiert sein. Dort sind die Klassenkämpferinnen, mit denen wir für unsere politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung kämpfen. Lebhafter Beifall folgte auf die Ausführungen der Genossin Duyn. Nach einem Schlusswort der Genossin Lodenhagen wurde die Kundgebung der Frauen mit Gesangsbeiträgen beendet.

Der Kampf um die weltliche Schule.

Eine Versammlung der zahlreich erschienenen Eltern, die ihre Kinder für die weltliche Schule im Bezirk Friedrichshain gemeldet haben, nahm Stellung zu dem Hinausjögern der Errichtung der weltlichen Schule in der Dieckelmeyerstraße über den 1. April hinaus. Nach dem Bericht des 1. Vorsitzenden der Freien Schulgemeinschaft scheint die Hinausjögung daran zu liegen, daß von einer Seite der Schulverwaltung die noch nie geübte Praxis befolgt wurde, die uraltduldbaren Unterchristen der Eltern für die Errichtung der Sammelschule nicht als Grundlagen anzuerkennen. Die übrige Schuld trägt das Provinzialkollegium, das für sich das völlig ungeschickliche Recht in Anspruch nimmt, die Beschlüsse der Schuldeputation vom 18. Februar 1927 in bezug auf die Auswahl der Gebäude zu durchkreuzen. Hier muß das Ministerium eingreifen. Aus der starken Erregung und Empörung der Eltern ging hervor, daß Eile geboten ist, um schwerwiegende Folgen zu vermeiden. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die am 30. März 1927 im Böhmisches Brauhaus versammelten Eltern der für die Sammelschule Friedrichshain gemeldeten 870 Kinder haben mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß die zum 1. April 1927 zugedachte Errichtung der Sammelschule in der Dieckelmeyerstraße hinausgezögert wird. Sie protestieren gegen diese Verschleppung und fordern von der Schulverwaltung und vom Provinzialkollegium, daß die Zustimmung der Schuldeputation 1-6 vom 18. Februar 1927 unverzüglich erfüllt wird. Sie erwarten andererseits vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ein sofortiges Eingreifen beim Provinzialkollegium, um die Beschlüsse der Schuldeputation in der Gebäudefrage durchzuführen.“

Zum Schulbeginn der weltlichen Schule im Bezirk Prenzlauer Berg nahm die Elternschaft in zwei überfüllten Versammlungen Stellung zu dem 5. Beschlusse der Schuldeputation, ein Doppelschulhaus zur Verfügung zu stellen und der Forderung des Provinzialkollegiums, hierzu zwei getrennte Gebäude herzugeben. Die empörten Eltern verlangen die Ausführung des Beschlusses, daß eine Doppelschule in der Senefelderstraße sofort mit dem Unterricht beginnt. Sie beschließen einstimmig, ihre Kinder ab 1. April in keine andere Schule zu schicken, als in die ihnen rechtmäßig zustehende weltliche Schule. Solange die Schulbehörde für diese bereits genehmigte Schule kein Gebäude zur Verfügung stellt, bleiben die Kinder, die für die weltliche Schule angemeldet sind, zu Hause. Sie hoffen, daß das preussische Unterrichtsministerium entgegen der Stellungnahme des P.S.K. bereits am Montag im Sinne der Schuldeputation entscheiden wird. Die Schuldeputation hat, wie wir erfahren, gestern beschlossen, an ihrem Beschlusse festzuhalten.

Berliner Taubstummenfürsorge.

Auf Einladung des Wohlfahrtsamts der Stadt Berlin besichtigten Vertreter der Presse die städtische Taubstummenschule (Wobeserstr. 27). Sie dient 200 taubstummen Kindern als Bildungsorte, während die staatliche Taubstummenschule (in Neufölln) nur etwa 60 Jüglinge hat. Die Arbeit des Taubstummenlehrers gehört zu den mühevollsten Aufgaben, die einem Pädagogen gestellt werden können. Längst ist bei der Ausbildung taubstummer Kinder die Gebärdensprache durch wirkliches Sprechen ersetzt worden. Die Kinder lernen, dem Sprechenden die Worte vom Munde abzulesen. Sie unterstützen die Wahrnehmungen des Auges, indem sie nötigenfalls an dem Sprechenden auch die Bewegungen des Kehlkopfes, die Schwingungen der Schalldecke und die Dehnungen des Brustkorbes abtasten. Aber auch die Fähigkeit Taubstummer, selber zu sprechen, kann sehr weit entwickelt werden. Zwar ist ihre Sprache nicht melodisch, weil ja die Kontrolle durch das Ohr fehlt. Aber sie schafft eine Möglichkeit, ohne Gebärdensprache sich anderen verständlich zu machen. Bewunderungswürdig ist die Hingabe, mit der die Lehrer an der Ausbildung dieser Kinder arbeiten. Die Ergebnisse, die wir in dieser vom Studiendirektor Schorsch geleiteten Anstalt kennen lernten, sind hoch erfreulich. Rünftig wird die Taubstummenschule, nach dem Muster der Stadt Wien, die Kinder möglichst schon vom vierten

Jahre ab in ihre Obhut nehmen. In Wien hat die frühzeitige Fürsorge, die dort seit mehreren Jahren eingeführt ist, gute Erfolge gebracht. Einen Oberbau hat die Taubstummenschule schon seit langem in der Berufsschule für Taube und Schwerhörige. In Berlin wohnen 4000 bis 5000 Taubstumme, hier ist also das Bedürfnis für eine solche Stätte der Fortbildung besonders stark. Die Berufsschule hat jetzt 400 Teilnehmer, für die eine große Zahl Kurse eingerichtet sind. Mit Erfolg hat sie sogar den Versuch gemacht, Unterricht in Englisch zu geben. Als Mittel der Fortbildung dienen auch Kinovorstellungen, die die Stadt für Taubstumme veranstaltet. Zu diesen Unterrichts- und Bildungseinrichtungen kommt eine allgemeine Taubstummenfürsorge-Zentralstelle für sie ist die Taubstummenschule. Die Taubstummen können hier in allen möglichen Fragen sachverständige Auskunft erhalten.

Der unmögliche Finanzausgleich.

Berlin protestiert.

Im Berliner Rathaus fand gestern vormittag eine gemeinsame Aussprache des Magistrats, der Vertreter der Berliner Wirtschaft und der Berliner Landtagsabgeordneten über das dem Landtag vorliegende Ausführungsgesetz zum Finanzausgleich statt.

Die Berliner Industrie- und Handelskammer, die Berliner Handwerkskammer und die Gewerkschaften, die sämtlich erschienen waren, ließen den Abgeordneten keinen Zweifel darüber, daß die gesamte Berliner Wirtschaft, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, es nicht verstehen könnte, wenn jetzt auch bei der Verteilung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer eine Vertüzung des Berliner Steueranteils beschlossen werden würde, die noch über die Regierungsvorlage hinausgeht. Schon der Befehlentwurf bedeutet praktisch, daß von der Berliner Einkommensteuer und Körperschaftsteuer mehr als 20 Millionen an andere Gemeinden abgeführt werden. Dies ist bereits eine schwere Benachteiligung, weil bisher der Grundsatz unangefochten war, die Einkommensteuer nach dem örtlichen Einkommen zu verteilen. Eine noch weitergehende Vertüzung ist für die Berliner Wirtschaft unerträglich. Schon bei der Verteilung der Umsatzsteuer, der Hauszinssteuer und der Kraftfahrzeugsteuer ist von Jahr zu Jahr eine zunehmende Benachteiligung der Berliner Interessen erfolgt. Sie hat dahin geführt, daß die Stadt Berlin ihre eigenen Gemeindesteuern erhöhen muß. Eine solche andauernde Zurücksetzung schädigt die Berliner Wirtschaft schwer und hemmt ihre Entwicklung. Die ganze Berliner Bevölkerung — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — erwartet, daß die von ihr gewählten Landtagsabgeordneten auch den Interessen der Stadt Berlin Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die gesamte Berliner Wirtschaft wird die Berliner Bevölkerung aufrufen. Ein entsprechender Aufruf ist unterzeichnet von der Industrie und Handelskammer, der Handwerkskammer, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, dem Verband weltlicher Handels- und Bureauangestellten, dem Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, dem Verband der Kommunalbeamten und -angestellten Preußen E. V., dem Provinzialrat Berlin des Deutschen Beamtenbundes und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund.

Der stürzende Kran.

Der verhängnisvolle Kraneinsturz auf dem Gelände der Berlin-Anhaltischen Maschinenbauaktiengesellschaft (Womag) in der Reuchlinstraße in Roabit, bei dem von den herabgestürzten Eisenmassen ein Arbeiter getötet und mehrere schwer verletzt waren, hatte gestern ein gerichtliches Nachspiel vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte. Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang hatten sich der Werkmeister und der Kranführer zu verantworten. Die Verhandlung ergab, daß an dem Kran schon einige Tage vorher die Sicherung nicht in Ordnung gewesen war. Das war aber auch früher schon der Fall gewesen. Der Kran war aber bis zur Reparatur dennoch in Betrieb geblieben, ohne daß etwas passiert. In diesem Falle aber hatte der Kranführer Jahnow aus Unachtsamkeit den Kran über die Hemmschwelle hinausgehen lassen. Dadurch war mangels der Sicherungsvorrichtung infolge der starken Anspannung das Seil gerissen. Hierin erblickte das Schöffengericht ein Verschulden Jahnows und verurteilte ihn wegen seiner Fahrlässigkeit zu 6 Monaten Gefängnis. Für die Hälfte der Strafe erhielt er Bewährungsfrist. Ein Verschulden des Werkmeisters konnte nicht nachgewiesen werden, so daß er freigesprochen wurde.

Sein hundertjähriges Dienstjubiläum begeht am 1. April Herr Paul Reichardt bei der Firma Georg Eilke, Verlagsbuchhandlung, Berlin N.W. 7, Dortheenstr. 65.

Funkwinkel.

Der Rundfunk krönte diesen Tag mit einem ungewöhnlich schönen Programm aus Brahms' Werken. Es kamen die „Nänie“, die „Rhapsodie“ aus Goethes „Harzreise im Winter“ und die „Symphonie“ unter Selmar Weyrowitz' schwungvoller Leitung zu Gehör. Der Funkchor, von Prof. Hugo Rüdell geführt, bewährte sich wie immer. Das große Altsolo in der Rhapsodie hatte man Hildegard Gajewka anvertraut, die ihrer Aufgabe als durchaus gewachsen erschien. — Von den übrigen Tagesdarbietungen ist wenig zu sagen. Am Nachmittag gedachte Prof. Dr. Adolf Marcuse des 200. Todestages Isaac Newtons, am Abend tat Prof. Albert Einstein daselbe. — Eine interessante „Technische Wanderung“ durch Oberbayern schilderte Dr.-Ing. Georg Sinner. Besonders dankenswert war es, daß der Redner sich nicht nur auf technische Fragen beschränkte, sondern bedachte, daß eine Wanderung auch an Naturschönheiten und an Kunststätten vorüberführt. — Max Marschall gab eine beachtliche Einführung in das Lebenswerk von Johannes Brahms, die vielen etwas geboten haben wird.

Der Mord an der Hausangestellten.

1000 Mark Belohnung!

Auf Veranlassung des Chefs der Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Hagemann, wird heute an den Aufschlagläden eine amtliche Bekanntmachung erscheinen, in der das Publikum zur Mitarbeit an der Aufklärung des Mädchenmordes aufgefordert wird. Eine Belohnung von 1000 Mark ist ausgesetzt für Mitteilungen, die zur Ergreifung des Mörders und zur Aufklärung des Verbrechens dienen können. Die Bekanntmachung bringt auch ein Bild der Ermordeten, das zwar vor zwei Jahren aufgenommen wurde, aber noch ähnlich ist. Die Threndt ist im Jahre 1920 nach Berlin übergesiedelt.

Sie hatte verschiedene Stellungen inne, die jedoch nie von langer Dauer waren. Im September 1926 bezog sie in der Melandthonsstraße ein möbliertes Zimmer, das sie bis zum Januar bewohnte. Von da an erschien sie nur noch unregelmäßig in ihrer Behausung, ohne daß die Vermieterin erfahren konnte, wo sie blieb. Anfang Februar verschwand sie gänzlich, weil sie die Miete nicht zahlen konnte. Die Wirtin behielt daher ihre Kleidungsstücke als Pfand zurück. Am 15. Februar tauchte sie von neuem in der Melandthonsstraße auf, beglich die Mietforderung und nahm ihre Kleider mit sich. Da sie keine Angaben über eine neue Wohnung machte, so meldete die Wirtin sie als „unbekannt verzogen“ ab. Am 5. März mietete sie sich, wie schon berichtet, in der Spenerstraße ein, blieb dort aber nur bis zum 11. März und verschwand abermals. Trotz aller Bemühungen ist es bisher nicht möglich gewesen, festzustellen, wo sich das Mädchen in der Zeit vom 1. Februar bis zum 5. März und vom 11. März bis zur Feststellung ihres Todes aufgehalten hat. Ebenso fehlt jeder Nachweis über ihre Erwerbstätigkeit. Wer kann über ihre Bekanntschaften etwas mitteilen? Das Mädchen hatte einen hellblonden Bubenkopf, blaue Augen und trug, als sie in der Spenerstraße auszog, einen lila Füllhut in Glockenform mit breiter Krempe, einen grünen Mantel mit Blüschelapfel am Saum, kunstseidene bunte Strümpfe und hellgraue lederne Spangenschuhe. Unter Hinweis auf die Belohnung, die lediglich für Mitteilungen aus dem Publikum bestimmt ist, werden alle Personen, die etwas bekunden können, dringend ersucht, sich bei der Mordkommission im Zimmer 52 des Polizeipräsidiums zu melden.

Das abgehackte Bein.

Der Wiener Sensationsprozeß gegen den „Ingenieur“ Marek.

Seit Montag verhandelt das Schöffengericht in Wien gegen den Techniker Emil Marek und Genossen. Die Anklage lautet auf Versicherungsbeitrag. Aus der großen Zahl ähnlicher Prozesse hebt sich aber dieser durch die Art der Tatzusführung heraus. Der Angeklagte soll sich sein linkes Bein allein zu dem Zwecke abgehackt haben, die Versicherungssumme in der Höhe von 140000 Schillingen einzubekommen.

Marek stand in Unterhandlungen mit der Allgemeinen Versicherungs-A.G. Anglo-Danubian Lloyd über eine Kreditversicherung. Es wurde ihm nahegelegt, auch eine Lebensversicherung einzugehen, etwa in der Höhe von 20000 Dollar. Marek war dies jedoch zu wenig und schloß eine solche von einer halben Million Dollar ab. Das war am 11. Juni 1925. Am 13. Juni geschah aber das „Unglück“ nach der Behauptung des Angeklagten, das „Verbrechen“ laut Annahme der Staatsanwaltschaft. Frau Marek hörte plötzlich im Nebenzimmer einen lauten Schrei. Als sie hineinstieg, sah sie ihren Mann bewußlos in seinem Blute auf dem Boden liegen, neben ihm das Bein und einen Holzbock, an dem er gearbeitet hatte. Das Bein mußte sofort im Krankenhaus amputiert werden. Der Patient erklärte, die Art sei abgefallen und habe das Bein getroffen. Die Ärzte waren jedoch der Meinung, daß dies unmöglich gewesen sei, da das Bein vier Hiebe aufgewiesen habe; die Verletzungen müssen von jemand anderem auf Verabredung mit Marek zugefügt worden sein. Die Versicherungsgesellschaft erstattete daraufhin bereits am 15. Juni Anzeige wegen Versicherungsbeitrags. Mitangeklagt ist auch Mareks Schwägerin Paula Löwenstein wegen Betrugs und der ehemalige Spitaldiener Wraz wegen Verleumdung und falscher Zeugenaussage, wegen des letzteren Verbrechens auch dessen Frau. Marek mitteilte nämlich in dem ärztlichen Gutachten eine Gefahr für sich. Um es unschädlich zu machen, glaubte er einen neuen Beweis zu seinen Gunsten konstruieren zu müssen: das amputierte Bein sei von fremder Hand so zugerichtet worden, damit die Versicherungsgesellschaft von ihrer Schadenersatzpflicht befreit werde. Gemeinsam mit seiner Schwägerin Paula Löwenstein veranlaßte er deshalb den ehemaligen Spitaldiener Wraz zu einer Erklärung, aus der zu ersehen war, daß die Ärzte Dr. Paul und Dr. Fries an dem amputierten Bein stumpf mit einem Messer herumgeschritten hätten. Auf Grund dieser notariell beglaubigten Erklärung erstattete Marek gegen die beiden Ärzte Anzeige wegen Betrugs. Wraz hat jedoch in der Unteruchungshaft schließlich zugegeben, daß er in die Erklärung nur einwilligt habe, um die 10000 Schillinge, die ihm Marek versprochen, zu verdienen.

Die Gerichtsverhandlung wird etwa 10 bis 11 Tage in Anspruch nehmen. Der Angeklagte, ein 23jähriger Mensch, der ein recht abenteuerliches Leben hinter sich hat, bleibt in der Gerichtsverhandlung bei seiner ursprünglichen Erklärung. Er sei gerade mit der Herstellung einer mechanischen Puppe beschäftigt gewesen, als das Bein abgefallen sei. Er habe sich keine Verletzung absichtlich beigebracht, sondern sei einem Unfällefall zum Opfer gefallen.

Die erste Reichsbahnlokomotive auf Spf. Nachdem die Gleisarbeiten über den Sglitz Festlanddamm nunmehr soweit fertiggestellt sind, daß ein Befahren möglich ist, traf die erste Volkbahn-Lokomotive in Westerland ein. Hierdurch wird auch eine begrüßenswerte Beschleunigung der übrigen Arbeiten an den Bahnhofsanlagen möglich, da die Transportwierigkeiten auf dem Wasserweg gemindert werden. — Wie inzwischen beschlossen ist, wird auch der zwischen Keitum und Westerland liegende Ort Linnum eine Reichsbahnhaltestelle erhalten.

Die Ordner der Preussischen Eisenbahnen treffen sich zum Ordnerblatt für die Verbelei der S.R. am Sonntag, dem 3. April, vormittags 9 Uhr, pünktlich im Großen Schauspielhaus, Bühneneingang.

Balken-Tage

jeden 1.-4. Extra-Angebote bei ADAM

Herren-Kleidung
Sakko-Anzug gemast. Chev., gute Verarb. Man, best. Kammgarn 78.-
dto. 98.-
best. Kammgarn, beste Verarbeitg. 108.-
Gabard.-Mantel best. Impr. Stoff, beste Verarb. 78.-
Sommer-Ulster gemast. Chev., gute Verarb. 78.-

Damen-Kleidung
Kostüm neueste Modelle, Schneiderarbeit f. a. Strauß, ganz auf Crêpe de Chine 88.-
Mantel orig. 79.-
Regen-Mantel orig. engl. 32.-
dto. Impr. Gabardine, Schneiderarbeit 58.-
Strickkleid Trikot oder Woll, mit Seide 25.-
Hüte für Strauß und Reise, neue Formen 9.-

Knaben-Kleidung
Kieler-Anzug 15.75
Sport-Anzug 19.-
Sport-Anzug 19.-
dto. 45.-
Sommer-Ulster 23.25
dto. 45.-

Sport-Kleidung
Sport-Anzug 3-tig. 85.-
Loden-Mantel Impr. Strichloden 39.-
Lederjoppe braun 110.-
Pullover 18.-
Windjacke Impr. 18.-

Wäsche u. Artikel

Zephir-Hemd 7.50
best. Qual., mod. Streifen
Tricolore-Hemd 10.75
best. Qual., mod. Streifen
Batist-Rayé-Hemd 9.75
weiß
Schlafanzug off. u. geschlossen 12.-
z. trag. Flanel 13.50, Zephir
Unterharnitur 6.75
Wolle 15.-, Makko
Unterbeinkleid 4.00
Makko, mit Ringband
Socken Makko 1.25
Flor 1.75, Wolle 2.75
Selbstbinder reisse, Seide, mod. Muster 4.50 3.75

Die Arbeiten des neuen Berlin. Die Pläne des Arbeiterbezirkes Neukölln.

Regelmäßige kommunale Betätigung der Stadt Berlin und auch der einzelnen Bezirke steht unter dem Druck der Zeit. Massennotstände in der Bevölkerung zwingen die Verwaltungen, den überwiegenden Prozentsatz der Etatmittel, die ihnen zur Verfügung stehen, zur Abstellung der Notstände zu verausgaben. Für die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen wie für die Arbeitsbeschaffung durch Notstandsarbeiten müssen zunächst Mittel bereitgestellt werden. Erst wenn die im beschränkten Rahmen der Möglichkeiten gestellten Aufgaben erfüllt sind, können die Verwaltungen der Bezirke an die Erfüllung anderer dringlicher Aufgaben herantreten. Die kommunale Aufbautätigkeit war mit dem Beginn des Krieges abgebrochen. Wichtige Einrichtungen konnten nicht geschaffen werden. Vieles entspricht heute nicht mehr den Bedürfnissen der Bevölkerung. Überall zugleich in jedem Zweig der Verwaltung wurde Schaffung der vernünftigsten Einrichtungen verlangt. Trotz der geringen Finanzmittel hat die Sozialdemokratie, deren Mitarbeit seit 1918 von allem in der Kommunalverwaltung spürbar geworden ist, immer darauf gedrängt, daß die zu schaffenden Einrichtungen nicht im Stile der Vorkriegszeit gebaut werden. So sind in die neue Bauordnung unter ständiger Mitarbeit der Sozialdemokratie endlich die am Baumarkt unterstützende Wirkung erzielenden Paragraphen aufgenommen, daß Hinter- und Quergebäude nicht mehr gebaut werden dürfen. So gering die Mittel zum Aufbau kommunalpolitisch notwendiger Einrichtungen in den letzten Jahren gewesen sind, vieles ist damit geschaffen. Vieles soll in den nächsten Jahren geschaffen werden. Mit diesen Zeilen sollen in großen Zügen die Aufgabentrefte, die sich die einzelnen Bezirke gestellt haben, aufgezeigt werden. Als erster Bezirk folgt Neukölln.

Das Haus der Arbeit.

Der Bezirk Neukölln mit seiner fast ausschließlich proletarischen Kreise entstammenden Bevölkerung hat naturgemäß besonders hart unter dem Massennotstand seiner Bevölkerung zu leiden. Neukölln ist eine Arbeiterwohnstadtgemeinde. Sehr wenig Industrieniederlassungen, und vor allem nur kleine, erschweren die Unterbringung der ungelerten Arbeiter. Da die Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis nicht anfordern müssen, ist die Unterbringung auch dadurch erheblich erschwert. Von Betrieb zu Betrieb laufen die Beamten des Arbeitsbeschaffungsamtes, um die kleinen Meister und Betriebe zu veranlassen, die benötigten Arbeitskräfte vom Nachweis anzufordern. Es wäre sehr erwünscht, wenn auch die Arbeitsvermittlung für ungelerte Arbeiter nicht in den Bezirken, sondern durch zentrale Einrichtungen vorgenommen werden. Es bestände dann die Möglichkeit, daß die Arbeiterwohnstadtgemeinden mit den Industrieprovinzen einen Ausgleich schaffen können. Von 20.000 Arbeitslosen wurden in Neukölln 16.000 unterstützt, 2.000 werden durch die Arbeitsbeschaffung und das Wohlfahrtsamt betreut. In kleinen Baracken — die völlig ungenügend zur Abwendung der Bureautätigkeit sind — ist das Arbeitsamt untergebracht. Das Reich hat zwar die Bezirksämter aufgefordert, Pläne für die Einrichtung eines „Hauses der Arbeit“ einzureichen. Die Vorarbeiten zur Errichtung eines solchen Hauses stocken, weil die Beratungen über die Erwerbslosenversicherung noch schweben und die Möglichkeit besteht, daß die Verflößerung diesen Bau errichtet.

Neuköllns Erholung.

Im Rahmen der Notstandsarbeiten erbaut die Stadt Neukölln jetzt große Sportanlagen auf dem Tempelhofer Feld. Eine Reihe

Fußballplätze sind schon fast fertiggestellt. Es fehlen „nur“ noch die Mittel, um das Stadion, das 20.000 Personen fassen soll, und das Freibad zu bauen. In Verbindung mit diesen Sportanlagen sollen auch die Grünflächen auf dem Tempelhofer Feld weiter ausgebaut werden. Um der Neuköllner, Tempelhofer und Kreuzberger Bevölkerung weitere Grünflächen zu erschließen, hat der Bezirk Verhandlungen mit der Polizei ausgenommen, um die Schießstände der Polizei in der Hohenheide in einen Park zu verwandeln. Der Polizeipräsident hat zur Ueberlassung des Parks an die Stadt bereits seine Zustimmung unter der Bedingung gegeben, daß die Polizei ein für Schießübungen gleich gut geeignetes Terrain ausfindig machen kann. Mit der Erschließung dieses Parks würde nicht nur die Grünfläche vergrößert. Der Bezirk hat die Absicht, eine Straße zu bauen, die am Park entlang führt und eine direkte Verbindung vom Hohenheider Tor zum westlichen Teil Neuköllns, die Gegend um die Hermannstraße und nach Brieg, bringen soll. Zu diesem Zweck soll die Oberstraße verbreitert werden. Durch die neu angelegte Straße und den Anschließ — die Oberstraße — soll eine Straßenbahnverbindung gelegt werden. Diese Lösung würde nicht nur eine Entlastung der Hermannstraße, sondern auch des Hermannplatzes bringen. Ähnlich wie auf dem Sportplatz auf dem Tempelhofer Feld soll ein zweites Freibad am Haldeklampweg errichtet werden. Beide Bäder sollen die Badeanstalt in der Gangehoferstraße entlasten, die längst nicht mehr den Neuköllner Bedürfnissen entspricht.

Verkehrsforgen und Siedlungsbauten.

Weitere Verkehrsforgen hat der Bezirk mit der Weiterführung der beiden Untergrundbahnstrecken. Die Nord-Süd-Bahn soll nur bis zur Grenzallee weitergeführt werden, während der Bezirk fordert, daß die Nord-Süd-Bahn bis an die Großsiedlung Brieg herangeführt wird. Die andere Strecke soll zunächst bis Bahnhof Hermannstraße fertiggestellt werden. An Erweiterungsbauten für ein drittes Straßenbahnnetz verlangt Neukölln einen zweigleisigen Ausbau der Strecke nach Budow und eine bessere Querverbindung durch Neukölln von der Kaiser-Friedrich-Straße zur Hermannstraße. Die Wohnungsbautätigkeit hat in Neukölln in den letzten Jahren verstärkt eingesetzt. Vor allem die Großsiedlung Brieg mit ihren tausend Wohnungen hat das Unrecht der letzten Jahre, in denen in Neukölln fast gar nicht gebaut worden ist, wieder gutgemacht. Für die Fertigstellung der Grünflächen in der Großsiedlung fehlen noch die Mittel. Ein Plan des Berliner Magistrats, dicht hinter der Großsiedlung einen Flughafen zu bauen, wird in Neukölln bekämpft, weil dann ein Uebungsflughafen in der Nähe von zwei Krankenhäusern zu liegen käme. Die Aufregung durch das Motorengeräusch und die Uebungen und nicht zuletzt durch die eventuellen Unglücksfälle würden den Heilungsprozeß bei vielen Kranken erheblich stören. In die Großsiedlung Brieg wird eine Flachsule gebaut, die sich dem architektonischen Bild der Großsiedlung einfügen soll. Die Schule wird als Flachsule, mit großen Freiläuden, gebaut, um die Möglichkeit zu schaffen, den Unterricht auch im Freien abzuhalten. Auch die Schule am Dammweg für die dort gelegenen Siedlungen wird als Flachsule gebaut. Zusammen mit der Volksschule am Dammweg wird auch eine höhere Schule gebaut. Beide Schulen werden einheitlich gebaut und gestaltet. Einheitlicher Aufbau der beiden Schulen soll den Uebergang von der Volks- zur höheren Schule leichter als bisher ermöglichen. Beide Schulen werden in Form eines rechteckigen Blockes gebaut. Der Innenraum des Blockes wird zu einem Sportplatz ausgebaut. Als höhere Schule wird das Kaiser-Friedrich-Gymnasium nach dem Dammweg verlegt. In den Räumen des Gymnasiums in der Kaiser-Friedrich-Straße wird eine Berufsschule errichtet. Zwei weitere Berufsschulen sollen in einem

Gebäude am Mittelweg errichtet werden. Ein weiterer Plan des Bezirks, ein Waisenhaus in Storkow zu errichten, mußte wegen Mangel an Mitteln zunächst zurückgestellt werden. In den Krankenhäusern mußte durch die Vermehrung der Bettenzahl des Wirtschafts- und Wohngebäude verkleinert werden. Die Unterbringung von Betriebspersonal im Krankenhaus bereitet dadurch erhebliche Schwierigkeiten. Verringerung durch Erweiterungsbauten konnte bisher nicht geschaffen werden. Ein Plan, die fünf Hauptstraßen Neuköllns mit elektrischem Licht auszustatten, ist bisher an der Unmöglichkeit der Finanzierung gescheitert.

Der Bezirk Neukölln ist bei der Verteilung der Etatmittel sehr schlecht bedacht worden. Die Einheitsgemeinde Groß-Berlin ist doch nicht zuletzt dazu geschaffen, weil in einem einheitlichen Gebilde der Ausgleich der Bezirke mit proletarischer Bevölkerung mit den westlichen reicheren Bezirken ermöglicht wird. Trotzdem die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag, der besagt, daß die Bezirke mit proletarischer Bevölkerung bei Verteilung der Etatmittel mehr berücksichtigt werden sollen, angenommen hat, steht Neukölln mit seiner großen Zahl Fürsorgeberechtigter bei den Etatsummen sehr vieler Kapitel an letzter Stelle.

Aus den Bezirken.

2. Bezirk — Tiergarten.

Die Bezirksversammlung beschloß die Abmietung neuer Räume für eine Kinderkrippe und für die Erweiterung des Jugendheims Bülowstr. 88. Ferner wurden die Mittel für drei Sandspielplätze auf dem Stephanplatz bewilligt. Es kam dann ein Antrag der Deutschnationalen über Schaffung eines Rentnerheims zur Beratung. In der Aussprache führte der Genosse Weiner aus, daß die Deutschnationalen am wenigsten Veranlassung hätten, sich als Beschützer der Rentner aufzuspielen. Durch einen solchen Antrag könnten sie niemand darüber täuschen, daß gerade sie es sind, denen die Rentner zum großen Teil ihre bedauernswerte Lage verdanken. Genosse Weiner wies darauf hin, daß die Deutschnationalen seinerzeit 100 Proz. Aufwertung versprochen haben und jetzt, wo sie zur Macht gelangt sind, gar nicht daran denken, auch nur einen kleinen Teil ihrer Versprechungen zu halten. Wären sie weniger unsozial vorgegangen, so hätten diese Leute noch ihre Wohnungen, und man hätte nicht nötig, Rentnerheime zu schaffen. Er wies auch darauf hin, daß die Deutschnationalen ihr Herz für die Rentner entsetzt haben, gerade zwei Tage bevor die Mieterhöhungen beschlossen wurden. Nachdem noch die Kommunisten in demselben Sinne gesprochen hatten, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

6. Bezirk — Kreuzberg.

Zu Beginn der letzten Sitzung der Bezirksversammlung gedachte der Vorsteher Genosse Gerber der Verdienste, die sich der wegen Ueberfrierung des 65. Lebensjahres ausscheidende Stadtrat und stellvertretende Bürgermeister Genosse Bruns in seinem arbeitsreichen Leben um die Gemeinde und seit Schaffung von Groß-Berlin um den Verwaltungsbezirk Kreuzberg erworben hat. Die Ausführungen des Vorstehers nahm die Versammlung mit Beifall auf. Der Platz des Genossen Bruns war mit einem großen Fliederstrauch geschmückt. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurde ein Dringlichkeitsantrag der KPD. verlesen, der verlangte, daß das Bezirksamt aus Anlaß des Stahlhelmtages anfangs Mai keine städtischen Räume zum Empfang oder Quartier zur Verfügung stellen solle. Der Dringlichkeit wurde von der Mehrheit widersprochen. Da von Mitteln der „Kommunisten für erwerbslose Jugend“ aus dem letzten Etatsjahr noch etwa 15.000 Mark vorhanden sind, beschloß die Bezirksversammlung auf Antrag des Genossen Häuser diese Summen für Osterwanderungen der erwerbslosen Jugend zu verausgaben. Bezüglich des Ausscheidens des Genossen Bruns beschloß die Versammlung, die Stelle auszusprechen. Bei der Beratung über die Vorlage des Bezirksamtes betreffend Umgestaltung

Die heute 90jährige ewig junge selige Witwe

sagt allen ihren Freundinnen und Freunden herzlichsten Dank für die vielen Glückwünsche und für die rege Anteilnahme, die ihrer Geburtstags-Vorfeier entgegengebracht wurde.

Sie bittet alle, ihr diese Freundschaft auch in Zukunft zu erhalten, und wird ihrerseits dafür sorgen, daß, wie bisher, der Name „Junk“ immer gleichbedeutend mit bester Qualität bleibt.

Gipfens

1837
1927

A. Junk sel. Wwe.



des Krankenhauses im Bezirk Kreuzberg, über deren grundlegende Vorzüge bereits im 1. Beiblatt der Mittwochs-Morgenausgabe berichtet wurde, betritt die Kommunisten-Kröße, Nachfolger Kintorfs in der Gesundheitsdeputation, das Projekt als unvollkommen. Besonders polemisierte er gegen den Bürgermeister Genossen Dr. Herz, der mit dem Projekt den Versuch macht, im Rahmen des Erreichbaren praktische Wege zu zeigen. Der Sinn von Kruschkes Ausführungen war der, man müsse Kasernen abreißen und an deren Stelle ein großes Krankenhaus bauen. Genosse Herz wies dem kommunistischen Redner nach, daß man mit seinem Vorschlag praktisch nicht weiterkomme, da der Biskop nicht daran denke, der Gemeinde Platz zu überlassen, und empfahl die Vorlage zu einstimmiger Annahme. Die Kommunisten lenkten ein und so wurde einstimmig folgendes Programm beschlossen: 1. Der Krankenhausbetrieb in der Gitschiner Straße wird eingestellt. 2. Das Gelände des ehemaligen Erziehungshauses wird für die Zwecke eines Krankenhauses verwendet. 3. Die chirurgische Abteilung wird aus dem Urban-Krankenhaus in das neu zu errichtende Gebäude (Hochhaus) verlegt. 4. Nach Entlastung des Urban-Krankenhauses wird letzteres einer durchgreifenden baulichen Erneuerung unterzogen. — Zum Ausbau des neuen Jugendheims Jordstraße 11 werden weitere Mittel bewilligt. Fernerhin beschloß die Versammlung mit dem Stimmensatz der SPD. und KPD. nach dem Vorschlag der Wohlfahrtsdeputation, in Zukunft die Wahl der Pfleger in den Wohlfahrtskommissionen nach dem Stimmverhältnis der in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien vorzunehmen.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

Bei der Sitzung unserer Bezirksversammlung am 23. März stand die Wahl eines befristeten Bezirksamtsmitgliedes — auf Grund des neuen Ortsgesetzes — im Brennpunkt des Interesses. Vor zwei Jahren hatte man — in recht beschränkter Befolgung der Abbaubestimmungen — einen Sozialdemokraten und einen Demokraten (letzterer Jurist) abgebaut. Damals erklärte die Rechte, daß ein Jurist, nämlich der Bürgermeister, für das Bezirksamt genüge. Inzwischen haben sich die Ansichten gewandelt: jetzt meinte man, das Bezirksamt müsse unter allen Umständen durch einen Volljuristen verstärkt werden. Da nämlich der seinerzeit abgebaute Demokrat inzwischen außerhalb Berlins einen Wirkungskreis gefunden hat, war die einfache Lösung dadurch gegeben, daß der abgebaute Sozialdemokrat, dessen außerordentliche Befähigung auch von der rechten Seite stets anerkannt worden war, wieder in sein Amt eingesetzt wurde. Er ist aber kein Jurist, sondern ein Mann des praktischen Lebens, und mit demselben Bräutigam der Hebräerzeugung, in dem seinerzeit der Rechtsbefähigung für überflüssig erklärt wurde, wurde jetzt ein Jurist als „Gebot der Stunde“ gefordert. — Kurz vor dem Wahltag gab die Volkspartei die überraschende Erklärung ab, daß sie nicht geschlossen für den demokratischen Kandidaten stimmen würde. Es erhielten im ersten Wahlgang unser Genosse Doppel vierzehn, der demokratische Obermagistratsrat Dr. Oberly zwölf und der Kandidat der Deutschnationalen, Obermagistratsrat Hoffmann, einundzwanzig Stimmen — ein interessantes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß 10 Sozialdemokraten, 10 Demokraten, 6 Volksparteier und 21 Deutschnationale an der Abstimmung teilgenommen haben. — Im zweiten Wahlgang fanden sich dann die siebenundzwanzig Stimmen auch getreulich wieder zusammen zur Wahl des Obermagistratsrats Hoffmann. — Die Kommunisten, die im ersten Wahlgang einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatten, hielten es vor der Stichwahl für angebracht, ihre Mitwirkung bei der nunmehr erfolgten Wahl des deutschnationalen Kandidaten zum Stadtrat durch die Erklärung zu dokumentieren, daß sie ihre Stimmen dem sozialdemokratischen Kandidaten nicht geben würden.

13. Bezirk — Tempelhof.

In der Sitzung am 23. März kam eine Dringlichkeitsvorlage des Bezirksamts zur Beratung, die verlangte, den östlichen Teil der Burggrafenstr., in dem der neue Wüstebau liegt, Ulkestr. zu nennen. Genosse Gerlach trat dafür ein, den ganzen Straßenzug so zu benennen, da der alte Name als Doppelname doch bald verschwinden müsse. Da die Kommunisten gegen diesen Antrag waren, wurde unser Antrag nur mit Hilfe der Mitte und eines Deutschnationalen angenommen. Es folgte der Bericht des Ausschusses für die Nachprüfung der Geschäftsordnung. Von einer Änderung der bisherigen Geschäftsordnung wurde abgesehen. Ein Antrag des Genossen Hahn, durch den Magistrat die Aufhebung des Roggenzolls zu fordern, wurde angenommen. Eine heftige Redebühnenentscheidung ergab die Kommunisten, als sie den Nachweis, der jedoch nicht gelang, führen wollten, daß Stadtrat Genosse Ewald im Arbeitsnachweis den Erwerbslosen das Reden verboten hätte. — Für den Aufsichtsratsposten der Heilmstätten-Siedlung Berlin-Wilmersdorf hatte unsere Fraktion Genossen Müller vorgeschlagen, aber der bürgerlichen Mehrheit gelang es, ihren Kandidaten durchzubringen. — Eine Geschäftsordnungsdebatte entspann sich beim nächsten Punkt. Die Bezirksversammlung hatte durch das Bezirksamt einen Beschluß, betreffend Bau eines Verwaltungsgebäudes, an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung übermittelt. Der Magistrat erteilte eine ablehnende Antwort, ohne die Stadtverordneten zu hören. Gegen dieses Verfahren wendete sich ein Antrag der bürgerlichen Fraktion. Die SPD. war der Auffassung, daß Anträge nicht zulässig seien, da die Magistratsantwort nur zur Kenntnisnahme vorläge. Sie würde aber für einen gleichlautenden „Dringlichkeits“-Antrag sein. Diese Auffassung fand jedoch keine Mehrheit, sondern der einfache Antrag wurde angenommen. Mit großer Mehrheit wurde dann ein Protest gegen die Mieterhöhungen angenommen. Der Antrag der KPD., Strafverfügungen an Arbeiter rückgängig zu machen, wurde dem Beschwerdeausschuß überwiesen. Genosse Burgemeister begründete darauf unsere Anfrage über das Schicksal der ältesten und schönsten Laubenkolonien Tempelhofs: Kitiachöhe und Tempelhofer Schweiz.

Die Kolonisten hatten ausführlich und sorgfältig nicht nur Zahlenmaterial, sondern auch Karten zur Verfügung gestellt, woraus die wirtschaftliche und gesundheitliche Bedeutung der Kolonien leicht erkennbar war. Dieses große Gelände ist nun in Gefahr, mit Hilfe des überflüssigen Erdreichs der Nord-Süd-Bahn erhöht und der Bebauung zugeführt zu werden. Das Bezirksamt verspricht, die Angelegenheit im Auge zu behalten. Es folgte Reubenennung einer Straße in Edwin-Schulz-Straße zu Ehren des Tempelhofer Komponisten Edwin Schulz. Hierauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Ins Leben hinein!

Morgenfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin am Sonntag, dem 3. April, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlstraße. — Einlaß 10.15 Uhr. Eintritt 0,50 M.

14. Bezirk — Neukölln.

Die letzte Bezirksversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit Maßnahmen zur Linderung der Notlage der Erwerbslosen. Hierzu sprach von der SPD-Fraktion Genosse Droschallus. Er schilderte die furchtbare Not laufender Neuköllner Familien und begründete zugleich folgenden sozialdemokratischen Antrag: „Die Bezirksversammlung beschließt, das Bezirksamt wird ersucht, bei allen in Frage kommenden Stellen dafür einzutreten, daß die Richtlinien zur Gewährung von Mietzuschüssen an Erwerbslose auf Grund der allgemeinen schlechten Verhältnisse zugunsten der Unterstützungsempfänger einer Revision unterzogen werden. Vor allem muß der jetzt gewährte Satz von nur 50 Proz. erhöht werden.“ Der einstimmigen Annahme des Antrages folgte eine lebhafte Aussprache über die Absicht des Bezirksamts, wegen Mangel jeglicher Mittel alle Notstandsarbeiten im 14. Verwaltungsbezirk ab 1. April einzustellen. Diese Debatte schloß ebenfalls mit der einmütigen Zustimmung der Bezirksversammlung zu einem Antrag unserer Fraktion, „in dem die Bezirksversammlung gegen die geplante Einstellung der Notstandsarbeiten Einspruch erhebt und die städtischen Körperschaften ersucht, sofort Mittel bereitzustellen, um nicht nur die angefangenen Arbeiten fortzusetzen, sondern darüber hinaus neue Arbeiten in Angriff zu nehmen, damit auch in Zukunft eine größere Anzahl Erwerbsloser bei diesen Notstandsarbeiten Beschäftigung finde.“ Darauf wurden durch Beschluß der Versammlung auf Antrag des Bezirksamts aus Vorbehaltsmitteln für die Errichtung von 10 Trinkbrunnen, für die Beschaffung von 145 Bänken zwecks Aufstellung auf den verschiedenen Anlagen, für die Herrichtung eines Isolierzimmers in der städtischen Krippe Steinmeyerstraße, für die Ausbesserung bzw. den Ersatz der Bestuhlung im städtischen Saalbau Bergstr. 147, für die Wiederherstellung der Schulhöfe der Schulen in Briß und für die Errichtung und Ausstattung einer zweiten Liegehalle und eines Aufenthaltsraumes in der Kurstraße Hasenheide insgesamt 35 525 M. bereitgestellt. Ein KPD-Antrag ersuchte das Bezirksamt, dahin zu wirken, daß allen Erwerbslosen freie Fahrt auf

famlichen städtischen Verkehrsmitteln gewährt werde. Vom sozialdemokratischen Redner wurde hierzu ausgeführt, daß auch hier, wie so oft schon, die Kommunisten etwas beantragen, ohne sich zu vergewissern, ob das Beforderte überhaupt durchführbar sei oder nicht. Es können doch hierbei nur Freifahrten in Frage kommen zu und von den zentralen Arbeitsnachweisen und zu und von den nachgemieteten Arbeitsstellen. Eine andere Regelung sei unmöglich. Dieser Aussprache folgte die Beratung und Beschlußfassung des folgenden Antrages der SPD-Fraktion: „Das Bezirksamt wird ersucht, eine sportärztliche Beratungsstelle einzurichten und die schulärztliche Betreuung der Berufsschulen durchzuführen. Bei Bildung eines Bezirksamtes für Beiseidungen ist die sportärztliche Beratungsstelle mit diesem Amt in Verbindung zu bringen.“ Die Annahme dieses Antrages erfolgte einstimmig. Am Schluß der Sitzung wurden von der sozialdemokratischen Fraktion die durch den Bau der Untergrundbahn am Ringbahnhof Neukölln geschaffenen starken Verkehrserschwerungen gerügt und das Bezirksamt um Befreiung der Rißstände ersucht.

16. Bezirk — Köpenick.

Die Bezirksverordnetenversammlung am 13. März beschäftigte sich mit einer Anfrage unserer Fraktion, die die sich katastrophal entwickelnde Schulnot im Ortsteil Köpenick betraf und die Genosse Loitzdorf begründete. Der starke Zugang beim jetzigen Einschulungstermin und die rapide Bevölkerungszunahme erfordert schleunigst neue Schulräume. Die Errichtung einer Sammelschule für vom Religionsunterricht befreite Kinder, für die etwa 400 Anmeldungen vorliegen, scheiterte schon jetzt an der Raumnot. Der Vertreter des Bezirksamts, Stadtrat Goh, stellte zwar Maßnahmen in Aussicht, aber es bleibt abzuwarten, ob dessen optimistische Auffassung sich erfüllen wird. — Eine zweite Anfrage unserer Fraktion betraf den Verkehr der Ausflügler an den Bahnhöfen, die Genosse Galle begründete. — Die Bezirksamtsvorlagen betr. Verkauf des Wassergrundstücks der Pabstwerft in Köpenick zum Preise von 400 000 M., die Festlegung von Bebauungs- und Fluchtlinienplänen im Wolfsgartengelände und an der Wiedorfer Straße, sowie Errichtung dreier Lehrerstellen an der Frauenschulklasse am Richard-Wager-Anzeum in Friedrichshagen, passierten debattelos das Plenum. Ebenso wurde ein Antrag unserer Fraktion auf Schaffung von Trinkgelegenheiten in den städtischen Anlagen einstimmig angenommen. Zwei Anträge der kommunistischen Fraktion und der Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Arbeiterverhältnisse auf der Baustelle der Firma Conrad in den Müggelbergen verollständigten die Tagesordnung.

Der Bezirksmiktvausschuß steht allen Partei- und Gewerkschaftsangehörigen zu Auskünften und Raterteilung zur Verfügung. Unsere Genossen werden gebeten, sich an folgende Adressen zu wenden: Ruben, Berlin W. 9, Köthener Straße 17, Tel.: Kurfürst 3374; Lange, Berlin N. 113, Ledermünder Straße 13; Gildemeister, Berlin N. 58, Griebenowstraße 14; Rost, Berlin RD. 55, Carmen-Engel-Straße 60; Meißner, Weihensee, Sedanstraße 67; Rossal, Berlin SW. 61, Wartenburgstraße 7; Bründel, Berlin S. 59, Fichtestraße 34.



April, April!

Guten Freunden am 1. April einen Bären aufzubinden, ist Alt-Berliner Brauch! Manch' herzlichliches Lachen ertönt, und kleine Verstimmungen sind leicht behoben durch die versöhnende

Joseetti Juno

Berlins meistgerauchte 48 Cigarette

Günstiges Konservens-Angebot

Brechbohnen	1/2-kg-Dose	0.75
Schnittbohnen	1/2-kg-Dose	0.75
Gemüse-Erbsen	1/2-kg-Dose	0.60
Joge. Erbsen	1/2-kg-Dose	0.90
Gemischtes Gemüse	1/2-kg-Dose	0.80
Pfasterlinge	1/2-kg-Dose	0.55
Calliorn. Stangenspargel	1/2-kg-Dose	1.00
Birnen	1/2 Frucht, weiß	0.90
ditto	1/2-kg-Dose	0.50
Apfelmas	1/2-kg-Dose	0.75
Pflaumen	1/2-kg-Dose	0.70

in den ca. **550** Filialen

Hermann MEYER & Co. A.G.

Der Kampf ums Brot.

Der ahnungslose Herr Schiele. - Roggenzoll als Brotsteuer.

Am 22. März wurde von den Parteien des Bürgerblocks der sozialdemokratische Antrag über die Suspendierung des Roggenzolls im Handelspolitischen Ausschuss niedergestimmt. Einen Tag später erschien in der Presse die mit Ungebuld erwartete Borratsstatistik des deutschen Landwirtschaftsrates für den Stichtag des 15. Februar. Der deutsche Landwirtschaftsrat hat diese Statistik volle zwei Wochen später herausgebracht als sonst, und lust einen Tag nach der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags. Ein Blick in diese neue Statistik genügt, um zu zeigen, daß hier eine bewußte Absicht vorgelegen hat, daß diese Statistik nicht eher veröffentlicht werden durfte, weil sie in jeder Zahl eine Befätigung der Befürchtungen liefert, auf denen der sozialdemokratische Antrag zur Sicherung der deutschen Brotversorgung sich aufbaute.

Vor der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag ist von der

agrarischen Presse ein heftiger Kampf geführt

worden, um glaubhaft zu machen, daß zur Versorgung der städtischen Bevölkerung nicht 350 000 Tonnen monatlich, sondern nur 250 000 Tonnen erforderlich sind. Was die „Deutsche Tageszeitung“ dabei gelegentlich ihren Lesern zu bieten wagt, zeigt folgende Zeile: „Wir gehen von der bekannten Tatsache aus, daß mehr als vier Pfund Brot gleich zwei Kilogramm pro Kopf und Woche heutzutage kaum verbraucht werden, da bekanntlich der Brotverbrauch gegenüber der Kriegszeit noch zurückgegangen ist, wo wir doch wöchentlich im Durchschnitt mit vier Pfund auskommen mußten.“ Ein Kommentar dürfte für jede Arbeiterhausfrau überflüssig sein. — Noch denkt aber die deutsche Bevölkerung nicht daran, freiwillig den Hungerriemen enger zu schnallen und sich von der Regierungstunf und Zolpolitik der Rechtsparteien

noch unter die Brotackion der Kriegsjahre und der Brotackte

herunterdrücken zu lassen. Vielmehr bietet die neue Borratsstatistik des deutschen Landwirtschaftsrates einen glänzenden Beweis dafür, daß der städtische Roggenbrotverbrauch in dem sozialdemokratischen Antrag mit 350 000 Tonnen monatlich durchaus richtig angelegt ist. Bereits anlässlich der vorigen Borratsstatistik konnte darauf hingewiesen werden, daß die gesamten Roggenvorräte der deutschen Landwirtschaft in den vier Wochen vom 15. Dezember bis zum 15. Januar um 315 000 Tonnen abgenommen haben. Nach der neuen Borratsstatistik ist in der Zeit vom 15. Januar bis zum 15. Februar abermals eine gewaltige Lücke in diese Bestände gerissen worden, da die verlässlichen Roggenbestände der Landwirtschaft in diesen vier Wochen um mehr als 360 000 Tonnen zurückgegangen sind, so daß der Gesamtbestand am 15. Februar nur noch etwa 700 000 Tonnen beträgt. Da seit dem Stichtag dieser neuesten Statistik heute bereits fünf Wochen verstrichen sind, so dürfte sich gegenwärtig in den Händen der Landwirtschaft höchstens noch 300 000 bis 350 000 Tonnen Roggen befinden, d. h., eine Menge, die kaum hinreicht, um den Bedarf der städtischen Bevölkerung für vier Wochen sicherzustellen. Dabei sind bis zur neuen Ernte immer noch vier Monate, in denen das deutsche Volk, ohne daß die Landwirtschaft noch Roggen zu verkaufen hat, fast völlig auf die Einfuhr von Auslande angewiesen ist.

Nun ist allerdings in der Rede, die der neue Reichsernährungsminister Schiele gegen den sozialdemokratischen Antrag gehalten hat, und ebenso in verschiedenen Artikeln der agrarischen Presse behauptet worden, daß die sozialdemokratischen Darstellungen unserer Brotversorgungslage lediglich die Bestände in den Händen der Landwirtschaft, nicht aber die Bestände des Handels und der Mühlenindustrie berücksichtigten. Natürlich sind diese Bestände in der sozialdemokratischen Berechnung nicht vergessen worden, es kann aber, wie wir glauben, mit Sicherheit angenommen werden, daß diese Bestände recht gering sind. Ein Beruhigungsartikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ geht davon aus, daß wir aus dem Erntejahr 1925/26 in das jetzt laufende Erntejahr mit einem Vorrat von einer halben Million Tonnen hineingegangen seien. Der Reichsernährungsminister Schiele rechnete in seiner Entgegnung zum sozialdemokratischen Antrag sogar mit einem Vorrat von 800 000 Tonnen.

Diese Annahmen müssen als vollkommen phantastisch

bewertet werden. Aus der Statistik des Deutschen Außenhandels geht hervor, daß trotz der reichen Roggenernte des Jahres 1925 die Vorräte in den letzten Monaten des Verbrauchsjahres 1925/26 ziemlich aufgezehrt waren, da wir in den letzten Monaten dieses Jahres bereits gezwungen waren, die Einfuhr aus dem Auslande zur Versorgung mit heranzuziehen. Während wir in den Herbst- und Wintermonaten des betreffenden Jahres einen erheblichen Ausfuhrüberschuss gehabt hatten, hörte der Ausfuhrüberschuss im April und Mai vollkommen auf, um einem Einfuhrüberschuss Platz zu machen,

der von Monat zu Monat stieg und im August einen Monatsbetrag von etwa 50 000 Tonnen erreichte. Die vorjährigen trüben Erfahrungen des Handels und der Mühlenindustrie mit der „Vorversorgung“ lassen es vollkommen ausgeschlossen erscheinen, daß diese Einfuhr aus dem Auslande vorgenommen wäre, wenn wir noch Bestände aus eigener Ernte in erheblichem Umfange gehabt hätten.

Weiter ist es auch vollkommen unwahrscheinlich, daß der Handel oder die Mühlenindustrie in dem jetzt laufenden Erntejahr irgend wann Gelegenheit gehabt hätten, von der Landwirtschaft größere Vorräte über den laufenden Konsumbedarf der städtischen Bevölkerung hinaus zu übernehmen. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt noch in ihrem Wochenbericht vom 2. Februar 1927, d. h. einen Tag vor dem Bekanntwerden des sozialdemokratischen Antrags: „In Roggen ist die Situation eine andere. Die deutschen Bestände sind äußerst klein.“ Das muß als die

letzte ernste und ungefärbte Aeußerung

der „Tageszeitung“ zur Frage der Bestände betrachtet werden; denn seit dem Bekanntwerden unseres Antrags wird jeder Bericht planmäßig gefärbt. Nur gelegentlich einer Polemik gegen den Abgeordneten Getheln über dessen Annahme, daß die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft noch über größere Bestände verfüge, entschlüpfte der „Deutschen Tageszeitung“ noch einmal folgendes unfreiwillige Eingeständnis der wirklichen Lage: „Jeder, der halbwegs mit der Materie vertraut ist, ob er nun der Gesellschaft nahe steht oder ihr Gegner ist, weiß, daß gerade das Gegenteil den Tatsachen entspricht, und daß die Gesellschaft über so gut wie keine Bestände verfügt, weil in diesem Jahre keine Gelegenheit zu deren Ansammeln gegeben war.“ Daß in diesem Erntejahr, wo für die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft „keine Gelegenheit zum Ansammeln von Beständen gegeben war“, der private Handel größere Bestände hätte ansammeln können, wird uns niemand einreden können. Wie völlig unmöglich es war, in diesem Jahr an irgend einer Stelle Roggenbestände anzusammeln oder zu halten, geht auch aus der Tatsache hervor, daß der höchstbetrag, den die lombardierten Getreidemengen in diesem Jahre jemals erreicht haben, so gering war, daß er selbst nach der Verbrauchsrechnung der „Deutschen Tageszeitung“ für die Versorgung der städtischen Bevölkerung nicht einmal für einen Tag ausgereicht haben würde. Unter diesen Umständen muß es als ein geradezu verbrechertisches Spiel bezeichnet werden, wenn von der agrarischen Presse die von der Sozialdemokratie rechtzeitig vorausgesehene Roggennot immer wieder abgeleugnet wird und wenn sich die Regierungsparteien einschlechtig des Zentrums einsach auf die Behauptung von Herrn Schiele berufen, die deutsche Brotversorgung bis zur neuen Ernte sei gesichert.

Wie schlecht beraten Herr Schiele

bei den Zahlenangaben seiner Etatsrede war, ergibt sich außerdem aus seinem Versprechen, daß wir noch mit einem gewissen Vorrat in das neue Erntejahr hineingelangen würden. Solchen überhöchlichen Optimismus hätten dem Minister die monatlichen Nachweisungen des Statistischen Reichsamtes über den auswärtigen Handel verbieten müssen, die Monat für Monat auch von der Seite des Außenhandels her unsere Versorgungslage zu kontrollieren gestatten. Diese amtliche Statistik, die man nicht wie die Interessentenstatistik des Deutschen Landwirtschaftsrates einfach auf ein paar Wochen zurückstellen kann, wenn sie un bequem zu werden droht, beweist nun aber mit aller Deutlichkeit die Unkenntnis des Herrn Volksernährungsministers. An dem Tage, an dem Herr Schiele dem deutschen Volke das optimistische Versprechen gab, daß es noch mit einem gewissen Roggenüberschuss aus diesem Versorgungsjahre herausgehen würde, waren die Inlandsvorräte bereits so stark verringert, daß wir zur Brotversorgung der Volksmassen die Hilfe des Auslandes in Anspruch nehmen mußten. Nach den Nachweisungen des Statistischen Amtes hatten wir bereits im Februar einen Einfuhrüberschuss von rund 40 000 Tonnen Roggen aufzuweisen.

Die Roggennot ist damit keine Prophezeiung mehr, sondern bittere Wirklichkeit geworden.

Bereits jetzt, im März, ist der Zustand erreicht, den die Sozialdemokratie Anfang Februar genau für diesen Zeitpunkt vorausgesagt hatte: Die deutsche Landwirtschaft hat nichts mehr zu verkaufen, und die städtische Bevölkerung muß ihren Brotbedarf in wöchentlich wachsender Maße, und nur zu bald ganz ausschließlich aus dem Auslande decken. Unentwegt aber wird von den agrarischen Parteien unter Assistenz der Arbeitervertreter des Zentrums der Roggenzoll aufrecht erhalten, obwohl die Landwirtschaft nichts mehr zu verkaufen hat und ein deutsches Produkt, das zu schätzen wäre, in den Händen der Produzenten gar nicht mehr vorhanden ist. Der Roggenzoll ist zum reinen Finanzzoll geworden und soll nach dem Willen der Regierungsparteien von deutschen Volke mehr als vier Monate bis zur neuen Ernte ertragen werden.

Die Sozialdemokratie hat auf Grund des Wahlergebnisses in der letzten Reichstagswahl nicht die Macht, diesen volkswirtschaftlichen Unfuh und diese sinnlose Brutalität zu verhindern. Sie kann den agrarischen Parteien und den bürgerlichen Parteien, die in dem neuen Besitzbürgerblock im Fahrwasser der Agrarier segeln, aber das Versprechen geben, daß diese vier Monate, in denen trotz Arbeitslosigkeit und Massenelendes der Roggenzoll nicht als Schutzzoll, sondern als Brotsteuer gezahlt werden muß, dem Gedächtnis der deutschen Arbeiterschaft unvergänglich eingepägt bleiben werden.

Beleihungsgrenze für Wohnhausneubauten erhöht.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, erklärt sich der preussische Minister für Volkswohlfahrt mit einer Erhöhung der Beleihungsgrenze für Wohnungsneubauten einverstanden. Die Stadtkassen sollen künftighin erstklassige Beleihungen für Wohnungsneubauten, für die eine kommunale Bürgschaft schwerlich jemals erforderlich sein wird, bis zur Höhe von 40 Proz. der Bau- und Bodenkosten gewähren dürfen. Soweit zweiklassige Beleihungen in Frage kommen, sollen, wenn die betreffende Gemeinde die selbstschuldnerische Bürgschaft übernimmt, Beleihungen bis zur Höhe von 60 Proz. der Bau- und Bodenkosten gewährt werden. An der jahungsmäßigen Verpflichtung der Stadtkassen, bei der Feststellung des Beleihungswertes und der jahungsmäßigen Beleihungsgrenze nur die dauernden Eigenschaften des Grundstücks und den Ertrag zu berücksichtigen, der nachhaltig zu erzielen ist, wird durch den Kundentisch nichts geändert.

Der Märzindex für die Lebenshaltungskosten. Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats März mit 144,9 gegenüber dem Vormonat (145,4) um 0,5 Proz. zurückgegangen. Dieser Rückgang ist im wesentlichen auf eine Senkung der Ernährungsausgaben zurückzuführen. Hier haben bei steigenden Gemüse- und Kartoffelpreisen die Preise für Fleisch und vor allem in erheblichem Ausmaß die Preise für Eier nachgegeben. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 gleich 100) für Ernährung 151,2, für Wohnung 104,9, für Heizung und Beleuchtung 144,6, für Bekleidung 156,4, für den „Sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 182,2.

Fusion von Bau- und Terraingesellschaften. Der Heilmann und Litzmann-Konzern schreitet jetzt zum betrieblichen und finanziellen Zusammenschluß aller ihm schon bisher nachstehenden Unternehmungen. In der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft wird die Heilmann und Litzmann G. m. b. H., München-Berlin, und die Pauland Groß-Berlin A. G. aufgehen. Außerdem hat der Konzern durch den Neuerwerb eines Aktienpaketes der Bayerischen Terrain-A. G. ihren bisherigen Besitz zur Aktienmajorität erweitert. Ebenso wird sie mit 75 Proz. die Majorität der Münchener Allgemeinen Terrain-Gesellschaft zu Zwecken der Fusion erwerben. Zum Zusammenschluß dieser fünf Gesellschaften, die in München und Berlin einen zum großen Teil bereits bebauten Grundbesitz von etwa 1400 Morgen vereinigen, wird das Aktienkapital der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft von 5 bis zu 14 1/2 Millionen erhöht werden. Damit vollständig sich, nur in größerem Maßstabe, im Heilmann-Konzern derselbe Vorgang, der im vorigen Jahre im Berliner Sommerfeld-Konzern zu verzeichnen war.

Gute Gewinne in der Ost- und Ostlufthafenfabrikation. Zum Interessenskreis der Deutschen Bank gehört auch die F. Thörl's Vereinigte Harburger Delfabriken A. G., die allerdings im Gegensatz zu anderen Interessen der Deutschen Bank rentabel ist. Für seine zahlreichen Fabriken am Hamburger Hafen, in denen über 2300 Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden, und für das Kapital von 14 Millionen Mark schlägt die Aufsichtsratsführung des Konzerns der Generalversammlung eine Dividende von 6 Proz. vor, nachdem im Vorjahre nur 4 Proz. verteilt wurden. Der Reingewinn hat sich von 0,68 auf 1,04 Millionen Mark erhöht.

Der schlechte Eindruck bei den Massen! Die Portland-Zementwerk Schwanebeck A. G., Halberstadt, hat auf ihr Aktienkapital von 1,28 Millionen 9 Proz. Dividende verteilt und darüber hinaus noch kräftig mehr verdient. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates erklärte zum Geschäftsbericht aber, daß er trotz der zutage tretenden Gewinne ein Gegner hoher Dividenden sei und zwar zur Stärkung des finanziellen Unterbaues des Unternehmens und wegen des schlechten Eindrucks auf die Massen. Man kann das diesem vorsichtigen Manne, der sich grundbänglich gar als ein Freund hoher Löhne bekennen wollte, recht gut nachfühlen.

Rußlands Interesse an der Wolgograd A. G. scheint durch deren Beschluß, die Geschäftsaufficht zu beantragen, sofort lebendiger geworden zu sein. Rußland hat nicht nur, wie wir bereits gemeldet haben, die am 31. März fälligen Bezüge der Wolgograd bis auf weiteres verlängert, sondern auch unverzügliche Verhandlungen über eine Reorganisation des Konzessionsunternehmens verlangt. Ein Mitglied des Aufsichtsrates hat sich für die Verhandlungen sofort nach Moskau begeben.

Zu den Festtagen besonders günstige Angebote!

Kleidung für Straße, Auto-, Motorrad-, Wander- und Wassersport!

- Frühjahrsulster glatte und gestreifte habachtartige Stoffe 42.-
- Herrenpaletot a. merino Cheviot 5.-, 7.-, 9.-, 11.-, 13.- 42.-
- Sportpaletot Sportulster, best. Qual. 91, 75, 60, 55.- 50.-
- Herrenulster gemusterte Cheviot, fe. glatte u. ab r. mit Gürtel 75.-, 70.-, 65.- 60.-
- Herrenulster maßgef. Krag. Schillerei u. Maßform aus o. streichm. Stoffen 80.-
- Dam.-Frühjahrsmänt. vorzügl. in d. gefärbten Formen 36.-
- Damen-Rippmäntel Ribtricot, mit sportl. Blende 43.-

- Herrengummimäntel über, Coorcoat, Dorego je n. d. Qual. u. Art 20.-, 24.-, 28.-, 32.-, 36.- 10.50
- Damengummimäntel aus Ribtricot, Co. ordie, Popeline, versch. gemustert, je nach Qual. und Art 20.-, 24.-, 28.-, 32.-, 36.- 14.50
- Sabardinemäntel impr. Wollgard na. Schillerei und Ulster, je nach Art 30.-, 34.-, 38.- 58.-
- Eodenmäntel für Damen und Herren, Impreg. et. versch. d. Formen 33.-, 37.-, 41.- 18.-
- Windjaden aus impr. Stoffen für Damen 12.-, für Herren von 6.75, Bänglinge 6.25, Knaben von 5.- 5.75

- Sattoanzüge aus gemust. Stoffen 75.-, 80.-, 85.-, 90.- 24.-
- Eodensportanzüge mit Westchen od. lang. Hosen 30.-, 34.- 24.-
- Sportanzüge aus gemust. Stoffen 68.-, 72.-, 76.-, 80.- 24.-
- Manchesterportanzüge versch. Farben, kurz od. lang. Hosen 30.-
- Sportanzüge 4 teill. mit Knittdreher, Westchen oder langer Hosen 85.-, 72.-, 68.-, 55.- 45.-
- Herren-Lederportanzüge Braun von 55.-, schwarz von 60.- 59.-
- Damen-Lederportanzüge braun, elegant verarbeitet 115.-

- Motorradkombination aus impr. Stoffen in Selbstschuß 21.-
- Ruderjackett blau Cheviot 33.-
- Deltumäntel 18.-, Deltumäntel 18.-, Deltumäntel 18.- 12.-
- Nachtfluganzüge 60.-
- Jünglingsulster gemusterte Cheviot 24.-
- Knabenulster gefärbte Formen, Größe 0 12.-
- Chauffeuranzüge grau und maßgef. each 73.-, 51.- 30.-
- Chauffeurmäntel versch. d. Stoffe 85.-, 80.-, 75.-, 70.- 59.-

Baer Sohn AG

Berlin N 4. nur Chausseestr. 29/30 # UNTERGR.-BAHN: STETTINER BAHNHOF



Unsere Minna

hat's entdeckt, weshalb der Kuchen so gut schmeckt:

Das liegt am Mondamin

Darum 2 goldene Backregeln:

1. Man nehme zum Kuchenbacken statt 1 Pfd. Mehl ein für allemal nur $\frac{3}{4}$ Pfd. Mehl und $\frac{1}{4}$ Pfd. Mondamin. Dann wird der Kuchen zarter, lockerer und leckerer, dabei aber billiger, weil man weniger Eier und Butter braucht!
2. Vor dem Anrühren ist das Mehl, nachdem man es mit dem Mondamin vermischt hat, mehrmals durchzusieben!

Das Paket Mondamin (niemals lose) kostet 55 Pfg.

**Hausfrauen, denkt daran:
„Mondamin verfeinert Mehl!“**



Der gewissenhafte Kaufmann

empfiehlt nur die Feinkost-Margarine „Blauband, frisch gekirrt“, weil sie am besten schmeckt, ausgiebig und rein ist und die verbreitetste, also auch frischeste von allen ist.

$\frac{1}{2}$ Pfd. 50 Pfennig



Am Donnerstag, dem 21. März 1927, entschlief im Alter von 52 Jahren infolge eines Schlaganfalls unerwartet schnell unser lieber, treuer Kollege, der Redakteur des „Kupferschmied“ und langjährige erste Vorsitzende des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands

Max Hecht

In aufrichtiger Trauer um den gewissenhaften Leiter unserer Organisation und den pflichtbewussten und eifrigen Mitkämpfer auf allen Gebieten der allgemeinen Arbeiterbewegung zeigt dies hiermit an

Der Vorstand
des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands
Berlin N 58, Greifenhagener Str. 57

Die Beerdigung findet am Montag, dem 4. April, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, auf dem Zentralfriedhof Lichtenberg-Friedrichsfelde statt.

In der Nacht zum 30. März verschied ganz plötzlich unser verehrter Seniorchef, Herr
Bernhard Koehler
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Arbeiter der Firma Bernhard Koehler.

Inferieren
bringt ERFOLG!

Billigste Hauswäsche Bequem Elegant

van Heusen
Der
HALBSTEIFE KRAGEN

Deutsches Fabrikat D.R.P. Überall zu haben

Auf **Teilzahlung** bei bequemsten Wochen- od. Monatsraten liefern eleganten **Maß-Anzug oder Ulster** aus reinwillenen Stoffen in den neuesten Dessins von M. 110.- an. **Fertige Anzüge** aus guten haltbaren Stoffen eigene Herstellung von M. 36.- an. **Frühjahrs-Ulster** Gabardine mit karierter Abselste M. 58.-

Treppe nur

Ziehung 12. u. 13. April
Geld-Lotterie
f. d. Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen
4866 Gewinne u. 1 Prämie = Mark

130 000
75 000
50 000
25 000
10 000

Lose zu M. 3. Porto u. Liste empfiehlt und versendet
Heinz Lotterie-Einnahme
Berlin W8, Friedrichstr. 88
zwisch. Behrenstr. u. Unt. d. Linden
Postcheckkonto: Berlin 40221.

Am 21. März verschied nach kurzer Krankheit infolge Schlaganfalls mein lieber Mann, unser treuherziger Vater, der Chemiefabrikant und Stadtratsmitglied
Max Hecht
im Alter von 52 Jahren.
In tiefer Trauer
Luisa Hecht und Kinder
Berlin-Weißensee, Heimgartenstr. 66
Die Beerdigung findet am Montag, dem 4. April, nachm. 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, auf dem Zentralfriedhof Lichtenberg-Friedrichsfelde statt.

Mal- u. Zeichen-Bedarf
L. Juergens
Alexanderplatz

Ziehung am 12. und 13. April
4866 Gewinne im Betrage von

Geld-Lotterie
zu Gunsten der
Kriegs-Hinterbliebenen
Lose 3.- Rm.
Porto und Liste 30 Pf. extra.

5 Lose verteilt auf 17.100.000
einzelne Lose 15.- Rm.
empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme

Rm. **130 000**
Höchstgewinn Rm. **75 000**
1. Hauptgewinn Rm. **50 000**
Eine Prämie Rm. **25 000**
usw. usw.

H.C. Kröger A. G. Berlin W8
Bankgeschäft Friedrich-str. 192/93
u. d. Leipziger Str.

Postcheckkonto Berlin 215 / Drahtrede: Goldquelle / Fernspr.: Merkur 2233 u. 4135

Nur in der
Maßschneiderei
J. Kurzberg
Oranienstraße 160. I.
und
Chausseestraße 1 Eingang Eisasser Str. 1.

Reinigen Sie zum Frühjahr Ihr Blut mit
„Waldflora“ Nr. 0

Verkauf in Apotheken u. Drogerien.
Druckschriften erhalten Sie dort kostenlos.

Beleuchtungskörper
Gegen **12** Monats-Raten

Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Dauerfixierung im Reichstag.

Sozialdemokratie und Steuermoral. — Fortsetzung der Finanzdebatte.

Im weiteren Verlauf der Reichstagsfixierung wird die Haushaltsberatung beim Etat des Reichsfinanzministeriums fortgesetzt.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.)

geht davon aus, daß die Grundlage für jede gesunde Entwicklung eines Staats eine geordnete Finanzpolitik ist. Von dem vorliegenden Etat kann man aber nicht behaupten, daß er diesen Anforderungen entspricht. Es hat sich zuletzt darum gehandelt, das Defizit von rund 1/2 Milliarden zu decken. Die Regierungsparteien haben sich dabei nicht geschert, eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Ausgaben zu streichen, dabei laßt sich noch eine bedeutliche Lücke, denn noch sind die Ausgaben für Lohn- und Gehaltssteigerungen zu decken, die durch die Erhöhung der Mieten notwendig sein werden. Wir haben jetzt einen Rückgang der Umsatz- und Lohnsteuer zu verzeichnen, dafür aber eine dauernde Steigerung der Massensteuern.

Aus den Massensteuern kommt jetzt einmal soviet ein, wie aus den Besitzsteuern. (Hört! hört! bei den Soz.) Immer deutlicher zeigt sich, daß die Hauptlasten die minderbemittelten Kreise zu tragen haben, dazu kommt noch die steigende Belastung durch die Zölle.

Eine Familie von fünf Köpfen zahlt jetzt an Verbrauchssteuern 71 M. im Jahre, davon 15 M. für Zuckersteuer, dazu kommen noch die Leistungen für Lohnsteuer, Mietsteuer usw. Die Sozialdemokratie verlangt deshalb die stärkere Heranziehung der reicheren Klassen zu den Steuerlasten und eine entsprechende Erleichterung für die minderbemittelten Volksteile.

Wir fordern also die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer, den Ausbau der Vermögensbesteuerung, die Verschärfung der Erbschaftsteuer und der Kapitalverkehrssteuer, die Besteuerung nach dem Verbrauch.

Das Mißverhältnis in der Besteuerung zwischen Stadt und Land ist zu einem wahren Skandal geworden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Redner zeigt an einigen Beispielen aus dem agrarischen Ostpreußen, in welcher skandalösen Weise sich der große Grundbesitz seiner Steuerpflicht zu entziehen vermag und das wird noch durch die landwirtschaftlichen Organisationen, in Bayern sogar durch die amtlichen Bauernkammern gefördert. (Hört! hört! bei den Soz.) Wir wissen, daß ein Unterschied besteht zwischen der Steuerleistung von Stadt und Land, aber wir wollen nicht, daß dieses Verhältnis zugunsten der industriellen Bevölkerung noch weiter verschlechtert wird. Das heutige Bewertungsverfahren hat nicht den geringsten Wert. Ist das Reichsfinanzministerium gewillt, diese Steuerabotage noch weitergehen zu lassen? Wir müssen endlich zu einer besseren Erfassung der leistungsfähigen Kreise kommen, um die weniger bemittelten Schichten entlasten zu können. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Aber nicht nur die gesetzlichen Vorschriften sind unzulänglich, sondern auch ihre Anwendung durch die Finanzverwaltung. Durch den Abbau bei den Finanzämtern ist der größte Schaden angerichtet worden, mit der Arbeitskraft der verbliebenen Beamten ist geradezu Raubbau getrieben worden. Dazu kommt die komplizierte Gesetzgebung und die Fälle von Verordnungen, die die Arbeit der Beamten und Angestellten bei den Finanzämtern vielfach geradezu zum Martyrium gemacht haben. In Bayern sind sogar die aus Norddeutschland dorthin versetzten Beamten gesellschaftlich boykottiert, die Arbeit ist ihnen durch das Verhalten des ausgehegten Publikums noch mehr erschwert worden. Der bayerische Abgeordnete Schlittenbauer hat auf die unerblickliche preussische „Steuerverwaltung“ geschimpft, aber man hat dabei verschwiegen, daß Bayern früher die teuerste Steuerverwaltung hatte, mit 58 verschiedenen Steuerarten.

Die angestrengteste Arbeit der Beamten konnte doch nicht verhindern, daß sich die Steuerrückstände bergend an gesammelt haben, die Hälfte war gestundet worden, die andere Hälfte konnte noch nicht erledigt werden.

Wir verlangen deshalb eine Verbesserung der Verwaltung, daß diese Steuerrückstände eingeholt werden könnten, unter möglicher Schonung der kleinen Steuerzahler.

Der Ton zwischen Vorgesetzten und unteren Beamten ist leider nicht so, wie es wünschenswert wäre. Wir wünschen, daß in der Zulassung der Sekretäre ebenso verfahren wird wie bei der Postverwaltung. Den älteren Beamten muß die Möglichkeit gegeben werden, in den Innendienst überzutreten und dort vorwärts zu kommen. Leider sind unsere Bemühungen in dieser Richtung von den bürgerlichen Parteien durchkreuzt worden. Ganz entschieden wenden wir uns gegen das Ueberstundenwesen der Beamten und Angestellten, das angesichts der großen Erwerbslosigkeit geradezu ein Verbrechen an der arbeitenden Bevölkerung ist. Die Gehaltsverhältnisse besonders der Zeitangestellten

müssen verbessert werden. Unerböt ist es, daß der Leiter eines Finanzamts den Angestellten, die eine Erhöhung ihres Einkommens anstreben, erklärt, sie könnten sich nach anderen Stellen umsehen. (Hört! hört! bei den Soz.)

Der Redner führt zusammenfassend aus, daß nicht nur ein Ausbau der Steuererhebung, sondern auch eine Verbesserung der Steuerverwaltung herbeigeführt werden muß. Durch stärkere Organisation der Verwaltung müssen die Erträge gesteigert und dadurch die Steuerleistungen der breiten Massen der Bevölkerung erleichtert werden. Die Ueberlastung der Finanzämter muß beseitigt werden durch Wiedereinstellung von Personal. Die dadurch entstehenden Kosten werden aufgebracht durch die Erhöhung der Steuereingänge. Das heutige System hat eine schwere Benachteiligung der ehrlichen Steuerzahler zur Folge. Der Reichsfinanzminister darf jetzt nicht wieder bloße Versprechungen machen, sondern endlich eine durchgreifende Neuorganisation der Finanzorganisation durchführen. Die Steuerauschnitte haben sich gut bewährt, einzelne Finanzämter behandeln sie allerdings noch als Eindringlinge. Die Mitglieder der Steuerauschnitte müssen genaue Anweisungen darüber erhalten, wie weit ihre Rechte und ihre Pflichten gehen. Die Verteilung der Steuerleistungen muß nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit angenommen werden.

Die Sozialdemokratie steht demgegenüber unabänderlich auf dem Standpunkt, daß die Steuerhöhe des Reichs nicht angetastet werden darf.

Das Reich darf nicht nur Lastenträger, es muß auch Steuerzahler sein. Die Steuerhöhe ist die beste Klammer für die Reichseinheit, wir werden jeden Wunsch, diese Klammer zu lösen, mit der größten Entschiedenheit entgegen treten! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Gerde (Dnat.) wünscht einen Abbau der Aufgaben der Steuerverwaltung, um ihre Ueberlastung zu beseitigen. Außerdem sei auch eine Vermehrung der Beamten notwendig. Die jetzt 10 Proz. betragenden Zinsen für Steuerrückstände seien zu hoch, sie müßten abgebaut werden. Der Redner wendet sich gegen den Ausdruck „Steuerabotage“ in der Rede des Abg. Simon.

Abg. Dr. Schetter (Z.): Die Grundlagen der Steuererhebung und Steuerartikeln müßten möglichst wenig geändert werden, aber man könne eine noch größere Vereinfachung und Vereinheitlichung der Steuerformulare fordern. Die Termine müßten vermindert und in ländlichen Gegenden in bestimmte Orte verlegt werden. Steuerrückstände bis 1924 solle man niederschlagen.

Abg. Dr. Cremer (Ddp.) bezeichnet es als erfreulich, daß die unrentablen Industrieabteilungen des Reichs abgestoßen worden seien und daß die übrigen bei einem Anteilkapital von 120 Millionen eine Dividende von 7,2 Millionen für das abgelaufene Geschäftsjahr erwarten ließen.

Abg. Hölllein (Komm.) wirft dem neuen Reichsfinanzminister vor, daß er die Befehle von den trippelstütern Deutschenationalen entgegennehme.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verlangt energische Eintreibung der Steuerrückstände. Am besten sei es, zunächst einmal keine neuen Gesetze zu machen, sondern die nachgeordneten Stellen allein arbeiten zu lassen. Die Landwirtschaft müsse nach vereinfachten einheitlichen Systemen besteuert werden.

Die Zahl der Steuerdrückberger sei in den großen Industriezentren viel größer, als man gewöhnlich annehme, das gehe schon aus der großen Zahl derjenigen hervor, die auf Grund ihres Verbrauchs nachverlangt worden sind.

Der Redner begründet einen Antrag seiner Fraktion auf Einführung des dreijährigen Durchschnitts für die Einkommensteuerveranlagung.

Abg. Kollath (B. Vg.) beklagt sich über die zu hohe steuerliche Belastung des Mittelstandes. Nach weiteren Ausführungen des Abg. Horlacher (B. Vp.) nimmt das Wort

Reichsfinanzminister Dr. Köhler.

Er will das Jahr 1927 zu einem Jahr umfassender Reorganisation und Vereinfachung in der Finanzverwaltung machen. Diefem Zwecke diene die jetzt geforderte Vermehrung von Beamten bei den Finanzämtern, durch die auch die Eintreibung der Steuerrückstände bewirkt werden sollte. Das sei man den ehrlichen Steuerzahlern, aber auch den Lohn- und Gehaltsempfängern schuldig, die keine Möglichkeit hätten, mit der Steuerzahlung zurückzuhalten. (Sehr richtig! links.) Die Zahl der Finanzämter soll wesentlich verringert und einheitliche Veranlagung und Erhebung für das ganze Reich durchgeführt werden. Im allgemeinen könne man nicht sagen, daß der Verkehr zwischen Finanzämtern und Publikum gehoben werden müsse. Man solle doch nicht Einzelfälle verallgemeinern. Die Durchführung des Bewertungsgesetzes sei außerordentlich schwer gewesen, und in verschiedenen Gegenden Deutschlands seien Sabotageakte festgestellt worden, die zu Straf-

anträgen geführt haben. (Hört! hört! links.) An der Vernichtung der Existenz der Steuerträger habe die Finanzverwaltung kein Interesse. Die Buch- und Betriebsprüfung habe sich bewährt. Das Amt der Steuerauschnitteleiter bringe weniger Ehre als Verdruß. In der Zollverwaltung soll die Qualität der Beamten gehoben werden. Es solle keine mechanische und Abstrichpolitik getrieben werden, sondern auf die Wirtschaftslage des Reichs Stellung genommen werden.

Abg. Meier-Baden (Soz.):

Wenn von den minderbemittelten Kreisen verlangt wird, daß sie ihr Einkommen bis zum letzten Pfennig versteuern, so ist es nur ein Akt der Gerechtigkeit, daß auch gegenüber den bestehenden Kreisen Kontrollmaßnahmen durchgeführt werden. Der Buch- und Betriebsprüfungsdienst hat neben seiner mechanischen Aufgabe noch den Zweck, einen Ueberblick über die wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Steuerpflichtigen zu schaffen. Heute wird die Lastenverteilung zugunsten der breiten Massen des Volkes vorgenommen. Zu dem Buch- und Betriebsprüfungsdienst muß aber auch die

Offenlegung der Steuerlisten

treten, denn wir brauchen eine Stärkung des Steuerverantwortungsgefühls. Selbst der deutschnationale Finanzminister hat erklärt, daß die Steuermoral sehr zu wünschen übrig läßt, daher muß die öffentliche Kontrolle der Steuerleistung kommen. Die Steuerklärungen würden in unzähligen Fällen falsch abgefaßt. Sehr häufig ist es, daß nur ein Teil des tatsächlich erzielten Umsatzes zur Besteuerung angemeldet wird. Es bleibt also nur übrig, mit den stärksten Mitteln gegen die falsche Steuererklärung vorzugehen. Die Senkung des Zinsfußes bei Steuerrückständen hat dazu geführt, daß das Zurückhalten von Steuern noch zunahm. In einem Falle hat der Betriebsprüfungsdienst ergeben, daß

das Vermögen um 32 Millionen zu wenig angelegt

worden ist. Es ergibt sich aus alledem, daß die Steuerleistung der minderbemittelten Schichten turnhoch über der jener Kreise steht, die sich ständig über zu hohe Steuerlasten beklagen. Leider fehlt den Prüfern bei uns heute noch die unbedingt notwendige Bewegungsfreiheit. Den Gedanken Treuhändlersgesellschaften und ähnliche Einrichtungen für den Prüfungsdienst heranzuziehen, lehnen wir ab. Wenn die Reichsfinanzverwaltung den Buch- und Betriebsprüfungsdienst energisch ausbaut, dann wird sie auch höhere Steuererträge erzielen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Als letzte Rednerin des Tages spricht nach einer weiteren lebhaften Aussprache, in deren Verlauf Gen. Bölow noch einmal an Hand der Denkschrift auf den großen Umfang der Steuerabotage der Landwirtschaft hinwies, nach 10 Uhr abends

Frau Arning (Soz.)

Sie begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der verlangt, daß den ehemaligen Kriegsgefangenen die ihnen für ihre geleistete Arbeit zustehenden Guthaben von der deutschen Regierung ausbezahlt werden, ohne Rücksicht darauf, ob eine Rückvergütung durch die fremden Regierungen (wie sie von England schon ratenweise gezahlt worden ist) zu erlangen sei. Sie verweist darauf, daß die Verhältnisse bezüglich der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in Rußland völlig geklärt seien, da durch den Vertrag von Rapallo die gegenseitigen Forderungen gelöscht wurden. Die Entschädigungspflicht liege also in diesem Fall ganz bei der deutschen Regierung.

Vizepräsident Graef schlägt vor, in der morgen um 10 Uhr vormittags beginnenden Sitzung nicht nur die Etatsberatung fortzusetzen, sondern auch die zweite und dritte Lesung des Jünderholzperrgesetzes vorzunehmen.

Dagegen erhebt Abg. Heinig (Soz.) Widerspruch, weil es sich beim Jünderholzperrgesetz nur um die Interessen einer winzigen Minderheit handle.

Ein Versuch, eine Entscheidung durch Abstimmung herbeizuführen, scheitert an der Beschlussunfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Graef entscheidet nun entsprechend der Geschäftsordnung nach eigenem Ermessen, indem er das umstrittene Gesetz an die letzte Stelle der Tagesordnung setzt und versichert, daß die Etatsberatungen dadurch nicht gestört werden dürften.

Schluss der Sitzung 10,30 Uhr abends.

Gegen Wahlterror in Deutsch-Oesterreich durch Versammlungsstörung, Plakatabreihen usw., selbst gegen Besuch andersparteilicher Versammlungen, hat die sozialdemokratische Parteileitung eine sehr bestimmte Weisung an die Parteigenossen erlassen und dabei besonders auch auf die Landagitation hingewiesen, die durch häuerliche Revanche schwer behindert werden könnte. — Gerade recht zur Wahlkampagne ist der feinerzeit nach Ruda gereiste christlichsozialer Finanzminister Dr. Ahrer heimgekehrt, der in das Steirerbanpanama verwickelt war.

Verbot des „Westdeutschen Beobachters“. Die in Köln erscheinende nationalsozialistische Wochenchrift „Westdeutscher Beobachter“ ist vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz wegen Beschimpfung des Freistaates Preußen vom 27. März bis zum 26. Juni verboten worden.

MERCEDES



DAS HEM DER MERCEDES SCHUHE

Dauernd verbessert — dauernd verbilligt
In jeder Preislage etwas Besonderes

In Berlin: Friedrichstraße 61 / Leipziger Straße 77 (Dönhofplatz) / Potsdamer Straße 55
Turmstraße 55 / Große Frankfurter Straße 102 / Brunnenstraße 194

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Stufenungen für diese Rubrik sind Berlin SW 64, Lindenstraße 2.

1. Kreis Prenzlauer Berg. Abt. 24 bis 31: Vom Reichstafelberg Seeblinder, Rheinow Str. 4, sind sofort Raubfelle und Plakate abzuholen.

2. Kreis Friedrichshain. Bildungsanstalt: Die Abteilungen 25, 26, 27, 28 können Raubfelle und Plakate abholen vom Genossen Welle, Peterburger Platz 4.

3. Kreis Reinickendorf. Montag, 4. April, 7 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses Wittenau, Vortrag: „Das Gemeindefürsorgegesetz.“ Hierzu sind die Bürgerdeputierten, die Mitglieder der Wohlfahrtsvereine und sonstige kommunalpolitisch tätigen Genossinnen und Genossen eingeladen.

Heute, Freitag, 1. April:

124. Abt. Waidhofen. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Flugblätterverteilung abends 8 Uhr in den bekannten Lokalen, Nordbezirk bei Weidau, Jänicker Str. 40. Die übrigen Bezirke des Amtes, Bahnhofsstr. 37-39.

123. Abt. Riederstraße. Die Funktionäre holen sofort die Flugblätterblätter vom Genossen Amberg, Uhlendstr. 44, ab.

Morgen, Sonnabend, 2. April:

24. Abt. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich am Verkauf der Bannerweibe der Kameradschaft Genesenerplatz an dem Werbeausg. Amarsch abends 6 Uhr von Wittenbergstr. 23. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, von 6 bis 8 Uhr abends zu fliegen.

54. Abt. Charlottenburg. 8 Uhr bei Casper, Curdstr. 1. Verhandlungs- und Gruppenüberprüfung.

125. Abt. Weihenfeld. 7 1/2 Uhr veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend eine Bekehrungsversammlung. Referent: Stadtrat Wilhelm Reimann und Felix Jochenbach. Wir bitten, die Jugendlichen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Der Abteilungsleiter.

Frauenveranstaltungen.

54. Abt. Spandau. Heute, Freitag, 1. April, treffen sich die Genossinnen zur Rundgebung nachmittags 5 1/2 Uhr auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz in Schöneberg mit den Schöneberger Genossinnen, aber 6 1/2 Uhr auf dem Wittenbergplatz. Alle Frauen sind dazu eingeladen.

Kinderfreunde.

51. Abt. Reinickendorf. Kobbisplatz: Sonntag, 2. April, Fahrt nach Weihenfeld. Treffpunkt früh 8 Uhr Ecke Kobbis- und Berliner Straße. Fahrgehalt 20 Pf. Eltern sind willkommen.

Jungsozialisten.

Gruppe Mitte: Heute, Freitag, abends 8 Uhr, in der Schule Gipsstr. 24. 20 Minuten Referat. — Gruppe Wedding-Genossinnen: Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim des Lehingehaus am Brunnenplatz, Eingang Orfstr. 10, Ecken, Vortrag: „Religion und Sozialismus.“ Referent Franz Depunkt. Persönliches Erklären ist unbedingt notwendig. Gäste sind eingeladen. — Gruppe Reinickendorf: Sonnabend, 2. April, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Tege, Kobbisstr. 15. Beteiligung an der Mitgliederversammlung der SWJ. Referat und Aussprache: „Aufgaben der marxistischen Arbeiterbildung.“

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

55. Abt. Reinickendorf. Unter Genosse Ernst P. K., Pannierstr. 2, ist plötzlich verstorben. Die werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Beerdigung am Sonnabend, 2. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Neuen Jacobikirchhof. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet die Abteilungsleitung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Singkreis der SWJ. Der Singkreis beteiligt sich geschlossen an der offenen Singstunde unter Leitung von Fritz Jode am Sonntag, 4. April, 8 Uhr, in der Aula der Schule Weinmeisterstr. 15. Karten sind bis Sonnabend im Sekretariat zu haben (20 Pf.).

Karten- und Gegenstände. Alle Instrumentalisten, die ab Ostern Unterricht nehmen möchten, treffen sich am Sonnabend, 2. April, 7 1/2 Uhr, persönlich in den Räumen des Reichsausschusses für sozialistische Bildungszwecke, Lindenstr. 3, 1. Hof links, 3. Et. Anschließend Orchesterprobe für die Morgenfeier am Sonntag.

Karten „Ins Leben hinein“ müssen am Sonntag im Großen Schauspielhaus von den Abteilungen abgerechnet werden.

Anmeldungen zum Orchester müssen umgehend vorgenommen werden.

Heute, Freitag, 1. April, 7 1/2 Uhr:

Gesamtprobe für die Feier am 2. April heute abend 7 1/2 Uhr in der Aula der Schule Köpenick 66, Gefangenen, Orchester, Bewegungsgesang und Volkstänze müssen vollständig erscheinen.

Abteilungsmittgliederversammlungen.

Korb II: Jugendheim Danziger Str. 62. — Charlottenburg: Jugendheim Reinickendorf 4. — Bismarck-Schule Hochim-Friedrich-Str. 26. — Gips: Rathaus, Chausseest. 48. — Waidhofen: Jugendheim Köpenick 16. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 5. — Johannisthal: Rathaus. — Tege: Jugendheim Köpenicker Str. 15.

Korb I: Jugendheim Neus Rönigkstr. „Berliner Humor.“ — Stalensee: Biererei: Jugendheim Köpenick 61. — Centrum: Kreis Gewerkschaften? — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15. „Wohlfühl bis ich in der SWJ.“

Musikaufträge

Übergibt man nur dem Kommissar des Deutschen Musikvereins, Berlin, Kommandantenstr. 63/64, Dönhofs 2271-72. Geschäftstagszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Bestreuerbestell.

Kommunistenweg: Beteiligung an der Frühjahrsfeier in Oberschmeweide. — Riederstraße: Beteiligung an der Beerdigung in Pantow.

Genesener-Bezirk: Schulentlassungsfeier, verbunden mit Elternabend, 8 Uhr, Schulaula Danziger Str. 28. Die Parteigenossinnen und Parteigenossen der 24. und 28. Abt. sind herzlich eingeladen.

Riederstraße: Frühjahrsfeier im Bürgerpark, Oberschmeweide. Musik, Gesang usw.

Pantow: Beerdigung in der Aula des Gymnasiums Köpenick 42. Musik, Gesang, Rezitationen, Schattenspiele. Sprecher: Ehrent 30 Pf.

Werbebezirk Köpenick: Werbeausg. Treffpunkt 1/2 Uhr Unionsplatz. Anschließend Beerdigung in der Schulaula Waidenfehr. 20. Anfang 8 Uhr.

Werbebezirk Reinickendorf: Jugendheim Steinmehrer 114, Kopsenachabend mit den Eltern und der Partei. Thema: „Jugend und Partei.“

Weihenfeld: Große öffentliche Rundgebung „Jugend in Rot“ morgen, Sonnabend, 1/2 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums Weidenfelde. — Reinickendorf: gemeinsam mit den Kinderfreunden: Morgen, Sonnabend, 7 Uhr, in der Aula des Joha-Realgymnasiums, Marktstr. 2-3. Frühjahrsfeier. Programm: Musik, Rezitationen, Gesang, Vorträge, Spine aus „Wohlfühl“ usw.

Werbebezirk Reinickendorf: Morgen, Sonnabend, Demonstration durch Brig. Amarsch 7 Uhr Kranoldplatz.

Rundgebungen zum internationalen Frauentag

heute, Freitag, den 1. April:

7 1/2 Uhr, in den Spichernsälen, Charlottenburg, Spichernstr. 3. Referentinnen: Frau Lupahuska — Polen und Adele Schreiber.

Aumarsch der Frauen: Charlottenburg und westliche Vororte: Sammelplatz Wittenbergplatz 6 Uhr. Ab 6 Uhr Platzkonzert.

Spandau: 7 1/2 Uhr, Germaniastraße, Am Hauptbahnhof. Referentinnen: Gertrud Dubs, Schweiz und Marie Lunert, W. d. L.

Sonntag, den 3. April:

vorm. 11 1/2 Uhr, im Kristallpalast, Prinzenallee, Ecke Badstr. Referent: Frau Wajson — Belgien.

Aumarsch der Frauen: 3. Kreis, Wedding: Treffpunkt der 21., 22., 23. Abteilung vormittags 10 Uhr, Ecker, Ecke Köpenicker Str. — Abteilungen 17, 18, 20 vormittags 10 Uhr, Reitelbedplatz. — Abteilung 19 vormittags 10 Uhr, Prinzenallee 57. — Abteilungen 14, 15, 16 vormittags 10 Uhr, Straßburger Str., Ecke Brunnenstr.

2. Kreis, Tiergarten: Treffpunkt: vormittags 10 Uhr, Kleiner Tiergarten, Kriegerdenkmal.

19. Kreis, Pantow: Treffpunkt: vormittags 10 Uhr, Rathaus Pantow, Holländische Str., Ecke Prinzenallee.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seckauerstr. 57/58. Hof 2 Et. Sonnabend, 2. April, Kreuzberg: Frühjahrsfest des Tambourkorps in den Waidhofen, Bismarckstr. 41. Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 R. Tiergarten. Kameradschaft Danzig: 8 Uhr Familienabend, Spreeuferstraßen, Rosenhain: 8 Uhr Fest, bei Wille, Lindenallee 40. — Sonntag, 3. April, Ritter: Aumarsch nach Waidhofen. Antreten 8 Uhr Schloß, 2 Pf. mit Fahnen und Tambourkorps. Tiergarten: Valente 10 Uhr vormittags. Treptow (Kreis): Vorm. 7 Uhr Antreten zum Arbeitsdienst in Riederstraße, Ecke Brückenstraße. Später sind mitzubringen. Kameraden ohne Spaten treten dort auch an. Reinickendorf (Kreis): Nachm. 1 Uhr Antreten aller Kameraden Dorfstraße, Spandauer Straße, an der Endestraße, zum Propagandaausg. Von 2-3 Uhr Platzkonzert an der Schule Rönigkstraße. Plakatverteilung. Erscheinen aller aktiven und passiven Kameraden ermahnt.

Deutscher Alpenverein, Ortsgruppe Berlin, Freitag, 1. April, 8 Uhr, Rindlerstr. Berlin, Hofstraße, Dönhofs 2271-72. Gäste willkommen.

Berliner Junge-Kommunisten. Dienstag, 2. April, 8 Uhr, Restaurant Bismarck, Dorotheenstr. 56. Monatsfeier. Tagesordnung: Die Rennen am 17. April im Stadion Lichterberg und die Rennen auf der Grünwaldstrecke am 15. Mai. Gäste willkommen.

Volkskammer in Englisch, Französisch, Spanisch. Anfang April beginnen in der Sprachschule für Proletarier die neuen Abendkurse in Englisch, Französisch und Spanisch (sowohl für Anfänger ohne Vorkenntnisse als auch für Teilnehmer mit Vorkenntnissen). Der Unterricht soll wieder in verschiedenen Stadien abgehalten werden. Anmeldungen für alle Kurse möglich abends von 6 bis 8 Uhr in der Gemeindefschule Gipsstr. 24, Zimmer 18 (nahe Bahnhof Wale und Hagenplatz), schriftlich an die gleiche Adresse (Tel. Steinplatz 101 01).

Reichsbanner der Kreisgeschäftsstellen, Kreisleiter und Kreisreferentinnen, Ortsgruppe Korb I, Dienstag, 2. April, 8 Uhr, in den Unionsstraßen, Kreiswalder Str. 22, Versammlung. Wahl der Delegierten zum Bundestag.

Genossenschaftlicher Verein für Rechtsauskunft, s. B. Die Sprechstunden in den Rechtsauskunftsstellen Mitte, Tiergarten, Friedrichshain und Riederstraße sind vom 1. April an um einen Sprechtag, nämlich am Mittwoch, vermindert. Sprechstunden finden statt: Mitte: Montag, Mittwoch, Donnerstag von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr; Tiergarten: 66; Tiergarten: Dienstag, Mittwoch und Freitag von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr; Waidhofen: 108; Friedrichshain: Dienstag, Mittwoch und Freitag von 4 bis 7 Uhr; Waidhofen: 48; Riederstraße: Montag, Mittwoch und Donnerstag von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr; Waidhofen. In allen diesen Rechtsauskunftsstellen erhalten Kinderrentenbesitzer unentgeltlich und unparteiisch Rechtsauskunft und Rechtshilfe.

Sport.

Der Briefstabenpost. Die Groß-Berliner Reifervereinigung mit ihren 33 angeschlossenen Berliner Briefstabenzüchtervereinen hielt am Sonntag ihre diesjährige Frühjahrsversammlung ab und setzte in dieser für die Briefstaben ihrer Mitglieder nachstehend aufgeführten Reifepflanzen fest: Am 8. Mai Wustermarke 30 Kilometer; 15. Mai Reinickendorf 60 Kilometer; 18. Mai Reinickendorf 60 Kilometer; 22. Mai Binzelberg 120 Kilometer; 26. Mai Gardelegen 135 Kilometer; 5. Juni Dollberg 210 Kilometer; 19. Juni Witten in Westfalen 310 Kilometer; 3. Juli Benitz 410 Kilometer; 9. Juli Emmerich am Rhein 500 Kilometer; 17. Juli Hof van Holland 620 Kilometer. Für junge Tiere: 7. August Wustermarke 30 Kilometer; 14. August Groß-Beigny 45 Kilometer; 21. August Reinickendorf 60 Kilometer; 27. August Binzelberg 120 Kilometer; 4. September Gardelegen 135 Kilometer. Schon die kleinen Vortouren beweisen sehr oft, daß die Berliner Briefstaben ihre Stadt, bzw. ihren Schlag nur unter größten Anstrengungen finden. Berlin ist für Briefstaben ein schlechtes Reifegebiet. Dadurch, daß die Briefstabenvereine Berlins in den entferntesten Vororten zu finden sind, müssen die Berliner Briefstaben bis zum letzten Augenblick ihr Bestes hergeben, um den heimatischen Schlag zu erreichen. Über auch andere Gefahren stellen sich den Tieren entgegen. In welcher Stadt des Deutschen Reiches gibt es nicht Laubenzüchter, die keinem Verein angeschlossen sind, die den Briefstaben genau so gefährlich werden, wie Sperber oder Wanderfalken.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Wintergarten legt im April das Schwergewicht auf neue Summen und neue Ausführung der Darbietungen. Dies gilt durchweg ohne Ausnahme für das ganze Programm. Als ganz ausgezeichnet müssen die Leistungen der Ringier-Truppe bezeichnet werden, welche in der ungeschwungenen Art ihrer hochinteressanten feierlichen Darbietungen als das Beste genannt werden müssen, was seit Jahren aus Wien nach Europa importiert wurde. Jeden 1. bis 4. bei Adam ist vom Freitag, dem 1., bis Montag, dem 4. April, wieder weitestgehend Gelegenheit gegeben, die bekannt gute Adamsche Mischung für Herren, Damen, Knaben, Mädchen und Wobertitel zu niedrigen Preisen kaufen zu können.

„Ringierers“ Popularität kommt am besten in der Tatsache zum Ausdruck, daß immer und immer wieder die Bewohner solcher Stadtviertel, in denen die blauen Restaurants noch nicht vertreten sind, um Eröffnung eines solchen Restaurants bitten. In jüngster Vergangenheit hat „Ringier“ auch einen neuen Typ der blauen Restaurants geschaffen, indem er Alexanderstraße 55 einen „Ringiers Berliner Rind-Spezial-Ausgang“ eröffnet, mit dem auch ein Wurstverkauf der anerkannt vorzüglichen Wurstwaren aus eigener Fabrikation verbunden ist. Jetzt eröffnete „Ringier“ bereits wieder ein neues Restaurant in der Köpenicker Str. 2-3. Dieses ist ganz im Stil der alten „Ringiers“-Restaurants gehalten, nur daß man eben auch hier dem ganzen Restaurant ein schmackhaftes und modernes Gewand gegeben hat. In diesem neuesten „Ringier“ gibt es, wie in den alten Restaurants, die vielen verschiedenen Sorten Biers und die Küche liefert alles das, was die Berliner so gern bei „Ringier“ stets gefunden haben, noch dem alten Grundgedanken: „Das Beste nur bei denkbar billigsten Preisen.“

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Wechsel, meist härter bewölkt, vereinzelt Regen mit Niederschlägen, Temperaturen ohne größere Veränderung, trübe West- bis Nordwestwinde. — Für Deutschland: Im Osten wolfig und meist trocken, sonst streichweise Niederschläge bei härterer Bewölkung, im Osten noch etwas höhere Temperaturen.

Der Talisman

Deiner Sicherheit beim Autofahren ist der Reifen. Auf ihn kommt es an, ob Du gut und sicher fährst. Denke daran und wähle nur das Beste!

Fahr':

Continental

Reifen

„Fahr' Conti, und Du bleibst dabei!“



Kaiser's Fest-Kaffee

In Geschenkbeuteln

Mk. 3.20	3.60	4.00	4.20	4.40	4.60	4.80
----------	------	------	------	------	------	------

Kaiser's Kaffee 3.00, 2.80, 2.60, 2.40 per Pfd.

Unsere Sonderangebote

täglich bis zum Fest in allen Groß-Berliner Filialen

Kaiser's Kaffee in Geschenk Dosen	M. 4.00 per Pfund
Kaiser's Kaffee „Marke Kaffeekanne“	jetzt M. 1.55 per 1/2 Pfd.-Pak.
Kaiser's Kaffee Perl-Sorte „Ausnahme“	jetzt M. 1.15 per 1/2 Pfund
Kaiser's Kaffee „Wohlfelle Sorte“	M. 1.05 per 1/2 Pfund

über 1000 Filialen

KAISER'S KAFFEE GESCHÄFT

Der Eselschrei.

Von Georg Ewangeloff.

(Aus dem Russischen übertragen von Sascha Rosenthal.)
(Schluß)

2.

So stieß dieses gemessene, gemächliche Leben dahin, bis ein kleines Ereignis die Liebe der Müllerin störte.

Einst geschah es, daß der Müller zu Hause blieb und Jean mit dem Esel in den Kooperationsladen schickte. Jean war deswegen sehr betrübt und vor allem fürchtete er, es möchte sich wiederholen.

Er brachte das Mehl in den Laden, sortierte die Säcke und begab sich auf den Heimweg. Über unterwegs begegnete ihm der Schankwirt Peter, der Jean zu sich einlud, eine Flasche Wein mit ihm zu trinken. Den Esel banden sie an einen Baum und steckten ihm einen Arm voll Heu zu.

Auf die erste Flasche folgte eine zweite und als Jean die Schänke verließ, begann es bereits zu dunkeln.

O weh, mir wird's schlimm ergehen — dachte Jean voll Unruhe und trieb den Esel an.

Unterdes ging der Müller selbst in alle Vorratskammern, perwachte die Türen, schloß die Schieusen und ging ins Haus, wo bereits zum Abendessen gedeckt war.

„Unser Jean hat sich verspätet“ — sagte der Müller zu seiner Frau.

„Ja,“ entgegnete sie ruhig. „Was könnte geschehen sein?“

Der Müller paßte mit der Pfeife und fragte:

„Trinkt er nicht? Hast du nichts bemerkt, Frau?“

„O nein, er ist kein Trinker.“

Damit endete das Gespräch und nachdem das Abendbrot verzehrt war, schüttelte der Müller die Asche aus der Pfeife und streckte sich langsam und süß.

„Nun Frau, es ist wohl Zeit sich zur Ruhe zu legen. Wie?“

Die Müllerin murmelte unzufrieden, es sei noch zu früh zum Schlafen, doch ging sie gehorsam ins Schlafzimmer.

„Öffne das Fenster, es ist schwül,“ sagte der Müller, sich entfleischend.

„Gut, warte bis ich mich ausgekleidet habe, sonst scheint der Mond herein.“

Ins geöffnete Fenster blickte der Vollmond. Aus der Ferne läute Hundegebell herüber.

Der Müller drehte sich auf dem Bette um und lästerte der Frau jährlisch die Wangen.

„Und nun erzähle mir etwas...“

Die Müllerin wußte genau, was diese Worte zu bedeuten hatten und vor allem, was auf diese Worte folgen würde. Jeder hat seine eigene Weise, Leidenschaft auszudrücken, und voll Bangen dachte sie daran, wie schwer es zuweilen sei, die Frau eines bejahrten Mannes zu sein.

Plötzlich ließ sich inmitten der ungewöhnlichen Stille ein deutlicher langgedehnter Eselschrei vernehmen. Die Müllerin sprang eilig auf, doch dann, gleichsam sich besinnend, legte sie sich wieder nieder. Sie war gewohnt aufzuspringen, wenn sie diesen Schrei hörte, und daß sie nun mit ihrem Manne war, statt mit Jean, verurteilte ihr Widerwillen.

Verwundert fragte der Mann: „Was hast du? Weshalb bist du aufgesprungen?“

Die Frau schwieg.

„Rein, — sag mir, weshalb du aufgesprungen bist! Hast du den Schrei des Esels gehört? Wie? Hast du dich Jeans wegen beunruhigt? Ist er dein Geliebter? Ja? Gesteh!“

Mit vorquellenden Augen starrte die Müllerin ihren Mann an. „Du bist wahnsinnig geworden! Ich sollte die Geliebte unseres Arbeiters sein? Für wen hältst du mich?“

Doch der Spöttelien der Bauern gedenkend und gleichsam jetzt erst die Wahrheit begreifend, ließ der Müller nicht ab.

„Nichtsnutziger! Ja, weißt du denn, was ich mit dir tun werde? Ich werde dich mit Jean zusammenbinden und euch an die Mühlsteine fesseln. Ihr sollt Qualen leiden wie in der Hölle.“

Der Müller erhob sich vom Bette und ließ die Beine auf den Fußboden herab. Das Brüllen des Esels dauerte fort. Es schien, als ob der Esel die letzten Reste der Stimme aus sich herausquälte. Jetzt wurden Schritte auf der Treppe laut und Lichtstrahlen drangen durch den Türspalt. Es klopfte an die Tür.

„Bist du es?“ stieß höflich der Müller hervor.

„Ja, Herr, das bin ich,“ entgegnete mit verwirrter Stimme der Arbeiter. „Gib die Schlüssel, ich werde die Scheuern schließen.“

„Gut, warte auf mich, ich will dir zeigen, wie man die Scheuern schließen muß.“

Und sich vom Bette erhebend, trat der Bauer, bloß mit dem Hemde bekleidet, auf die Treppe hinaus.

Nach einer Minute vernahm die entsetzte Bäuerin Geschrei. Ihr Mann schlug den Jean.

„Gleich morgen will ich den Laugenichts davonjagen. Er ist betrunken und hält sich kaum auf den Beinen. Solche Vogabunden brauche ich nicht!“

„Der Esel...“ begann voll Unruhe die Müllerin, doch der Mann unterbrach sie:

„Was! Esel? Wiederhol, was du gesagt hast!“

„Nun ja, ich sage: der Esel. Weder du noch Jean haben daran gedacht ihn abzulassen, zu füttern und in den Stall zu bringen. Geh sofort und hol den Esel!“

Bei diesen Worten seiner Gattin beruhigte sich der Müller und ging hinunter.

Das erste, was der Müller am nächsten Morgen tat, war, daß er Jean wegjagte und sofort einen neuen Arbeiter besorgte, den er übrigens schon lange für den Fall einer Komplikation in Aussicht genommen hatte — den fünfzigjährigen Papa Maurice, einen in der Gemeinde wohlbekannten Schweinehirten, der sich durch außerordentliche Frömmigkeit auszeichnete.

Das Leben trat wieder in seine Rechte.

Die Müllerin begab sich der Müller mit dem Esel in den Kooperationsladen, doch Papa Maurice arbeitete in der Mühle.

Die arme Müllerin ertrug die Trennung ohne Murren. Doch wenn sie aus der Ferne den Schrei des halbmachenden Esels vernahm, ging sie nachdenklich ans Fenster und blickte ins Weite... Dieser Schrei erinnerte sie an vieles und über ihr dunkles, mehliges Gesicht flossen Tränen. Doch der Blick lächelte. Sühner als Rechtsgallensang war der Müllerin der Schrei ihres Esels.

Frau Ludendorff spricht.



Frau Ludendorff geb. v. Kemnitz: „Aus 1914 ist die Quersumme 15. Die Zahl 15 bedeutet Jehova. Deshalb hat Alljuda 1914 den Weltkrieg entfesselt. Das nächste Jahr mit der Quersumme 15 ist 1932...“
Der entsetzte Zuhörer: „Mir scheint die Quersumme aus Ludendorff und v. Kemnitz gleich Null zu sein!“

Siehe, ein Mensch!

Gedächtnisblatt für Heinrich Braun.

Von Alfred Fröhliche.

Ritten im schweigenden Winterabend des Riesengebirges, auf dem Wege zwischen beschneiten Tannen, deren Wipfel wie die Spitzen gotischer Kirchtürme in den bestirnten Himmel ragen, kam, schnell heranwachsend auf gleitenden Skiern, der Postbote mit dem Telegramm in den verkrampften Fingern: „Dr. Braun tot.“ Die Sonne ging hinter den Bergen auf, das Weiß der Färschen zu blendendem Licht verwandelnd, als ich zum Bahnhof schritt. Ungeheuren Schmerz im Herzen. Nichts sah ich von dem Land, das der D-Zug durchrauste. Er fuhr nicht schnell genug. Ihm wollte ich entgegen, zu ihm hin — dem Toten.

Aufgebahrt lag er in seinem Haus in Zehlendorf. Aus dem Garten, in dem unter hundertjährigen Eichen die Urnen mit der Asche seiner Frau Lily und seinem Sohn Otto ruhten, wehte kalter Abendwind ins Erkerzimmer. Und dort, auf dem Bett, lag er ausgestreckt, die Hände leicht über den Leib gefaltet — wie zu einem kurzen Schlaf. Ich hätte ihn, unermessliches Leid, währenden Schmerzes und Tränensturz bekämpfend, ansprechen mögen: „Lieber Doktor, stehen Sie doch auf!“ Jesus' Kraft habe ich mir gewünscht, um zu ihm sprechen zu können: „Ich sage Dir, stehe auf!“ Aber ach, da lag der Mensch, der liebe, gute, als Lotos. Das Antlitz voll edler Schönheit, friedevoll, gütig, in überirdischer Verkörperung. Die Augen waren geschlossen, und doch hatte mich der Tote angeblickt mit unvergleichlichem Gesicht, das ewig leuchtend vor mir stehen wird, meinem Geiste und meiner Seele zum Gewissen geworden für immer.

Unverlierbarer Freund und Kamerad bis zum eigenen Ende!

Als sein Leib eingedäschert wurde, war ich nicht zugegen. Treuen Freunden und denen, die ihn wahrhaft liebten, hatte er, mit der Macht des Lebenden, durch letzten Willen, allen Abschied vermehrt. Beethovens neunte Sinfonie erklang, als der Sarg herabfiel zum Feuer. Seine Gattin, die tapfere Lebensgefährtin seines letzten Lebensjahrzehnts, Julie Braun-Vogelstein, war allein bei ihm. —

Die Zeitungen hatten dem Toten Retrologe gewidmet. Die einen feierten ihn als den hervorragenden Redakteur, die anderen als Pionier der sozialen Gesetzgebung, die dritten als sozialdemokratischen Politiker, von dessen Gesinnung sie wohl wußten, den sie aber im letzten nie verstanden hatten — nach eigenem Einverständnis. Was war dieses Letzte? Das war sein unerhörtes, herrliches Menschentum, das geeignet ist, die Ehre einer ganzen verdorbenen Menschheit zu retten. Von ihm, von dem unvergleichlichen Menschentum Heinrich Brauns soll hier gesprochen werden. Einer will davon berichten, dem das Glück beschieden war, es erleben zu dürfen. Nicht zum Lobe, das gegen den Geist Heinrich Brauns unentzweifelbar verstoßen würde, soll von ihm Vortritt werden. Keiner der Welt soll gezeigt werden, zu welchem Werte es die Menschheit bringen kann, wenn sie es nur will. Doch es einfach im Menschenmöglichen liegt, dafür hat Heinrich Braun das lebendige Beispiel. Und gerade ich fühle mich zu dieser Vortritt besonders berufen. Warum? Weil ich nicht im geringsten in der Lage bin, über Heinrich Braun als Redakteur, Sozialpolitiker oder Sozialdemokrat zu sprechen, noch zu urteilen. Ich bin blutjung und habe bis jetzt von der überragenden Bedeutung seiner Rolle, die er im öffentlichen Leben spielte, wie man so sagt, nichts erfahren. Ich habe aber Gelegenheit gehabt, ihn schließlich als Menschen kennenzulernen — was ich als größtes Glück meines Lebens betrachte.

Als Mensch trat er mir in verschiedenen Gestalten entgegen: als Lebensretter, als Helfer, Berater, Freund und Vater. Und das, was er mir war, war er — letzten Endes — Unzähligen, wenn auch ein nicht geringer Teil das erst nach seinem Tode erfahren hat. Der Mensch, der Lily Braun und Otto Braun verloren hatte, zog keinen Vergleich, wenn er ging, andere aus der Not zu helfen. Er war der Mensch, der alle, die ehrlich strebten, als Bruder und Schwester ansah, die — als Opfer der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung — unverschuldet in Not geraten waren. Wenn sie an Leib und Seele gebrochen am Boden lagen, ging er zu ihnen hin. Er suchte sie Suchte, um helfen zu können. Er fragte die Glücklichen nach den Unglücklichen. Am liebsten ließ er seine Hilfe unter der Bedingung vermitteln, daß sein Name verschwiegen werde. Alle waren ihm schaffende Lebenskameraden, denen wortlos zu helfen, ihm Selbstverständlichkeit und Vergeltung war. So, wie es mir geschehen, ist es vielen, vielen geschehen. Nicht nur den Jungen, Begabten aus dem Proletariat. Nein: Gelehrten und Poeten, die Familiendrücker waren und hungrige Kinder hatten, verschaffte er mit seinem Geld — nur darum schätzte er seinen Besitz, um ihn zu vergeben — die materielle Existenz und rettete damit die Geister. Diente dem Geist, den uns Goethe verkündigte durch die Worte: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“ Und das war Heinrich Braun im klarsten, edelsten Sinne. Und nicht erzählt sei,

was er gab, sondern auch wie er es gab. Ich muß aus eigenen Erlebnissen schildern.

Vor drei Jahren war es. Mit gereifener Brust lag ich im Krankenhaus. Blut und wieder Blut brach ich. Keine durch die Kriegsernährung in den Jahren des Wachstums zu schwach entwickelten Lungen hatten die Hege, der ich als Journalist ausgekehrt war, nicht mehr ausgehalten: es war, als wären sie zu Behen geworden. Immer wieder brach ich Blut. Heinrich Braun hörte von mir durch andere. Eines Tages kam er ins Krankenhaus, begrüßte mich freudestrahelnd und legte das Buch Emile Coués über die Autosuggestion auf mein Bett. Und dann sagte er: „Jetzt haben Sie weiter nichts zu tun, als gesund zu werden, so schnell wie möglich — es darf aber Jahre dauern, wenn es so lange dauern muß. Die Kosten trage ich.“ So fing es an. Mein Weg zur Gesundung führte mich durch verschiedene Sanatorien, und eine lange Zeit, in der ich zu Hause war und nichts weiter tat, als meiner Gesundheit zu leben. Und so endete es: ich wurde gesund, durfte studieren und mich als Journalist ausbilden lassen. Unermüdlich war der „Lehr gelehrt Dr. Braun“, wie ich ihn in allen Briefen anredete. Bücherpakete, überraschende Geldsendungen, Telegramme, Rohrpostkarten, Telefongespräche, persönliche Zusammentreffen jagten sich manymal. Alles, alles tat er, um sein Sorgenkind über alle Klippen zu bringen. Wie er an mir handelte, handelte er an allen. Jedem war er immer der unvergleichliche Helfer. Enttäuscht lehnte er es ab, als ich ihm einmal nahelegte, mich doch während meiner Studienarbeiten zu kontrollieren. Er beschämte mich tief mit dem Vertrauen, das er zu mir, das er zu allen hatte. Wenn einer von Dank sprach, sagte er: „Danken Sie mir durch Arbeit.“ Ran dankte ihm, wenn man die Sendung erfüllte, die die seines Lebens war: ein guter, tätiger Mensch zu sein! Sich als gleichberechtigt fühlend stand er vor allen — als gleichberechtigt durfte jeder vor ihm stehen. Hatte er sich mit mir für 3 Uhr verabredet und kam er fünf Minuten später, entschuldigte er sich — nicht aus bloßer Höflichkeit. Einmal mußte ich erleben, daß der Siebzigjährige im strömenden Regen die Straßendampfen benützte, um zu seinem Ziel zu kommen, weil, wie er mir auf meinem Vorhalt sagte, er mir ja alles Geld für ein Auto gegeben hätte, damit ich schnell (weil es in meinem Interesse wichtig war!) und ohne Schaden (weil ich etwas leidend war!) zu meinem Ziel käme.

Im Hause des „Vorwärts“ ließ er auf einen sehr fröhlich aussehenden Journalisten. Da sagte er zu Friedrich Stampfer: „Dieser junge Mann mußte nach dem Süden. Wissen Sie, auf welche nicht verheerende Weise wir das Geld an ihn heranbringen können?“

Einmal brauchte er ein Sofa. Das in seinem Hause stehende wollte er nicht benutzen. Auf ihm hatte ein lieber Mensch mit dem Tode gerungen und war ihm unterlegen. Nun hatte er für das neue Sofa, das schon ausgelastet war, 300 Mark gespart. Da erhielt er von einem Professor einen Brief, worin dieser von einem Studenten schreibt, der vor dem Examen, aber durch Unterernährung auch vor dem vollständigen Zusammenbruch steht. Dieser Student erhält die 300 Mark! Beibe, Geber und Empfänger, kennen nicht ihre Namen. Um das Menschentum geht es. — Heinrich Braun war von keinem Menschen zu verlegen. Nur dem eigenen Gewissen beugte er sich. Kraft erwartete er von denen, die er liebte. So sagte er seiner geliebten Frau Lily in der Zeit ihres völligen materiellen Zusammenbruchs die Worte: „Solchen Menschen, welche mich etwas angehen, wünsche ich Beiden, Verlassenheit, ... Mißhandlungen, Entwürdigung, — ich wünsche, daß Ihnen... das Elend der Ueberwundenen nicht unbekannt bleibe: ich habe kein Mitleid mit Ihnen, weil ich Ihnen das einzige wünsche, was heute beweisen kann, ob einer Wert hat oder nicht, — daß er standhält.“

Stand hielt er selbst bis zum letzten Augenblick. Mit dem Tode hatte er schon oft gekämpft. Trotz schwerster Schicksalsschläge lebte er das Leben inbrünstig. Sein letzter Kampf war ein verzweifelter. Und dabei hatte er die innere Kraft behalten, sein Sierben der, die bei ihm war, seiner Frau Julie, leicht zu machen. „Recht die etwas, mein Engel?“ sagte der ersiehende Mann zu der Frau, die zusammengebrochen an seinem Bett saß. Und des Toten Gesicht offenbarte etwas ganz Wunderbares: Nach Kampf den Frieden, die Verklärtheit eines Menschen, dessen Leben ein Leben für die Liebe, für die Menschheit war.

Gepulchte Plastiken. Das Metallspritzverfahren des Züricher Erfinders R. U. Schoop hat eine neue Anwendungsmöglichkeit gefunden. Es lassen sich damit in ganz kurzer Zeit Nachbildungen von Plastiken erzielen, indem vom Original eine Gipsform abgenommen wird (meistens sind zwei nötig), diese mit einer Metallschicht bespritzt und die Metallschicht dann aus der Form herausgenommen wird. Sogenüber den bisherigen Verfahren des Gießens und der Gipsanoplastik bedeutet die Schoopsche Methode eine große Zeitersparnis. Auf einem anderen Gebiet macht sich dies noch mehr geltend. Mit demselben Verfahren lassen sich nämlich Galvanos (Druckstockpapiere) in etwa ein Fünftel der bisher gebräuchlichen Zeit anfertigen. Außerdem sind dabei individuelle Korrekturen möglich.

Dittmar Molkenmarkt 6 Herrenzimmer, 180er Eiche, 836 M. Spelzimmer, 200er Nußb., 1223 M. Schlafzimmer, 180er Schleif., 970 M. Besichtigung erbeten Möbel

Theater Lustspiele
 Staats-Theater
 Opernhaus
 a. Platz d. Republ.
 8 U.: Christoffeln
 Schauspielhaus
 8 U.: Ein besserer Herr
 Schiller-Theater
 8 Uhr: Kilian

Städtische Oper
 Charlottenburg
 7 1/2 Uhr:
Falstaff
 Abonn.-Turnus III.

Deutsches Theater
 Norden 10334-37
 8 U. Ende 11 U.
Der Arzt am Scheideweg

Kammerspiele
 Norden 10334-37
 8 Uhr: Ende 10 Uhr
Toni

Die Komödie
 Bismarck 2414, 2514
 8 Uhr, Ende 10 1/2 U.
Mannequins
 Dienstag, den 3.
 Nachtvorstellung
 11 Uhr
 Zum 1. Male:
 Revue: Was Sie wollen

SCALA
 Nollendorf 7300
 Heute 8 Uhr:
Premiere
 mit
8
 Varieté-Neuheiten
 und weiteren Internationalen Berühmtheiten

TAUENTZIEN PALAST

Rod. la. Rocque

EINE LUSTIGE SEERÄUBEREI

DER ROTE PIRAT

Vera Reynolds

JA, DER SONNENSCHHEIN...

IN DEM ROMAN EINES KLEINEN REVUE-MÄDELS

6 8 10

Heute Uraufführung.

Grau der moderne Bindschuh

12,50

ROMEO

NORDEN
 Chausseest. 22
 E. Invalidenstr.
 SCHÖNEBERG
 Hauptstr. 160 E. St. Lennebachstr.

OSTEN
 Frankfurter Allee 54
 E. Kreuzigerstr.
 WESTEN
 Linden 13

Theat. u. Hollendorfpf.
 Kurfürst 2091
 Heute geschlossen.
 Sonnabend, den 2.
 7 1/2 Uhr:
 Zum 1. Male:
Drei arme kleine Mädels
 Operette von Walter Kollo

Wendisch-Bühnen
 Th. Königstr. St.
 Hasenheide 2110
 Letzte Aufführungen!
 Bis einschl. Montag, 4. April.
 8 Uhr:
Die treue Nymphe
 Elisabeth Bergner
 Dienstag, Entschluß:
Die Schule v. Uznach

Homödeumhaus
 Norden 6304
 8 Uhr:
Das zweite Leben
 Robert, Christian, Richard, Rita

Metropoli-Theat.
 Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin

Thalia-Theater
 8 Uhr:
Der mutige Seefahrer

Wahlstr. - Theat.
 8 1/2. Wobersweg 15/17
Die von der Liebe leben!
 Die Spiel des Lebens für sich
 und ihre Liebe in 4 Akten.
 Sonntag
 2 Vorstellungen
 nachm. 4 u. abends
 8 1/2 Uhr.
 Jagdstr. 100a
Zentral-Theater
 Täglich 8 Uhr:
Der blonde Zigeuner
 Operette von Max Kralj.
 Altmann, Kien, Reinisch,
 Bert, Wilke, v. Lütz

Sally-Haus
 Dr. Künstler - Th.
 Richard Taylor, Rita Georg
 8. Der Zarawitsch

Lessing-Theater
 8 U.: Der Patriot
 Wagner, Korbner

Lustspielhaus
 8 1/2 Uhr:
 Gold Theater
 Horra - ein Junge

Volksbühne
 Theater am Bülowplatz
 8 Uhr
 Gewitter über Gottland
 Morgen 8 Uhr
 Gewitter über Gottland

Komische Oper
 Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Sünden der Welt
 Die weltstädtische
James-Klein-Revue
 Sonntags nachm. 1 Kind frei
 bei halben Preisen.
 Theaterkasse ab 10 Uhr vorverkauflos geöffnet.

CASINO-THEATER 8 Uhr:
 Nur noch bis 14. April!
Familie Habenichts!
 Ab 16. April: Eine neue lustige Poesie.
 Ourscheln: Paul, 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Wallner-Theater
 8 1/2 Uhr Der Operettenkönig
Küsse der Nacht
 in der

Theater im Admiralspalast
Premiere heute, 7 Uhr
 ab Sonnabend tägl. 8 1/2 Uhr
Gesamt-Gastspiel
Palace-Theaters, Paris
'Vive la femme!'
 (Hoch die Frau!)

Revue in 2 Akten, 35 Bildern
 1200 Kostüme, 100 Mitwirk.
**! Alle Dialoge !
 und Sketche
 in deutscher Sprache**

Zur gef. Beachtung!
 Sonntag, d. 3. er. nachm. 5 Uhr
 Die ganze Vorstellung in der
 Original-Abend-Besetzung zu
 halben Preisen.

Vorverkauf ausverkauft

ERIK CHARELL BRINGT

Wie einst im Mai
 mit
Alfred Braun, Camilla Spira
 Tägl. 8 Uhr. Sonntag: nachm. 8 Uhr
 angekündigt zu halben Preisen
 Grosses Schauspielhaus.

Wintergarten
 8 Uhr
 Variete
Garten
 Räuchen gestaffelt
 April 1927: Es ist kein Teil der
 beliebten neuen Progr.!

Zuckerkrank
 Fragen Sie Ihren Arzt Ob. A. Siegers Anti-
 diabetikum und verlangen Sie kostenlos
 diesbezüg. hochinteressante Schriften
 durch Fr. Löw, Walldorf 8 37 (Hessen).

Trianon-Theater
 Zum 25. Male:
 8 Uhr:
Max Adalbert
 in „Müllers“

Rose-Theater
 8 1/2 Uhr:
Die beiden Nachtigallen

Spritzpumpen
 zum Re-
 klame-
 preis
 v. 7 M. an
 ne selbst-
 anzufügen.
 Filialver-
 käufer
Krüger & Lohmann
 Pappelstr. 10a E. 11.
 Alexanderstr. 14
 1. Et. Nebst. Jannowitzplatz

Blumenspenden
 jeder Wert
 liefert preiswert
Paul Golletz
 vorm. Hotel Bayer
 Mariannenstraße 3.
 6de Raummitr.
 Kant. Receipt. 10002

Trabrennen Mariendorf
 Freitag, den 1. April 1927
 nachm. 2 1/2 Uhr

Reichshallen-Theater
 Allabendlich 8 U. Samstag nachm. 8 Uhr.
Stettiner Sänger
 (Meysel, Britton, Steidl usw.)
 Nachmittags: Halbe
 Preise, volles Programm

Dönhoff-Brett!
 Großes Frühlingfest
 Alle mit Tausenden von Stücken dekoriert

Unserem Gefeßen
Wilhelm Fröbel
 Waxenburger Straße 1/4
 zum 30-jährigen Parteijubiläum die
 herzlichsten Glückwünsche!
 Die 24. Abteilung

Ab 1. April d. J. befindet sich mein Bureau
 Berlin S 14, Alle Jakobstraße 52
 Telefon Merkur 8150
S. Hamburger
 Rechtsanwalt und Notar.

Wöch. Teilzahlung
Eleg. Herren- u. Damenmoden
 fertig und nach Maß
 zu außergewöhnlich billigen Preisen
 Garantie f. gutes Sitz u. gute Verarbeitung

Julius Fabian
 Maßschneiderei,
 Große Frankfurter Straße 37
 Kein Laden! Nur II. Etage!

Achtung!
Billiger Fleisch- und Wurstverkauf
 billig und gut
40 Thauerstraße 40

Leipziger Straße 60-61 Spittelmarkt Rosenthaler Platz Turmstraße 73 (Mosbit) Leipziger Straße 79 Dönhofsplatz

Aschingers Wurst-Verkauf

Die billigen Preise! Dabei verbürgt „Aschinger“ stets Qualität!

Hallesche Leberwurst, Hallesche Blutwurst in ganzen Würsten 1 Pfund 95 Pf., 1/4 Pfund 25 Pf.

Aschingers Schinkenwürstchen	1 Paar	0.35
Aschingers Bierwurst	1 Paar	0.35
Hackepeter	1 Pfd.	1/4 Pfd.
Delikatess-Sülze	1.60	- .40
Italienischer Salet		
Sülzwurst I	1.80	- .45
Gefüllter Schinken (Mortadella)		
Magerer Speck		
Fleischwurst, Thüringer Art	1.75	0.45

Neu eröffnet:
Königgrätzer Straße 29-30
 nahe Dessauer Straße
Alexanderstraße 55
 nahe Prenzlauer Straße
Berliner Kindl-Spezial-Ausschank

Mettwurst, Braunschweig Art	1 Pfd.	1/4 Pfd.
Berliner Mettwurst	2.-	- .50
Landieborwurst		
Paprikaspeck	2.20	- .55
Schinkenspeck		
Jagdwurst		
Feine Leberwurst	2.40	- .60
Bierwurst, Kulmbacher Art		
Teewurst		
Mettwurst, Westfälische Art	2.60	0.65
Zungenwurst	3.00	0.75

Friedrichstraße 97 am Stadtbahnhof Alexanderplatz Blücherplatz 2 Chausseestraße 1 Oranienburger Tor